

V e r h a n d l u n g s s c h r i f t N r . 2

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Mitt-
woch, dem 24. März 1993, um 17.00 Uhr im Rathaus, Paracel-
sussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

- 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.) Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2002
Berichterstatter: Bürgermeister Helmut Manzenreiter
- 3.) Änderung der Vergnügungssteuer-Verordnung
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 4.) Über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben in Durchführung des
Jahresabschlusses 1992
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 5.) Überplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 6.) Außerplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher
- 7.) 20 KV Kabelverlegung Trafostation Kumitzweg - Trafosta-
tion Heimat, Michael-Unterlercher-Straße - Einräumung
einer Leitungsdienstbarkeit entlang der östlichen
Grundgrenze der Parz. Nr. 495 und 496, KG St. Ruprecht
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

- 8.) 20 KV Kabelverlegung Trafostation Triglavstraße - Auenweg - Einräumung einer Leitungsdienstbarkeit entlang der südöstlichen Grundgrenze der Parz. Nr. 202 und entlang der nordöstlichen Grundgrenze der Parz. Nr. 202/3 und 202/1, KG Judendorf
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 9.) Finanzierung Feuerwehrezentrum Villach - Einrichtung und immobile Betriebsvorrichtungen
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 10.) Michaeler Straße - Mittagkogelweg - Übernahme diverser Flächen in das öffentliche Gut der Stadt Villach bzw. Auflassung von öffentlichem Gut - Ergänzung zum Amtsvortrag vom 10.12.1992
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 11.) Aufschließung südliche Pogöriacherstraße - Grundabtretung in das öffentliche Gut bzw. Auflassung von öffentlichem Gut
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 12.) Anton Lindner - Rücktritt vom Kaufvertrag und Grunderwerb
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter
- 13.) Umbenennung des Fremdenverkehrsamtes in Tourismusinformation und des Ausschusses für Angelegenheiten des Fremdenverkehrs in Ausschuß für Angelegenheiten des Tourismus
Berichterstatter: Stadtrat Walter Ladstätter
- 14.) Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Privatisierung des Städtischen Gaswerkes
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 15.) Wasservorkommen Karawankentunnel - Vereinbarung Land Kärnten und Stadt Villach
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher
- 16.) Grundsatzbeschluß betreffend den Beitritt der Stadt Villach zum Verein Nordisches Schisportzentrum Süd Villach-Möltschach
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar
- 17.) Grundsatzbeschluß über weitere Flüchtlingsbetreuung
Berichterstatter: Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar
- 18.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Erstellung eines Heckenkonzeptes und eines Biotopverbundkonzeptes
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Gerd Klamt

- 19.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Umweltberatungsstelle Villach im Rahmen des Verbandes Umweltberatung Österreich
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Gerd Klamt
- 20.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Naherholungsgebiet Gailspitz, Prossowitscher Au und Gailfluß vom Gailspitz bis Müllnern
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Gerd Klamt
- 21.) Selbständiger Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion - Änderung des Phasenablaufes an der automatischen Verkehrssignallichtanlage an der Kreuzung Steinwenderstraße - Drauparkstraße
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 22.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion - Standortfestlegung für die Behelfsbrücke im Rahmen der Kriegsbrückensanierung
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 23.) Ausbau Fußgängerzone Lederergasse - Verkehrsführung im Bereich zwischen Draulände - Lederergasse und Hauptplatz
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 24.) Kreuzung Maria-Gailer-Straße - km 1,2 - Planung der Kreuzung und der Verkehrslichtsignalanlage
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 25.) Abänderung des Flächenwidmungsplanes - Grundstücke 561/2 (teilweise), 561/4, 554, 553 (teilweise), KG St. Ruprecht (Antragsteller Magistrat Villach/Ortsplanung)
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 26.) Bebauungsplan westlich der Muldensiedlung
Berichterstatter: Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe
- 27.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villacher Stadtrecht) und Anträge

GR Sigrid Steinkellin An w e s e n d e

GR Ing. Siegfried Androsch

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

2. Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Matthias Smoliner

Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup

GR Christian Luser

GR Kurt Pinteritsch

GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Ludwig Oitzinger
für GR Theodor Maier

GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Richard Pfeiler ab 18.00 Uhr

GR Rudolf Unterköfler von 17.00 bis 18.00 Uhr

GR Monika Obergantschnig
für GR Erika Lassnig

GR Dieter Haslinger

GR Ing. Karl Woschitz

GR Direktor Helmut Raup

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Günther Stastny

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais

GR Johann Ebner

GR Waltraud Rettl

GR Dr. Kurt Assmann

GR Sigrid Steinkellner
GR Ing. Siegfried Andronik
GR Roland Zellot
GR Otto Skedl
GR Herwig Zussner
GR Dr. Josef Löberbauer
GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl
GR Friederike Lausegger
GR Johann Kreschischnig
GR Heimo Schlosser
GR Helmut Hinterleitner
GR Mag. Herwig Burian
GR Mag. Hans Haider
GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Kathollnig
Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pühringer
Finanzdirektor Manfred Stampfer
Kontrollamtsdirektor Dietmar Bihlo

Schriftführung: Karin Wernig

Thema jedoch Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung. Gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatsitzung werden keine Einwendungen erhoben; es gilt somit als genehmigt.

Für Gemeinderat Theodor Maier (verreist) ist Gemeinderat Ludwig Oitzinger, für Frau Gemeinderätin Erika Lassnig (Kur) ist Frau Gemeinderätin Monika Obergantschnig und für Gemeinderat Richard Pfeiler (dienstlich verhindert) ist von 17.00 - 18.00 Uhr Gemeinderat Rudolf Unterköfler anwesend.

Sämtliche Vertreter sind bereits vereidigt.

Der Pkt. 18.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Erstellung eines Heckenkonzeptes und eines Biotopverbundkonzeptes wird zurückgezogen.

Der Pkt. 19.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Umweltberatungsstelle Villach im Rahmen des Verbandes Umweltberatung Österreich wird zurückgestellt.

Bürgermeister Manzenreiter fragt, ob es zur Tagesordnung eine Wortmeldung gibt.

Stadtrat Ing. Truppe stellt seitens der ÖVP-Fraktion den Antrag, den Tagesordnungspunkt 2.), Bewerbung für die Olympischen Winterspiele 2002, von der Tagesordnung zu nehmen. Er ist der Meinung, daß zu einer Zeit über diese sehr wichtige Frage diskutiert wird, die äußerst ungünstig ist. Auch ihm ist bekannt, daß die Stimmung in der Öffentlichkeit eher gegen die Durchführung dieser Olympischen Winterspiele ist, man sollte dieses

Thema jedoch nicht einfach vom Tisch wischen. Die ursprüngliche Idee, die Olympischen Winterspiele in den drei Nachbarregionen durchzuführen, ist angesichts der kulturellen, sportlichen und politischen Dimensionen eine große Herausforderung für die olympische Bewegung gewesen. Die Durchführung von Olympischen Winterspielen in drei Nachbarstaaten wäre ein ausdrückliches Signal für die Öffnung der Grenzen und für die Festigung des Friedens. Dieser Gedanke sollte ebenfalls eine Rolle spielen. Wenn es heute zu einer geheimen Abstimmung kommt und somit dem Wunsch der ÖVP-Fraktion nicht Rechnung getragen wird, so erfolgt damit eine brutale Absage an den olympischen Gedanken. Dieses Thema ist derzeit sicherlich sehr problematisch, doch gibt es auf jeden Fall ein Informationsdefizit sowohl für die Gemeinderäte wie auch für die Bevölkerung. Man hat dieses Thema in einer relativ kurzen Zeit an die Öffentlichkeit gespielt. Bürgermeister Manzenreiter hat bereits vor der Gemeinderatssitzung die Meinung geäußert, daß es zu einer negativen Entscheidung im Gemeinderat kommen wird. Aus diesem Grund wird auch eine unvoreingenommene Abstimmung nicht mehr möglich sein. Damit spielen die Partner der Stadt Villach keine Rolle mehr, sie wurden im Regen stehengelassen. Es geht hier nur noch um die Frage, ob Villach die Olympischen Spiele durchführen soll oder nicht. Die Bevölkerung ist selbstverständlich der Meinung, daß Villach finanziell niemals in der Lage sein kann, eine solche Großveranstaltung durchzuführen. Man sollte jedoch den Versuch unternehmen, daß der olympische Gedanke auch von Bund, Land und von den Kärntner Gemeinden mitgetragen wird. Die ÖVP-Fraktion ist der Meinung, daß es sicherlich sinnvoll wäre, den olympischen Gedanken nicht zu begraben und stellt daher den Antrag, den Punkt 2.) von der Tagesordnung abzusetzen.

~~Gemeinderat soll~~ Gemeinderat Mag. Burian möchte sich zu zwei Tagesordnungspunkten zu Wort melden. Vorerst möchte er die Gelegenheit benutzen, kurz auf die Ausführungen von Stadtrat Ing. Truppe zu antworten. Dieser hat behauptet, es wäre eine brutales Hinwegwischen des olympischen Gedankens, wenn der Tagesordnungspunkt 2.) heute beschlossen werden würde. Das ist eine weit überzogene, übertriebene und falsche Behauptung. Er persönlich, und vermutlich auch alle Mitglieder des Gemeinderates, steht dem olympischen Gedanken sehr positiv gegenüber. Trotzdem hat man das Recht, sich gegen diesen Standort auszusprechen. Das Argument von Stadtrat Ing. Truppe war fehl am Platze. Die Idee der Ökologisierung von Olympischen Spielen wäre begrüßenswert, es wird jedoch Österreich alleine nicht gelingen, diese Idee durchzusetzen. Bei den Olympischen Spielen wird ein übertrieben großer technischer Aufwand betrieben. Die Durchsetzung dieser Idee wäre eine sinnvolle Arbeit für die nächsten Jahren. Als zweiter und entscheidender Punkt wurde die Frage des Informationsdefizits genannt. Es gäbe selbstverständlich ein gravierendes Informationsdefizit, wenn es hier um die Frage ginge, ob sich Villach für die Winterolympiade bewerben soll. Was bisher vorgelegt wurde, bewegt sich bezüglich dessen, was an Anlagen usw. gebraucht wird, auf der Ebene von Vermutungen. Diese Frage wurde jedoch nicht so gestellt. Sie lautet nicht, ob sich Villach bewerben soll, sondern sie lautet, ob Villach weitere Vorarbeiten leisten soll, um sich zu einem späteren Zeitpunkt bewerben zu können. Für diese Vorentscheidung gab es eine ausreichende Zeit zur Diskussion. Es hat zwei Informationsveranstaltungen gegeben, was sehr positiv war. Für die Frage, ob man jetzt weiterarbeiten soll oder nicht, reichen die Grundlagen. Keineswegs reichen sie für eine derzeitige Entscheidung über eine Bewerbung. Der

Gemeinderat sollte heute über den Tagesordnungspunkt 2.) abstimmen, es gibt keinen Grund dafür, diese Vorgangsweise zu ändern. Bewerbung Villachs als Austragungsort der Olympischen Spiele sprechen dafür, daß man heute noch nicht darüber abstimmen sollte. Als zweiten Punkt möchte er sich noch zur Tagesordnung melden. Letzte Woche gab es in Villach die Klimawoche. Es gab einen ganz ausgezeichneten Vortrag der Greenpeace-Gruppe. Villach ist dem Klimabündnis aufgrund eines einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses beigetreten und hat sich dazu verpflichtet, zur 50%igen CO₂-Reduktion bis zum Jahre 2010 beizutragen. Nun gilt es, das Problem eines neuen Fernheizwerkes in Villach zu lösen. Es wird heute ein Dringlichkeitsantrag der VIG-Fraktion eingebracht, der von Vertretern dreier Fraktionen unterschrieben ist. Bürgermeister Manzenreiter und die Verantwortlichen der Stadt Villach werden darin dazu aufgefordert, energische Verhandlungen mit der KELAG in die Richtung zu führen, daß dieses neue Fernheizwerk auf Biomasse-Basis betrieben werden kann. Er bittet um ernsthafte Diskussion dieses Dringlichkeitsantrages.

Gemeinderat Major Skedl informiert, daß vom Fernsehen gerade ein Bulletin aus dem Jahre 1985 aufgenommen wird. In diesem Jahr hat sich die Stadt Villach das erste Mal darum bemüht, die Olympiade grenzüberschreitend durchzuführen. Die Diskussion wird schon seit acht Jahren geführt. Es ist ein Faktum, daß laut den Statuten des Internationalen Olympischen Komitees eine grenzüberschreitende Olympiade nicht durchgeführt werden kann. Ein weiteres Faktum ist, daß im Raum Villach derzeit Sportstätten vorhanden sind, die einzig das olympische Curling-Turnier erlauben würden. Es gibt in ganz Villach keine einzige homologierte Olympia-Schistrecke. Allein die Bewerbung würde mindestens S 30 Mio. kosten, wobei noch sehr unsicher ist, ob der Stadt Villach die Olympischen Spiele zugesprochen

würden. Das Österreichische Olympische Komitee mit seinem Präsidenten Dr. Wallner hat sich bis heute nie eindeutig für eine Bewerbung Villachs ausgesprochen. All diese Fakten sprechen dafür, daß man heute endlich reinen Tisch machen und eine Entscheidung treffen sollte.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Manzenreiter hält Wortmeldungen, die davon sprechen, daß man jetzt ein Thema brutal vom Tisch wischen möchte, ebenfalls für überzogen und nicht den Tatsachen entsprechend. Vor etwa neun Jahren haben die Bewerbungsbemühungen der Stadt Villach gemeinsam mit Jesenice und Tarvis begonnen. Seit diesem Zeitpunkt ist das Thema auf dem Tisch. Seit diesem Zeitpunkt hat auch für jeden Gemeinderat die Verpflichtung bestanden, sofern er dem Gremium so lange angehört, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Er möchte in Erinnerung rufen, daß vor etwa sechs Wochen im Gemeinderat einstimmig eine Vorgangsweise beschlossen wurde, die heute einen weiteren Punkt in dieser Etappe oder den Schlußpunkt in dieser Causa setzen wird. Es wurde vor sechs Wochen beschlossen, daß man die Zeit bis zum heutigen Tage nutzen wird, um sich selbst zu informieren, um sich Informationsmaterial und Vorträge zu besorgen und anzuhören und man hat sich gemeinsam vorgenommen, mit vielen Bürgern dieser Stadt zu sprechen. Auch das war besonders wichtig. Es ist ein Prozeß der Meinungsbildung in dieser Stadt entstanden. Alle haben in vielen Gesprächen die Meinung und die Stellung der Bürger zu einer Bewerbung gehört. Es ist deshalb notwendig, heute darüber zu sprechen, weil erstmals auch ein Mitteleinsatz in größerer Höhe ab jetzt notwendig wird, in zweistelliger Millionenhöhe. Sollte der Gemeinderat mit "Ja" stimmen, sind es rund S 7 Mio. für Studien,

die notwendig sind, um anschließend durch die Bevölkerung wirklich abstimmen zu lassen, was auch dem Amtsvortrag zu entnehmen ist. Eine positive Beurteilung würde in diesem Jahr die Zusage von 100.000 Schweizer Franken an das Gremium der Drei-Länder-Bewerbungen und für die nächsten Jahre 1 Mio. Schweizer Franken für die Bewerbung notwendig machen. Ein so hoher Mitteleinsatz macht es erforderlich, daß sich der Gemeinderat mit dieser Thematik auseinandersetzt. Er möchte erläutern, warum er der Meinung ist, daß heute eine Entscheidung fallen kann. Er und auch viele seiner Freunde im Gemeinderat haben hunderte Gespräche geführt und haben Sportfunktionäre und Wirtschaftstreibende besucht. Die Einschätzung der Mehrheit des Gemeinderates ist die, daß ganz wesentliche Bevölkerungskreise, es sind weit über 70 %, ein "Nein" zu dieser Bewerbung für richtig halten. Es ist wichtig, daß die Bevölkerung die Bewerbung akzeptiert. Noch wichtiger ist, daß ein aktives Gestalten auf allen Ebenen notwendig ist. Es muß an einem Strang gezogen werden, wenn es um eine derartige Bewerbung geht. Er hat den Mitgliedern des Gemeinderates bereits mitgeteilt, daß er den drei Landtagsparteien Briefe geschrieben und sie über die Einstellung des Kärntner Landtages zu diesen Olympischen Spielen befragt hat. Eine Durchführung wäre nur möglich, wenn sie von allen, in der Stadt Villach und auch im Land Kärnten, unterstützt werden würde. Er hat zwei Antwortschreiben bekommen. Das eine war von Landeshauptmann Dr. Zernatto, der dem Projekt unter gewissen Bedingungen sehr positiv gegenübergestanden ist. Das zweite Schreiben war von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Ambrozy, der die Meinung geäußert hat, die in der Öffentlichkeit ja bekannt war. Er hat von der Freiheitlichen Partei in diesem Zusammenhang keine Antwort bekommen und schließt daraus, daß es keine einheitliche Zielsetzung im Land Kärnten und in der Stadt Villach, auch hier hat es bereits vorher Äußerungen gegeben, geben wird, um

dieses Ziel zu verfolgen. Es herrscht zum einen also die Meinung in der Bevölkerung, daß diese Veranstaltung für die Stadt Villach um eine Schuhnummer zu groß ist und man andere Ziele zu verfolgen hätte und zum anderen ist die Veranstaltung nur durchführbar, wenn alle an einem Strang ziehen. Es war vor Tagen bereits erkennbar, daß dies im Land Kärnten und in der Stadt Villach nicht erfolgen kann. Weiters liegen auch, das sollte ernst bewertet werden, negative Stellungnahmen zu diesem Thema aus dem Tourismusbereich vom zuständigen Referenten und vom zuständigen Tourismusdirektor Dipl.-Volksw. Mair vor. Auch für diese Stellungnahmen gilt: Wenn nicht alle diese Idee verfolgen und sie gut finden, kann man dieses Jahrhundertereignis in der Stadt Villach in dem Ausmaß nicht durchführen. Man kann auch deshalb heute entscheiden, weil diese Entscheidung nicht allein den Sport betrifft. Sie betrifft die gesamte Entwicklung dieser Stadt. Es geht um die Qualitätsentwicklung dieser Stadt und die kann, wenn man sich nur auf ein Ereignis und auf einen Zeitpunkt hin konzentriert, gefährdet werden und hinlaufen zu einer eindimensionalen Entwicklung der Stadt. Diese Stadt hat so viele Facetten zu bieten, was auch mit ein Grund dafür ist, heute zu entscheiden. Seine Empfehlung wird lauten, wie er das schon öffentlich gesagt hat, negativ zu stimmen. Es ist die Konzentration der Kräfte auf ein Ereignis hin seiner Meinung nach für die Stadt Villach nicht gut. Weiters ist er der Meinung, daß die wirtschaftliche Situation in Europa, in Österreich, auch in der Stadt Villach, ein "Ja" zu Investitionen, zur Verbesserung der Infrastruktur, aber in die richtige Richtung, erfordert. Nach langem Überlegen und nach vielen Gesprächen ist die Idee der Olympischen Spiele zwar gut, es sind die Olympischen Spiele jedoch für diese Stadt nicht das richtige Vehikel in eine qualitative wirtschaftliche Entwicklung. Auch die Lebensqualität würde sich in den nächsten zehn Jahren verschlechtern. Es muß

sich jeder selbst fragen, was am Tag danach bleiben wird. Wenn man sich Innsbruck ansieht, so bleibt am Tag danach relativ wenig. Innsbruck ist stärker verschuldet als alle anderen Landeshauptstädte und auch Villach, Innsbruck hat eine größere Wohnungsnot, da man keine zusätzlichen Wohnungen bekommt, sondern diese nur nur im Vorziehverfahren gebaut werden, was zu einem Bauboom führt, zu hohen Preisen. Die Qualitätsentwicklung der Stadt Villach würde sicherlich leiden. Wenn man "Nein" sagt, und er empfiehlt ein "Nein", zu einer Situation, zu einer Entwicklung, so heißt das noch lange nicht, daß es keine Alternativen geben kann. Persönlich ist er überzeugt davon, daß die Kraft anders angewandt und eingesetzt werden sollte. Es geht um Grundstücksankäufe für Betriebsansiedelungen und, um besondere Förderungen für Betriebsansiedelungen in dieser Stadt. Es geht um die Verbesserung der Ausbildungssituation, wobei eine Fachhochschule anzustreben wäre, dafür könnte man auch Schulden aufnehmen, und es geht vor allem um die Verbesserung der Infrastruktur. Bei den Hearings hat sich ergeben, daß in der Stadt Villach im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, wofür Mittel von außen in die Stadt fließen würden, schon jetzt Einrichtungen im Straßen- und Eisenbahnwesen vorhanden sind, die überregionale Bedeutung haben und für diese Stadt an und für sich von der Größe her nicht notwendig wären. Daher würde sich auch bei Olympischen Spielen nicht mehr viel zusätzliches ergeben, wofür von außen Mittel in die Stadt fließen müßten. Was jedoch benötigt wird, sind riesige Investitionen in die Verbesserung der Sportstätten. Er hält eine Verschuldung der Stadt Villach in dieser Richtung auf mindestens eine Generation für nicht angebracht. In zwei bis drei Jahren werden die Schulden abbezahlt sein, die notwendig waren, um nach dem Krieg den Wiederaufbau durchführen zu können. Die Finanzmittel, die dadurch frei werden, sollten für Dinge genutzt werden, die für die Stadt Villach in vielen

Bereichen eine Verbesserung bringen. Es gibt natürlich Wirtschaftszweige, die der Ansicht sind, daß es ein Vorteil wäre, wenn die Finanzmittel sehr stark in einer Richtung angelegt werden. Es ist legitim, daß sich jeder darum bemüht, daß sein Bereich mehr Geld bekommt. Das Anliegen des Gemeinderates muß es jedoch sein, diese Mittel für die Stadtentwicklung, die viele Industrie-, Gewerbe-, Tourismusbetriebe usw. aufzuweisen hat, vielfältig einzusetzen. Er bittet noch einmal, heute über die Frage abzustimmen, ob der Mitteleinsatz für Studien und anschließend für die internationale Bewerbung im Ausmaß von 1,1 Mio. Schweizer Franken beschlossen wird, oder ob man es ablehnt. Er bleibt nach reiflicher Überlegung und nach vielen Gesprächen bei der bereits bekannten Empfehlung.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion),

den Tagesordnungspunkt 2.) auf der Tagesordnung zu belassen.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß somit die Tagesordnung mit dieser Einschränkung angenommen wurde.

Ausschuß für Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz. Hat eine Reihe von Fragen vorgelesen, die nur die vorhin genannten Personen des Ausschusses betreffen.
Beginn der Fragestunde: 17.30 Uhr

Hr. Bürgermeister Manzenreiter hat die Frage gestellt, ob der Ausschuß für die Fragestunde bereit ist, die Fragen zu beantworten.

Fragestunde

1.) Anfrage von Gemeinderat Ing. Siegfried Andronik bezüglich Abhöraffaire

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Ing. Andronik stellt folgende Anfrage:

"In der 1. Sitzung des Kontrollausschusses zur "Abhöraffaire" haben Sie Ihre Bereitschaft bekundet, dem Kontrollausschuß darüber Auskunft zu erteilen, was Ihnen seit dem Aufdecken der "Abhöraffaire" bekannt geworden ist.

Auch Herr Magistratsdirektor Dr. Kathollnig hat mitgeteilt, daß grundsätzlich jedermann, auch der Beamte der Polizei, zur "Abhöraffaire" befragt werden kann, der bereit ist, auf gestellt Fragen zu antworten.

Herr Magistratsdirektor Dr. Kathollnig meinte auch, daß es interessant wäre, Herrn Redakteur Janz von der "Kleinen Zeitung" dazu zu befragen.

Ihre Fraktionsmitglieder im Kontrollausschuß lehnen aber eine Befragung von Ihnen, Herr Bürgermeister, Herrn Magistratsdirektor Dr. Kathollnig und Herrn Redakteur Janz aus mir nicht erklärlichen Gründen bereits zum zweiten Mal ab. Und dies, obwohl Sie, Herr Bürgermeister, der Herr Magistratsdirektor und Herr Redakteur Janz bekundet haben, dem

Ausschuß für Fragen zur Verfügung zu stehen. Die Befragung der Techniker hat eine Reihe von Fragen offengelassen, die nur die vorhin genannten Personen beantworten könnten.

Um die "Abhöraffäre" restlos aufgeklärt zum Abschluß bringen zu können, vor allem aber, um dem Villacher Bürger wieder das Gefühl der Sicherheit beim telefonischen Kontakt mit dem Magistrat als Behörde und Servicestelle zu bieten, stelle ich als Obmann des Kontrollausschusses an Sie folgende Frage:

"Sind Sie bereit, Ihre Fraktionsmitglieder im Kontrollausschuß dahingehend zu beeinflussen, daß eine Befragung von Ihnen, Herr Bürgermeister, Herrn Magistratsdirektor Dr. Kathollnig und Herrn Redakteur Janz vor dem Kontrollausschuß möglich ist, damit die "Abhöraffäre" restlos aufgeklärt werden kann?"

Bürgermeister Manzenreiter beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Ich möchte vorweg feststellen, daß Ihre Anfrage allein schon eine Schande ist. Sie sprechen immer davon, daß die Gemeinderäte unbeeinflußt und auch ohne Druck von irgendwoher ihre Entscheidungen fällen sollen. Jetzt ist es auf einmal erwünscht, daß von meiner Seite her beeinflusst wird. Ich habe natürlich gesagt, daß ich zum Ausschuß komme und stehe noch immer dazu. Die Entscheidung, ob ich dort hinkomme oder nicht, liegt beim Ausschuß und nicht bei mir. Weiters haben die Villacher Bürger längst das Gefühl, daß man mit und aus dem Rathaus ebenso sicher telefonieren kann, wie von allen Telefonteilnehmern im übrigen Österreich, denn es gibt wie man weiß keine 100%ige Abhörsicherheit. Sie haben deshalb das Gefühl, weil der Fall längst aufgeklärt ist und die Bürger längst auch gemerkt

haben, welches Politschauspiel in dieser Frage veranstaltet werden sollte. Ich habe Ihnen ein Urteil eines ordentlichen Gerichtes in dieser Causa übergeben in der jemand, der mich in Verbindung mit dieser Telefonabhöraffäre gebracht hat, nämlich Herr Parteiobmann Rumpold, nunmehr auf Widerruf und Unterlassung verurteilt worden ist. Auch das wird sicher für Ihre Entscheidungsfindung, wo die Dinge liegen und wer hier Verursacher ist, sehr wichtig sein. Ich bin keineswegs gewillt, auf das Stimmverhalten der Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion im Kontrollausschuß in irgendeiner Weise Einfluß zu nehmen.

Der von Ihnen unterbreitete Vorschlag wäre in jeder Hinsicht gesetzes- und verfassungswidrig, da nach den maßgeblichen Bestimmungen des österreichischen Verfassungsrechtes, die sich auch in der Bestimmung des § 23 Abs. 3 des Villacher Stadtrechtes niederschlagen, jedes frei gewählte Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft bzw. eines Gemeinderates in seinem Abstimmungsverhalten völlig frei zu sein hat. Dieses Prinzip des freien Mandates ist eines der wesentlichsten unserer demokratischen Rechtsordnung. Es entspricht eben nicht dem Wesen eines frei gewählten Mandatars, sich in seinem Abstimmungsverhalten durch Parteien oder Parteivorsitzende in irgendeiner Weise beeinflussen zu lassen. Wenn die Mitglieder der Sozialdemokratischen Fraktion im Kontrollausschuß der Auffassung sind, daß eine Anhörung weiterer Personen zur restlosen Aufklärung der sogenannten Abhöraffäre nicht notwendig ist, so muß wohl mit gutem Grund davon ausgegangen werden, daß die Angelegenheit in Wirklichkeit bereits restlos geklärt ist und jede weitere Befassung durch den Kontrollausschuß keine weiteren substantiellen Ergebnisse zeitigen würde. Die Folge wäre vielmehr, daß der Kontrollausschuß in seiner sonstigen positiven und wirkungsvollen Arbeit behindert wäre. Die Angelegenheit ist in Wirklichkeit ohnehin schon

längst zur Gänze aufgeklärt und wird ihren Abschluß in einem Gerichtsverfahren und in einer Gerichtsentscheidung durch ein dafür zuständiges ordentliches Gericht finden.

Abschließend darf ich nochmals festhalten, daß der von Ihnen unterbreitete Vorschlag nicht nur demokratiepolitisch äußerst fragwürdig ist, sondern auch dem verfassungsmäßig festgeschriebenen Prinzip des freien Mandates widerspricht und es daher verfassungs- und gesetzwidrig wäre, wenn ich den Versuch unternehmen würde, auf frei gewählte Mandatäre unzulässigerweise Einfluß zu nehmen.

Im übrigen hat der Kontrollausschuß am 16.11.1992 nach Einvernahme der mit der Wartung befaßten Bediensteten und der Mitarbeiter der beauftragten Firma mit Stimmenmehrheit beschlossen, dem Gemeinderat einen Bericht über das Ergebnis seiner Untersuchung vorzulegen. Es ist vornehme Aufgabe des Obmanns, für die Erarbeitung dieses Berichtes Sorge zu tragen und nach Beschlußfassung und Wahl eines Berichterstatters im Kontrollausschuß die eheste Information und Berichterstattung im Gemeinderat zu veranlassen."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß die Kriminalpolizei Villach in der Abhöraffaire umfangreiche Erhebungen durchgeführt hat. Er nimmt an, daß auch verantwortliche Beamte des Magistrates mit der Kriminalpolizei in Kontakt getreten sind. Der Leiter der Kriminalpolizei Villach hat ihm in einem Schreiben, welches er im Kontrollausschuß verlesen hat, mitgeteilt, daß bei den Erhebungen im Magistrat schwere Sicherheitsmängel festgestellt wurden. Kann Bürgermeister Manzenreiter ihm

die verantwortlichen Personen nennen, die vom Ergebnis der Kriminalpolizei-Erhebung informiert sind, damit diese Personen zum Kontrollausschuß geladen werden können?

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß es längst an der Zeit gewesen wäre, ein derartiges Schreiben entweder dem Magistratsdirektor oder dem Bürgermeister als Chefs des Inneren Dienstes zur Verfügung zu stellen. Wenn es etwas derartiges gibt, dann hat Gemeinderat Ing. Andronik eine mögliche Sicherheitsmaßnahme, die gegeben werden kann, zu diesem Zeitpunkt verhindert. Hier geht für Gemeinderat Ing. Andronik die Politik und vor allem die Parteipolitik vor der Sicherheit der Anlagen in diesem Rathaus. Er ist entsetzt, daß ihm Gemeinderat Ing. Andronik ein Schreiben über Sicherheitsmängel erst heute zur Kenntnis bringt. Der Magistrat Villach hat eine Presseaussendung der Polizeidirektion Villach bekommen, wonach diese Affäre mit einem Geständnis eines Beteiligten geendet hat.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Ing. Andronik informiert, daß er, wie bereits mitgeteilt, das Schreiben des Leiters der Kriminalpolizei vollinhaltlich im Kontrollausschuß am 30.9.1992 zur Kenntnis gebracht hat. Dieses Schreiben hat bei den Mitgliedern des Kontrollausschusses für derartiges Unbehagen gesorgt, daß sich Gemeinderat Sobe zu der Aussage hinreißen ließ: "Ist das unser Komposch?". Anscheinend reicht der lange SPÖ-Arm bis in die Kriminalpolizei. Nach dieser Kontrollausschußsitzung hat er nochmals an die Kriminalpolizei ein Schreiben gerichtet, worin er fragte, ob und wann der Magistrat Kontakt mit der Kriminalpolizei aufgenommen hat. Der Leiter der Kriminalpolizei teilte ihm mit, daß bereits am 6.8.1992 der Leiter des Kontrollamtes bei ihm war. Gemeinderat Ing. Andronik geht davon aus, daß

Bürgermeister Manzenreiter vom Gesprächsverlauf vollinhaltlich informiert wurde. Es ist ihm aber unverständlich, warum der Kontrollausschuß in keiner seiner Sitzungen darüber informiert wurde. Daher richtet er folgende Frage an Bürgermeister Manzenreiter: "Hat es Ihrerseits eine Weisung oder Gesprächsandeutung gegeben, den Kontrollausschuß über das Gespräch nicht zu informieren, oder hat der Kontrollamtsleiter eigenmächtig gehandelt und seine Informationen nicht an den Kontrollausschuß weitergegeben?"

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß es von seiner Seite keine Weisung gegeben hat.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz.

2.) Anfrage von Gemeinderat Dr. Josef
Löberbauer bezüglich Klubsekretär
der SPÖ - Büro im Rathaus

Gemeinderat Dr. Löberbauer stellt folgende
Anfrage:

"Der Clubsekretär der SPÖ hat ein sogenanntes Büro im Gebäude des Villacher Rathauses bezogen.

Wer hat die Errichtung und Einrichtung des Büros veranlaßt? Wie hoch sind die Einrichtungs- bzw. Errichtungskosten und wie hoch sind die jährlichen laufenden Betriebskosten (Telefon, Fax, Strom, Heizung etc.) und wer bezahlt diese Kosten?"

Bevor Vizebürgermeister Binter diese Frage inhaltlich beantwortet, möchte er folgendes wissen: Er hat seine Frage an den aus seiner Sicht zuständigen Bürgermeister bzw. an die Frau Finanzreferentin gerichtet. Kann Vizebürgermeister Binter ihm zuerst erklären, warum er zuständig ist für die Einrichtung und die Kosten?

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß Vizebürgermeister Binter als politischer Referent für die Liegenschaftsverwaltung zuständig ist. Es handelt sich hier um ein Büro in einer Liegenschaft der Stadt Villach.

Gemeinderat Dr. Löberbauer führt aus, daß die Entscheidung, daß die Fraktion der SPÖ ein zusätzliches Büro bekommt, wohl eine Entscheidung des Bürgermeisters und der Finanzreferentin ist.

Vizebürgermeister Binter beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Das Zimmer 107 im 1. Stock des Rathauses stand der SPÖ-Gemeinderatsfraktion schon immer zur Verfügung. Es wurde nur zwischenzeitlich IC/BP - Baupolizei für die Mitarbeiter der Kanalerhebung zur Verfügung gestellt. Da nun diese Kanalerhebung abgeschlossen ist, steht dieser Büroraum wieder der SPÖ-Fraktion zur Verfügung. Es gab also nur eine Unterbrechung in der Nutzung. Durch die Wiederbenützung

sind keine zusätzlichen Kosten entstanden, da die EDV-Ausstattung, das Kopiergerät und die Telefonkosten aus Mitteln der Clubförderung bestritten werden."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Dr. Löberbauer stellt fest, daß die SPÖ-Fraktion die einzige Fraktion ist, die ein solches Fraktionszimmer hat. Die anderen beiden Fraktionen, die FPÖ-Fraktion und die ÖVP-Fraktion, haben kein Fraktionszimmer. Stadtrat Ing. Truppe von der ÖVP-Fraktion hat ein kleines bescheidenes Zimmer als Stadtsenatsmitglied. Am Beginn der Gemeinderatsperiode wurden für jede Fraktion S 590.000,-- zur Verfügung gestellt, um einen Klubsekretär anzustellen und diesem die notwendige Infrastruktur zu schaffen. Die ÖVP-Fraktion hat das getan und hat die notwendige Infrastruktur außerhalb der magistratischen Einrichtungen für den Klubsekretär geschaffen. Später wurde die Regelung in der Richtung geändert, daß die anderen Fraktionen weniger als S 590.000,-- bekommen und die SPÖ-Fraktion beinahe S 1 Mio.. Jetzt stellt sich heraus, daß die SPÖ-Fraktion S 1 Mio. Clubförderung und als einzige Fraktion zusätzlich noch mit Steuermitteln in der magistratischen Infrastruktur ein Fraktionszimmer bekommt. Er hält das nicht für richtig. Ist Vizebürgermeister Binter der Meinung, daß diese Vorgangsweise in Ordnung ist?

Vizebürgermeister Binter stellt fest, daß die Informationen, die Gemeinderat Dr. Löberbauer hat, falsch sein müssen. Ein selbes Fraktionszimmer, wie es der SPÖ-Fraktion zur Verfügung steht, wird auch von Stadtrat Ing. Truppe benützt. Bei der Begründung über die Einrichtung dieses Raumes wurde vorgebracht, daß dort auch die Clubsitzungen abgehalten werden sollen. Das läßt sich schriftlich nachverfolgen. Es steht der ÖVP-Fraktion also

ebenfalls ein solches Zimmer zur Verfügung, das gleichzeitig auch von Stadtrat Ing. Truppe benützt wird. Dieses Zimmer ist vier Mal so groß wie seines.

Gemeinderat Dr. Löberbauer führt aus, daß als Faktum bestehen bleibt, daß die Stadtsenatsmitglieder der SPÖ-Fraktion alle eine eigene Büroinfrastruktur haben und es zusätzlich ein Fraktionszimmer gibt, was bei den anderen Fraktionen nicht der Fall ist. Er hält das nicht für richtig.

3.) Anfrage von Gemeinderat Mag. Herwig
Burian bezüglich 3-Gruppen-Hortbe-
trieb im Rahmen der Villacher Kin-
dergärten

Gemeinderat Mag. Burian stellt folgende An-
frage:

"Der Kindergarten-Hort Lind führt zusätzlich zu den drei Kindergartengruppen auch drei Hortgruppen, die im Bereich Volksschule Lind und Kindergarten untergebracht sind. Das Provisorium der im Kindergarten untergebrachten Hortgruppe besteht mit Unterbrechungen bereits seit 1981 und es kommt laut Kärntner Landesregierung (Lokalausweis vom 19.1.1993) keine Verlängerung der Bewilligung in Frage. Die Bewilligung läuft also mit Ende des Kindergartenjahres (Juli 1993) aus, das heißt, daß ab Herbst 1993 der Hortbetrieb in diesen Räumlichkeiten aufgelassen werden muß. Sollten die im Vorjahr vorgelegten Ausbaupläne der

Stadt Villach hingegen verwirklicht werden, steht einer normalen (unbefristeten) Betriebsbewilligung für die Hortgruppe im Kindergarten nichts mehr im Wege. Vorgeschrieben wird (laut Gesetz): ein getrenntes WC für Hortkinder geteilt nach Knaben und Mädchen, weiters ein Mehrzweckraum und ein Abstellraum. Weiters wird durch den Umbau der Friedensschule im Herbst 1993 eine zusätzliche Raumknappheit in der Volksschule Lind entstehen, da eventuell Klassen hier vorübergehend untergebracht werden, sodaß auch hier die mögliche Schließung einer weiteren Hortgruppe befürchtet werden muß. Zur Zeit besuchen 61 Kinder den Hort Lind und sind zusätzlich 21 Kinder für September 1993 vorgemerkt. Welche Lösungsmöglichkeiten werden angestrebt, alle drei Gruppen und damit alle 61 Hortplätze zu erhalten?"

Stadtrat Dr. Clar beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Ich danke für die Anfrage, gibt sie mir doch die Gelegenheit über die Fortschritte und Probleme der Kindergärten und Horte zum derzeitigen Stand zu berichten. Im heurigen Jahr werden bedeutende Verbesserungen durchgeführt. Kindergarten Pestalozzi, ein jahrelanger Wunsch der Eltern in der Gegend um Maria Gail, Erweiterung des Kindergartens und Einrichtung einer Hortgruppe geht in Erfüllung. Probleme in Magdalen können durch Zubau und damit Ganztageskindergarten mit Ausspeisung gelöst werden. Das Großprojekt Fellach ist in der Planungsphase. Erstmals besteht ein Kindergarten für Schwerstbehinderte und einmalig für öffentliche Einrichtungen eine Integrationsgruppe in Landskron. Auch die Aktion Tagesmütter mit S 700.000,-- für 1993 ist gesichert. Eine stolze Bilanz für die Stadt Villach. Leider gibt es auch Probleme und dies im

Bereich der Horte, trotz wie erwähnt einer neuen Gruppe in Maria Gail und Verbesserungen im Hort Pestalozzi. Die Ursachen sind multifaktoriell:

- 1.) Der Bedarf an Hortplätzen ist rapid angestiegen, teils durch die vermehrte Anzahl an berufstätigen Müttern und speziell Alleinerzieherinnen, sei es durch Mangel an Betreuung durch andere Personen.
- 2.) Die Schulgesetznovelle mit der Nachmittagsbetreuung läßt auf sich warten, dies würde eine Entlastung für die Horte bedeuten.
- 3.) Der Umbau in der Friedensschule ist notwendig und sehr positiv aber bringt auch Probleme mit sich. Eine weitere Unterbringung von zwei Hortgruppen in Lind mit den erforderlichen beiden Gruppenräumen und einem Werkraum ist Dank der großen Bemühungen der Schulreferentin und des Schulamtes gesichert.
- 4.) Wie Sie selbst festgestellt haben, hat das Amt der Kärntner Landesregierung - Kindergarten in einem Lokalaugenschein am 19.1.1993 eine weitere Benutzung der Räumlichkeiten im Hort Lind für eine Gruppe die Zustimmung verweigert. Die wesentliche Begründung liegt in dem nach wie vor nicht gelösten Problem der Toiletteanlagen für verschiedene Geschlechter. Vorsorglich sind jedoch bereits 1992 Skizzen für einen Zubau vorgelegt worden, die vom Land positiv beurteilt wurden. Nach Rücksprache mit der Finanzreferentin wird nun der Auftrag zur Planung eines Zubaues noch heuer erfolgen, um dann nach der Erstellung des Budgets 1994 gleich mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Ich hoffe, daß durch diese Vorgangsweise und eventuell kleinere Begleitmaßnahmen eine Bewilligung für die Weiterführung der dritten Hortgruppe dann vom Land erteilt wird.

Nicht nur die Mittel für den Um- und Ausbau der Kindergärten und Horte, sondern vor allem auch die hohen Kosten für die personelle Ausstattung dieser Einrichtungen bleiben aber eine große Sorge. Waren die Gesamtkosten 1990 für die Kindergärten und Horte ca. 40 Mill. Schilling, sind sie 1991 auf 45 Mill. Schilling angestiegen und betrugen 1992 51 Mill. Schilling. Der Abgang 1991 für Villach war fast 28 Mill. Schilling, 1992 durch erhöhte Landeszuschüsse und Elternbeiträge trotz Mehrausgaben von 6 Mill. Schilling mit 29 Mill. Schilling "nur" um 1 Mill. Schilling mehr. Heuer werden die Ausgaben aber vor allem zu Lasten der Stadt weiter steigen. Wir haben ein hervorragendes Kindergartenwesen mit qualitativ besten Angeboten zu dem wir Sozialdemokraten und wie ich hoffe, auch alle anderen politischen Gruppierungen im Interesse der Kinder und Eltern stehen. Die Sorge um die Finanzierung in der Zukunft bleibt jedoch, denn ein Kindergartenplatz kostet der Stadt Villach nach Abzug der Landeszuschüsse und Elternbeiträge derzeit 30.840,-- Schilling pro Kind pro Kindergartenjahr. Hier muß er den Appell an Land und Bund richten, vermehrt Mittel zur Verfügung zu stellen, aber auch die Kindergärtnerinnen ersuchen, nicht durch neue Forderungen, wie weitere Reduzierung der Kinderzahlen etc. die Kosten noch weiter explodieren zu lassen."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Burian dankt für die positive Antwort auf seine Anfrage. Er ist der Meinung, daß die Anfrage der VIG-Fraktion auch ein bißchen zur Realisierung dieses Anliegens beigetragen hat. Im Prinzip hat Stadtrat Dr. Clar davon gesprochen, daß die Führung von zwei Hortgruppen in der Volksschule gesichert ist und daß

aller Voraussicht nach ab 1994 mit dem Bau der zusätzlich notwendigen Räumlichkeiten begonnen wird. Sollte das Land das Provisorium für die dritte Gruppe noch für ein Jahr verlängern, dann würden damit die 61 Hortplätze erhalten bleiben. Trotzdem stellt sich die Frage, warum die Stadt Villach hier so lange gezögert hat. Das Provisorium besteht seit zwölf Jahren. Auf Grund der Verzögerungen seitens des Kindergartenamtes und der zuständigen Behörden ist es jetzt notwendig, dieses Provisorium noch um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Stadtrat Dr. Clar ist der Meinung, daß er mit seinen einführenden Worten über die derzeitigen Aktivitäten im Bereich Kindergärten und Horte die Antwort eigentlich schon vorweggenommen hat. Es wird sehr viel getan, aber leider ist alles zum gleichen Zeitpunkt wirklich nicht möglich. Es gibt ein sehr großzügiges Kindergartenkonzept, das auch den Neubau Fellach und den Ausbau des Hortes in Lind noch einschließt. Man muß jedoch auch die budgetären Jahressituationen mitberücksichtigen. Die Summen, die derzeit für Kindergärten ausgegeben werden, nicht nur für den Bau, sondern auch für die personellen Zusatzkosten, sind wirklich sehr beachtlich, wie Gemeinderat Mag. Burian selbst anerkannt hat.

Interessenten und Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz. Die Papierindustrie kann von der

Druckerei bestätigt wird - nicht zu der ...

4.) Anfrage von Gemeinderat Mag. Herwig

Burian bezüglich Villacher Mitteil-

ungsblatt - Herstellung aus 100 %

Altpapier

Gemeinderat Mag. Burian stellt folgende An-
frage:

"Das Villacher Mitteilungsblatt ist immer wieder Grund für Diskussionen. Meist geht es dabei um inhaltliche Differenzen. Auch wurde es jetzt umgestaltet und hat ein neues, es heißt "zeitgemäßeres", Gesicht. Besonders begrüßenswert war, daß die Herstellung in den letzten Jahren (außer dem Titelblatt) auf 100 % Altpapier erfolgte. Leider verlor die Stadtzeitung beim "neuen Gesicht" einen wichtigen Teil seiner Umweltqualitäten. Warum wird das Mitteilungsblatt seit 15.2.1993 nicht mehr auf 100 % Altpapier gedruckt?"

Bürgermeister Manzenreiter beantwortet die
Anfrage wie folgt:

"Das derzeit verwendete und im Zuge der Neugestaltung des Mitteilungsblattes eingeführte Papier ist chlorfrei gebleicht und holzhaltig. Es gilt, was die Herstellung betrifft, laut Auskunft der Druckerei Gitschthaler als umweltfreundlich und ist auch voll recyclingfähig. Ein Anlaß für die Umstellung auf das neue Papier (Royal Print) waren auch die teils massiv über die mit der Werbung beauftragte Agentur regelmäßig vorgebrachten Reklamationen der Inserenten. Das Recyclingpapier ließ nur eine mäßige Druckqualität zu, sodaß viele Anzeigen, im besonderen Fotos, auch durch den "Löschblatteffekt" bei weitem nicht die von den

Inserenten und vielen Lesern gewünschte Druckgüte erreichen. Außerdem scheint die Papierindustrie - was von der Druckerei bestätigt wird - nicht in der Lage zu sein, Recyclingpapier in gleichbleibender Güte herzustellen. Folglich fanden sich im Mitteilungsblatt immer wieder Druckbögen in unterschiedlicher Produktionsstruktur und Farbgebung. Das zuvor verwendete Recyclingpapier war in Kombination mit den Druckfarben allerdings nur noch bedingt umweltfreundlich. Der Druckfarbenverbrauch ist beim nunmehrigen, chlorfrei gebleichten Papier nach Auskunft der Druckerei Gitschthaler von früher 24 Kilo auf 15 Kilo gesunken! Anzuführen ist noch, daß das Mitteilungsblatt zuvor nur im Kern aus Recyclingpapier bestand, das Umschlagpapier jedoch die negativ in Diskussion stehende Chlorbleiche durchlief. Zu berücksichtigen bleibt aber auch, daß Österreich als Waldwirtschaftsland jährlich enorme Holzzuwächse hat und nunmehr beim übermäßigen Schadholzanfall auf die überlebenswichtigen Absatzmärkte im Bereich der Papierindustrie angewiesen ist. Pro Mitteilungsblatt-Auflage laufen insgesamt über 2,2 Tonnen recyclingfähiges Papier durch die Druckmaschinen."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Burian möchte sich nicht mit einem Öko-Schmäh abpeisen lassen. Da es sich um eine gravierende Frage handelt, möchte er seine erste Zusatzfrage etwas länger begründen und ersucht, daß man den Ausführungen Schritt für Schritt folgt. Das derzeit verwendete Papier hat 0 % Altpapieranteil. Es ist zwar erfreulich, daß es chlorfrei gebleicht ist, trotzdem reicht das nicht aus, um ein ökologisch einwandfreies Produkt zu haben. Die Vorteile des Altpapiers, ganz kurz zusammengefaßt: 100 % Altpapier bedeutet Schonung der Ressourcen. Er hat auf Grund von Daten der Papierfabrik Steyrermühlen

ausgerechnet, wieviel Baumschlägerungen das Mitteilungsblatt der Stadt Villach verursacht. Die Produktion des Mitteilungsblattes der Stadt Villach verursacht Waldschlägerungen in einem Ausmaß von ca. 1 ha Jahr für Jahr und es dauert viele Jahre, bis dieser Bestand nachgewachsen ist. Wenn man 100 % Altpapier einsetzt, dann können diese 1 ha Wald Jahr für Jahr stehenbleiben oder anderwärtig verwendet werden. Ein weiterer Grund, warum der Einsatz von Altpapier von Bedeutung ist, wäre, daß der Energieverbrauch bei Altpapier um etwa ein Drittel niedriger ist. Die Abwasserbelastung beträgt 17 %. Der Frischwasserverbrauch beträgt circa 14 %. Da fallen diese paar Kilogramm Farben, die zusätzlich verbraucht werden, es sind keine schwermetallhaltigen Farben, nicht ins Gewicht. Aus diesem Grund gibt es keinen irgendwie gearteten Grund, dieses Papier anzupreisen. Daher ist die Aussage vom Öko-Schmäh berechtigt. Der entscheidende Punkt ist jedoch, daß die Stadt Villach Vorbildwirkung bezüglich der Verbreitung des Umweltschutzgedankens haben sollte. Es waren die Behörden und die öffentlichen Institutionen, die Altpapier verwendet und die das Image des Umweltschutzgedankens, das Image des Umweltschutzpapiers, verbessert haben. Nun fällt man der Idee zur Verbreitung des Umweltschutzgedankens in den Rücken. Bürgermeister Manzenreiter hat angeführt, daß der österreichische Wald Zuwächse hat. Das Papier für das Villacher Mitteilungsblatt wird in Holland erzeugt, nicht in Österreich. Will die Stadt Villach mit der Wahl dieses Papiertypes die transitfördernde Verkehrspolitik der EG unterstützen? Das Villacher Mitteilungsblatt muß, obwohl Österreich ein Papier-Exportland ist, mehr als die Hälfte geht ins Ausland, auf in Holland erzeugtem Papier hergestellt werden. Ist das übertriebene Repräsentationsbedürfnis einiger Stadtverantwortlicher wichtiger, als ein ökologisches Handeln?

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß ihm nur die Beantwortung einer Zusatzfrage zusteht. Die Stadt Villach verwendet überall dort Recyclingpapier, wo es möglich und sinnvoll ist. Seine Mitarbeiter haben ihm erklärt, daß in diesem Fall der Umweltschutz in Kompromiß mit der notwendigen Qualität gewährleistet ist.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Burian erklärt, daß die Stadt zur Sparsamkeit verpflichtet ist. Laut Listenpreis ist dieses holländische Papier um 25 % teurer als das Umweltschutzpapier. Bei beiden Papierqualitäten ist natürlich ein Mengenrabatt möglich. Rechtfertigt das übertriebene Repräsentationsbedürfnis einiger Stadtverantwortlicher eine Preissteigerung um 25 %?

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß dieses Papier nicht von der Stadt Villach gekauft wird. Man wird mit der Druckerei reden, ob es möglich ist, und er hält das auch für sinnvoll, dieses Papier in Österreich zu kaufen. Ein weiterer Punkt ist, daß das Mitteilungsblatt, was die Druckerei betrifft, ausgeschrieben wird. Ihm persönlich ist eine Preissteigerung um 25 % nicht bekannt.

"Durch den ~~Wm~~Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder den Vorsitz. Neben der Westringstraße A. X. (bei Objektk) Interpar bis zur Törlbrücke ein Parkhaus zu schaffen und dadurch für Gemeinderat Pfeiler nimmt ab jetzt an der Sitzung teil (18.05 Uhr).

5.) Anfrage von Gemeinderat Mag. Hans
Haider bezüglich Parkhaus Italie-
nerstraße

Gemeinderat Mag. Haider stellt folgende An-
frage:

"Wie ich aus den Medien erfahren habe, ist in der Italien-
erstraße ein Parkhaus geplant. Derartige Maßnahmen führen
unweigerlich zu einer Zunahme des privaten PKW-Verkehrs
und außerdem verschlechtert sich dadurch die Konkurrenz-
fähigkeit des öffentlichen Verkehrs. Beides ist nicht wün-
schenswert. In diesem Zusammenhang interessieren mich fol-
gende Fragen:

- 1.) Wo genau und für wieviele PKWs ist dieses Parkhaus ge-
plant?
- 2.) Wer wird dieses Parkhaus bauen?
- 3.) Besteht die Absicht seitens der Stadt, dieses Projekt
finanziell zu unterstützen?

Ich glaube, daß für die zukünftige Verkehrsentwicklung der
Stadt Villach die Frage "Parkhaus in der Italienerstraße"
eine große Rolle spielt und ich würde Sie bitten, zu die-
ser Problematik Stellung zu nehmen."

Stadtrat Ing. Truppe beantwortet die Anfra-
ge wie folgt:

"Durch den Wunsch eines privaten Betreibers, über den Gleisanlagen neben der Westtangente auf Höhe des Objektes Interspar bis zur Tiroler Brücke ein Parkdeck zu schaffen und dadurch für die innere Stadt zusätzlichen Auto-Parkraum zu erhalten, wurde eine neue Diskussion über zentrumsnahe Stellplätze eröffnet. Die Zivilingenieurbürogemeinschaft Kermer/Sammer, die derzeit eine Studie für ein generelles ÖPNV-Konzept mit ergänzenden Maßnahmen für den nichtmotorisierten Verkehr, Parkraumrestriktionen und Verkehrsberuhigung erstellt, spricht sich nach letzten Informationen gegen die Errichtung eines Parkdecks aufgrund der Nähe zur Innenstadt und der daraus resultierenden Zunahme des motorisierten Individualverkehrs (MIV) an dieser Stelle aus. Die Ortsbildpflegekommission hat sich zum Schutze des Ortsbildes dagegen ausgesprochen, da mit dem geplanten Bauwerk eine deutliche Trennung des westlichen Stadtgebietes zur inneren Stadt und keine optische Verbindung erfolgt.

Anläßlich einer Pressekonferenz des Herrn Bürgermeister, in der er seine Ideen für das "EKZ-Innenstadt" vorstellt, wird erstmals laut darüber nachgedacht, daß als Ersatz für das von der Ortsbildpflegekommission abgelehnte Parkdeck neben der Westtangente mehrgeschoßige Abstellplätze in der Italienerstraße möglich wären. Dies war in der Kleinen Zeitung vom 25.2.1993 zu lesen mit einer Wiederholung im Mitteilungsblatt der Stadt Villach vom 15.3.1993. Zu den von Herrn Bürgermeister vorgebrachten Denkanstößen ist festzuhalten, daß entsprechend dem Parkplatzleitsystem für den Bereich Ecke Pestalozzistraße/Italienerstraße eine Schwerpunkt-PKW-Parkplatzfläche seit Jahren vorgesehen ist. Heute sind in einer Ebene 157 PKW-Stellplätze für Dauerparker und 50 Stellplätze in einer gebührenpflichtigen Kurzparkzone gegeben. Somit ist diese Idee nicht neu!

in der Innenstadt zu bauen, wodurch der private Individualverkehr ...
Zur Ihrer ersten Frage: "Wo genau und für wieviele PKWs ist dieses Parkhaus geplant?" ...
Sollte es zu einer Errichtung eines Parkhauses in der Italienerstraße kommen, so wäre als Lage das vorbeschriebene Gebiet Ecke Pestalozzistraße/Italienerstraße, wo heute bereits der Parkplatz ausgewiesen ist, gegeben. Die Anzahl der PKWs richtet sich nach einem Projekt, das derzeit mir persönlich unbekannt ist.

Zur Ihrer zweiten Frage: "Wer wird dieses Parkhaus bauen?"

Da mir kein Vorgespräch und auch kein Vorprojekt bekannt ist, die Grundstücke sich jedoch im Besitz der Stadt Villach befinden, kann angenommen werden, daß eine Errichtung eines Parkhauses durch die Stadt Villach erfolgt oder durch einen privaten Investor unter Beteiligung der Stadt Villach. Ein Projekt ist mir persönlich nicht bekannt.

Zu Ihrer dritten Frage: "Besteht die Absicht seitens der Stadt dieses Projekt finanziell zu unterstützen?"

Da weder ein konkretes Vorprojekt noch meines Wissens Vorgespräche mit einem Interessenten geführt wurden, kann diese Frage derzeit nicht beantwortet werden, da eine Absichtserklärung einer finanziellen Beteiligung an einem nicht-vorhandenen Projekt unseriös ist."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Haider hat erwartet, daß Stadtrat Ing. Truppe als Verkehrsreferent der Stadt Villach seine Einschätzung zu diesem Thema abgibt. Er möchte wissen, was der Verkehrsreferent davon hält, Parkhäuser

in der Innenstadt zu bauen, wodurch der private Individualverkehr bevorzugt wird. In der Studie von Dr. Sammer-Dipl.-Ing. Kermer wird angeführt, daß man mit aller Kraft eine Verkehrswende herbeiführen soll. Die sanfte Mobilität, der Radfahrverkehr, der Fußgängerverkehr und der öffentliche Verkehr, soll gefördert werden. Der öffentliche Verkehr ist gegenüber dem motorisierten Individualverkehr nicht konkurrenzfähig. Der Bau des Parkhauses würde den Individualverkehr fördern und die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Verkehrs verschlechtern. Die Chancen, eine Verkehrswende herbeizuführen, sind ausgesprochen gering zu werten, wenn man hier ein Parkhaus plant. Zurzeit ist es in Villach so, daß es in der Innenstadt 8.954 Parkplätze gibt. Im Vergleich zu anderen Städten ist das viel. Es gibt also aus dieser Sicht nicht die Notwendigkeit, ein Parkhaus zu bauen. Wenn man die 8.954 Autos mit drei mulitpliziert, dann sind das allein für die Innenstadt 27.000 Fahrten. Ein zusätzliches Parkhaus würde verstopfte Straßen bedeuten. Auch der Bus steht dann in den verstopften Straßen. Man kann sich ausrechnen, ob die Leute in diesem Fall den öffentlichen Verkehr akzeptieren werden. Stellt sich Stadtrat Ing. Truppe hinter ein solches Projekt oder nicht?

Stadtrat Ing. Truppe führt aus, daß die Studie von Dr. Sammer und Dipl.-Ing. Kermer eine Zwischenbilanz gezogen hat. Es ist noch keine Entscheidung am Tisch. Gemeinderat Mag. Haider war selbst bei der Diskussion dabei. Es ist sicherlich noch keine Aussage in die Richtung gekommen, daß eine Verkehrswende in der Form herbeigeführt werden soll, wie es die Grünpolitik in der Stadt Villach vorsieht. Er geht mit Gemeinderat Mag. Haider in der Frage konform, daß der öffentliche Verkehr zu fördern sein wird. Die Stadt Villach hat es gewagt, eine relativ große Fußgängerzone zu errichten. Es gibt Strömun-

gen die besagen, daß eher wieder Rücknahmen durchgeführt werden sollten. Es gibt bezüglich der Fußgängerzone einen Grundsatzbeschluß, der mit dem letzten Stück der Lederergasse verwirklicht wird. Darüberhinaus ist er der Meinung, daß man in einem Abstand von fünf bis zehn Gehminuten vom Zentrum Dauerparkplätze braucht. Es kommen sehr viele Pendler aus den umliegenden Gemeinden. Daher sind Dauerparkplätze im Bereich des Innenstadtringes notwendig.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Mag. Haider stimmt zu, daß die Analyse von Dr. Sammer und Dipl.-Ing. Kermer noch keine Empfehlungen gibt. Es ist ein Ist-Stand. Wenn man diese Studien durchliest, wird klar, was auf der Tagesordnung steht, wenn man nicht will, daß es in den nächsten elf oder zwölf Jahre zu einer Zunahme des motorisierten Individualverkehrs um 30 % kommen soll. Daher ist völlig klar, daß eine Wende eintreten muß. Er versteht einen Verkehrsreferenten nicht, der nicht gewisse Zielvorstellungen hat. Er hat es so verstanden, daß Stadtrat Ing. Truppe nichts vom öffentlichen Verkehr hält.

Bürgermeister Manzenreiter bittet Gemeinderat Mag. Haider, Fragen zu stellen und nicht unzulässigerweise Wertungen vorzunehmen. Er hält es nicht für korrekt, daß man Stadtrat Ing. Truppe in Wertungen hineinbegibt. Es sind Fragen zu stellen und alles andere ist in Debattenbeiträgen zu machen.

Gemeinderat Mag. Haider wollte nicht abwerten, sondern nur einschätzen. Bei welcher Pressekonferenz ist diese Diskussion aufgekommen und von wem stammt der Vorschlag?

Stadtrat Ing. Truppe möchte eingangs etwas anführen, da ihm unterstellt wurde, daß er keine Vorschläge hätte. Durch die Vorschläge der ÖVP-Fraktion arbeitet jetzt eine Planungsgruppe. Er hält es nicht für sinnvoll, jetzt Details umzusetzen, bevor nicht das Ergebnis da ist, denn dann hätte man keine Studie in Auftrag geben müssen. Zum anderen ist Gemeinderat Mag. Haider in der alten Funktionsperiode sechs Jahre im Gemeinderat gesessen. Es wurde in dieser Zeit nicht bemerkt, daß ein Punkt der Grünpolitik umgesetzt worden wäre. Bei der Pressekonferenz war Stadtrat Ing. Truppe nicht anwesend. Es war eine Pressekonferenz von Bürgermeister Manzenreiter über verschiedene Themen, bei der auch dieser Punkt beleuchtet wurde.

Bürgermeister Manzenreiter möchte diese Frage aufklären. In der Pressekonferenz war er ganz im Sinn von Gemeinderat Mag. Haider der Meinung, daß der Standort EKZ-Interspar für ein Parkdeck zu stadtnahe wäre. Ein möglicher Standort wäre, auch unter dem Gesichtspunkt, daß dort die Verbindung öffentlicher Verkehr, sprich Westbahnhof, und Individualverkehr hergestellt werden könnte, das Areal vor dem Westbahnhof. Das war ein Vorschlag.

heit und die 6.) Anfrage von Frau Gemeinderätin Sigrid Steinkellner bezüglich Satellitenempfangsanlagen

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt folgende Anfrage:

"Aus Kreisen der Bevölkerung unserer Stadt kommen uns immer häufiger Beschwerden zu, daß sich Betreiber von Satellitenempfangsanlagen bei Bauansuchen unsinnigen Behördenforderungen ausgesetzt sehen. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, ich frage Sie, sind Ihnen diese Vorkommnisse bekannt?"

Vizebürgermeister Binter beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Grundsätzlich ist festzustellen, daß die öffentlichen Interessen, insbesondere der Sicherheit, Gesundheit, der Erhaltung des Landschaftsbildes und des Schutzes des Ortsbildes es nicht zulassen, daß derartige Anlagen, egal welcher Form und Größe, von der Anwendung des Baurechtes ausgenommen werden. Gemäß § 2 lit f in Verbindung mit § 4 lit a der Kärntner Bauordnung 1992, LGB1.Nr. 64/1992, sind die hochbaulichen Teile der Fernmeldeanlagen, wie insbesondere Parabolantennen, Antennentragmasten, und damit die Satellitenempfangsanlagen als solche, sonstige bauliche Anlagen im Sinne der Kärntner Bauordnung. Diese sonstigen baulichen Anlagen sind in jedem Fall - auch dann, wenn deren Anbringung in Änderung eines Gebäudes gemäß § 4 lit b erfolgt, etwa durch Befestigung am Dach oder an der Fassade - in das Regime der Bauordnung einbezogen. Die genannten hochbaulichen Teile der Fernmeldeanlagen unterliegen somit der Baubewilligung, wenn durch sie Interessen der Sicherheit, insbesondere im Hinblick auf die Standsicher-

heit und die Brandsicherheit, der Gesundheit, der Erhaltung des Landschaftsbildes sowie des Schutzes des Ortsbildes oder sonstige öffentliche Interessen oder öffentlich-rechtliche Interessen der Anrainer beeinträchtigt werden können.

Eine Gebrauchnahme vom vereinfachten Anzeigeverfahren gemäß §§ 5, 23 und 24 des zitierten Gesetzes kommt für hochbauliche Teile der Fernmeldeanlagen nur dann in Betracht, wenn keine der vorstehend angeführten öffentlichen Interessen berührt wird. Das ist allein schon wegen der Anbringungsart der Satellitenempfangsanlage in Vorgärten, an Fassaden, auf Dächern und dergleichen, womit regelmäßig Interessen der Stand- und Brandsicherheit und solche des Ortsbildes betroffen sind, nicht der Fall. Nachfolgende Vorschriften sind abgestimmt auf den jeweiligen Einzelfall praktisch immer aus bautechnischer Sicht sowie aus Ortsbildgründen zu treffen: Die Satellitenempfangsanlage ist absturz- und sturmsicher zu montieren bzw. standsicher zu errichten (zweiteres bei Bodenanlagen). Sie ist farblich der Dachhaut bzw. Fassade anzupassen. Die Satellitenempfangsanlage ist weiters mit ihren metallenen Teilen an die bestehende Blitzschutzanlage anzuschließen, die elektrischen Teile sind zu erden. Die Vorschrift des Anschlusses an die Blitzschutzanlage entfällt naturgemäß bei Bodenanlagen. Sämtliche Vorschriften sind somit fachlich begründet und für die vorschreibende Behörde schlüssig nachvollziehbar."

Erste Zusatzfrage:

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt die Frage, in welcher Art und Weise Vizebürgermeister Binter die Bevölkerung über den Betrieb von Satellitenempfangsanlagen aufgeklärt hat?

Frau Vizebürgermeisterin: Nach Wahl-Kircher
übernimmt den Vizebürgermeister Binter erklärt, daß eine
solche Vorgangsweise von ihm nicht vorgenommen worden ist.
In Fällen, in denen er im Rahmen seines Sprechtages ange-
sprochen worden ist, ist natürlich auch eine entsprechende
Information erfolgt.

Zweite Zusatzfrage:

Frau Gemeinderätin Steinkellner fragt, wie-
viele nicht-genehmigte Satellitenanlagen es in Villach
gibt und wieviele anhängige Verfahren? Was wird Vizebür-
germeister Binter unternehmen, um seinem Gesetzauftrag
gerecht zu werden?

Vizebürgermeister Binter bittet um Ver-
ständnis, daß er nicht in der Lage ist zu sagen, wieviele
nicht-genehmigte Satellitenanlagen es in Villach gibt.

Ende der Fragestunde: 18.25 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Sitzungstermine

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am
25.6.1993 um 14.30 Uhr (Jahresrechnung) statt.

Gemeinderat Mag. Haider ist der Meinung,
daß die Sitzung am 25.6.1993 wieder eine Marathonsitzung
wird.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß,
sollte es auf Grund der Dynamik in der Stadt Villach
notwendig sein, noch eine Gemeinderatssitzung eingeschoben
wird. Es ist festzustellen, daß die Tagesordnungspunkte in
den letzten Jahren um beinahe 100 % zugenommen haben. Der-
zeit ist nur dieser eine Termin bekannt.

Zur Kenntnis genommen.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

- b) Theodor Maier - Zurücklegung der
Funktion als Gemeinderat der Stadt
Villach mit 30.4.1993
-

folg. 1

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß Gemeinderat Theodor Maier aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat als Gemeinderat der Stadt Villach mit Wirksamkeit 30.4.1993 zurücklegt. Er nimmt gleichzeitig zur Kenntnis, daß mit gleicher Wirksamkeit auch alle seine vom Gemeinderatsmandat abgeleiteten Funktionen - in den Ausschüssen usw. - erlöschen. Um die entsprechenden Veranlassungen wird ersucht.

Abschließend möchte sich Gemeinderat Theodor Maier für die gute Zusammenarbeit im Sinne der Stadt Villach und ihrer Bürger bedanken. Er wünscht allen Mandataren und der Stadt Villach auch für die Zukunft noch viele Erfolge bei der kommunalen Arbeit für ein Villach zum Wohlfühlen.

Die Zurücklegung des Mandates wurde der Gemeinderatswahlbehörde mitgeteilt, die das Nachrückungsverfahren einzuleiten hat.

Zur Kenntnis genommen.

ten eine sehr Vizebürgermeister Binter übernimmt den Vorsitz der Bevölkerung und den Parlamentarier, der die Entwicklung eine Qualifikation für die Olympischen Spiele 2002 (Pkt. 2.) Bewerbung für die Olympischen Spiele 2002

folg. 2

Bürgermeister Manzenreiter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Magistratsdirektion vom 15.3. 1993.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher ist im Gegensatz zu anderen Mandataren der Meinung, der Gemeinderat sollte bei seiner einstimmig vereinbarten Vorgangsweise bleiben. Sie hat sich als Kultur- und vor allem als Finanzreferentin in den vergangenen Wochen ihre Meinung zur Bewerbung gebildet und möchte dem Gemeinderat diese vor der Abstimmung zur Kenntnis bringen. Aus dem indianischen Sprichwort "Je mehr der Baum in die Höhe strebt, desto tiefer müssen die Wurzeln gehen" sollte man eine Villacher Weisheit ableiten, die lauten sollte "Je größer ein Projekt, desto besser müssen seine Wurzeln verankert sein". Das Projekt Olympia wäre das größte in der Geschichte der Stadt Villach. Alle Mitglieder des Gemeinderates waren in den letzten Wochen aufgerufen, seine ökologischen, finanziellen, touristischen aber auch demokratiepolitischen Wurzeln zu prüfen. Sie kommt nach eingehender Beschäftigung mit diesem Thema zur Entscheidung, die, um in der Sprache der Hearings zu bleiben, eine Kopf-, Bauch- und Herzensentscheidung ist und "nein" zur Olympia-Bewerbung durch die Stadt Villach lautet. Dieses "Nein" bedeutet für sie als Finanzreferentin das Resultat einer Management-Entscheidung, die anhand von fünf Kriterien getroffen worden ist. Erstens: Paßt das Projekt Olympia in die Villacher "Firmenphilosophie"? Die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung Villachs ist seit einigen Jah-

ren eine sehr breit verankerte, in ständiger Rückkoppelung mit der Bevölkerung und den Wirtschaftskräften erarbeitete Entwicklung, eine Qualitätsentwicklung im Versuch, durch behutsame Eingriffe die Wohn-, Arbeits- und vor allem Lebensqualität der Bewohner zu sichern und zu verbessern. Ein Sprung in die Gigantomanie, ein Bruch mit dieser behutsamen Gangart, scheint nicht nötig und auch nicht sinnvoll zu sein. Die Stadt Villach braucht keinen vermeintlichen Rettungsanker, sie braucht Olympia nicht, um auf Grund der vermeintlichen Nachnutzungen Vorteile zu haben. Man sollte von vornherein schon direkt in diese Nachnutzungen investieren. Nur um sich Olympiastadt nennen zu dürfen und weltweit für ein Wintersport-Image zu kämpfen, sollte man nicht den behutsamen Qualitätstourismus opfern, der in Villach aufgebaut wurde, sondern sollte diesen Schritt für Schritt in Richtung Vor- und Nachsaison weiter ausbauen. Zweitens: Ist das Projekt machbar - die Frage der visibility? Beginnend mit der klimatischen Zukunft in den Alpen bis hin zur Stadtplanung eines Olympischen Dorfes lautet die Antwort meist, daß technisch fast alles machbar ist, aber nicht in der Qualität, die die Villacher Bevölkerung erwartet und verlangt. Für die Beurteilung der finanziellen Machbarkeit gilt ein olympischer Grundsatz, nämlich der des rollenden Budgets und der Zahlenspiele. Allein die Bewerbungsangebote von Aosta mit S 40 Mio. und Nagano mit beinahe S 300 Mio. zeigen den Grundsatz auf, der hier zum Tragen kommt: Wer bietet mehr? Während der 14 Durchführungstage von Olympia mußte sich die Gemeinde Albstadt mit S 650 Mio. verschulden und dies trotz vorher fixierten Detailbudgets. Fest steht jedenfalls, daß ein Projekt Olympia mindestens zehn Jahresbudgets der Stadt Villach betragen würde und daß die Finanzgarantien des Landes und des Bundes keinesfalls sichergestellt scheinen. Dritter Punkt: Was ergibt die Konkurrenzbeobachtung? In Österreich hat Innsbruck Interesse angemeldet. Internatio-

nal wird Salt Lake City als aussichtsreichste Kandidatin gehandelt. Beide haben einen Vorteil, nämlich bereits über den Großteil der erforderlichen Olympiaanlagen zu verfügen. Das ist das einzige Entscheidungskriterium, das in den nächsten Jahren für die Prüfung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) handfest zu sein scheint. Der finanzielle Einsatz der Stadt Villach für eine Bewerbung wird somit zu einem enormen Risikokapital, wenn man auch nur eine der vielen sinnvollen Alternativen gegenüberstellt, wie beispielsweise direkte Wirtschaftsförderung der Betriebe im Drei-Länder-Gebiet um diese Summe, um diese Betriebe europareif zu gestalten. Viele wissen vielleicht noch, daß die vergangene Winterolympiade in Albertville war und die nächste in Lillehammer sein wird. Wer aber kennt nur einen Namen einer Mitbewerberstadt der vergangenen Olympiade oder der nächsten Olympiade? Viertens: Worin liegt die Unverwechselbarkeit der Stadt Villach am Markt der Olympia-Bewerberstädte? Was ist die "unique selling position" der Stadt Villach? Es ist eindeutig der Vorteil, daß eine Drei-Länder-Bewerbung angestrebt und geboten würde, über Grenzen hinweg. Dies entspricht aber in der Realität heute noch nicht den Statuten des IOC. Weiters müssen auch die unsichere Entwicklung in Slowenien und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Italiens mitberücksichtigt werden. Der fünfte Punkt ist die entscheidende Frage der Akzeptanz eines Projektes, die Frage der Akzeptanz des Produktes Olympia-Bewerbung Villach. Diese Akzeptanz von allen Seiten ist für das Gelingen eines derart großen Vorhabens unbedingte Voraussetzung. In der breiten Bevölkerung ist diese Akzeptanz, wie auf Grund zahlreicher Gespräche angenommen werden kann, äußerst gering einzuschätzen. Die Rückmeldungen lauteten von "Wir haben andere Probleme zu lösen" bis hin zu "Warum sollten wir Villacher uns das antun?". Diese Einschätzung entspricht sicher nicht der Situation im ganzen Bundesland Kärnten. Der Ge-

meinderat ist heute jedoch dazu aufgerufen, für die Stadt Villach eine Entscheidung zu treffen. Wirtschaftskreise haben ihre Einstellung indirekt bekundet, nämlich durch Nicht-Teilnahme an den Olympia-Veranstaltungen einerseits und durch Nicht-Äußerung dazu, abgesehen von wenigen Exponenten. Ohne breitesten Enthusiasmus und ohne große Einsatzbereitschaft aller scheint eine Bewerbung jedoch von vornherein eine vergeudete Chance zu sein. Dieses "Nein" zur Bewerbung für die Winterolympiade 2002 möchte sie jedoch andererseits mit einem deutlichen "Ja" zum olympischen Gedanken versehen. Von diesem ist nämlich ein Spektakel unter dem Aufhänger Sport, das keinerlei vernünftige Kosten-Nutzen-Relation für Villach bieten würde, weit entfernt. Die Stadt Villach sollte ihre Grenznähe, die touristischen Kapazitäten, die Energien und das sportliche Können ihrer Jugend und die kulturelle Stärke nützen und in grenzüberschreitende, friedensstiftende Jugendveranstaltungen investieren, deren Bedingungen durch die Stadt Villach selbst festgelegt werden können. Villach sollte verstärkt das Image einer europäischen, einer internationalen Begegnungsstätte für die Jugend gegeben werden. Drei Vorschläge sollen ganz konkret an dieser Stelle angebracht werden. Erstens der einer Fachhochschule, die wirtschaftlichen Sinn gäbe, speziell orientiert an dem Bereich Alpen-Adria. Zweitens ein EG-Bildungsprogramm namens "PE-TRA", das bisher in Österreich nicht verwirklicht werden konnte und sich speziell an Lehrlinge und an junge Leute, die in der Berufsausbildung stehen, richtet. Das Geld der Stadt Villach sollte in eine Ausbildungs-offensive wie dieses europaweite Lehrlingsbildungsprogramm fließen. Der dritte Punkt wäre die Installierung einer internationalen Jugendakademie, die ihren ständigen Sitz in Villach haben sollte. Der Tag danach, der Tag nach Olympia, sollte nicht durch böses Erwachen gezeichnet sein und durch Katerstim-

mung für eine oder mehrere Generationen nach uns, sondern durch menschliche Bereicherung aller Beteiligten und durch eine gesicherte wirtschaftliche Zukunft Villachs.

Stadtrat Ing. Klamt ist als Umweltreferent dieser Stadt sehr froh, daß die FPÖ-Fraktion diese Entscheidung gegen Olympia 2002 sehr schnell, 14 Tage vor der Mehrheitsfraktion, über die Bühne gebracht hat. Albertville ist allen noch in Erinnerung und in seinen Augen wäre die Durchführung ein ökologischer Wahnsinn. In Villach ist man heute in einer Phase, in der man in die Reparatur des Öko-Systems Villach gehen muß. In Villach gibt es genug Probleme. Man muß bei der Fernwärme heute nach dem Megaskandal Magdalen in die Schadensminimierung gehen, verschiedene Deponien müssen abgesichert werden. Der Dobratsch steht jetzt ebenfalls zur Entscheidung an. Es gibt dort eine Wasserschongebietsverordnung, die die Stadt Villach und auch Bürgermeister Manzenreiter zum Handeln zwingen wird. Man wird dort eine klare Entscheidung, beispielsweise für eine sanfte Nutzung des Dobratsch, also auch gegen ein Olympia, treffen müssen. Was ihn an dieser Sache stört, ist, daß Bürgermeister Manzenreiter aus dieser Gemeinderatssitzung wieder als Sieger hervorgehen soll. Es mag sein, daß der Bürgermeister ein sehr guter Taktierer ist. Es mag sein, daß der Bürgermeister sein politisches Handwerk gelernt hat. Aber die neue Zeit wird Politiker brauchen, die etwas schneller in Entscheidungen sind und die auch eine Meinung wirklich durchhalten. Den Beweis ist die SPÖ-Fraktion bei dieser Olympia-Diskussion schuldig geblieben. Es war vielleicht seinerzeit eine schöne Vision - ein Nato-Staat, ein paktfreier Staat, ein neutraler Staat - die wahrscheinlich irgendwo in einer Weinlaune entstanden ist. Man kann beinahe sagen, es ist eine Schnapsidee. Mit einer solchen Schnapsidee sollte man jedoch die Bürger nicht überstrapazieren. Er ist sehr

froh, daß dieser Tagesordnungspunkt, so hofft er, bald weg ist und daß man dann weiter zur Tagesordnung übergehen kann, denn es gibt in Zukunft genug Probleme zu lösen.

Der Vorsitz der Spiele übernahm die Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Gemeinderat Ing. Woschitz möchte wieder zum Thema zurückkommen. Wie viele Menschen in der Stadt Villach, die zum Sport eine sehr enge Beziehung haben, war auch er zuerst begeistert von der grenzüberschreitenden Olympia-Idee, die schon seit Jahren in den Köpfen der Villacher herumgeistert ist. Unter Berücksichtigung der damaligen politischen Verhältnisse war es sicher eine gute Idee, Drei-Regionen-Spiele zu veranstalten und dadurch für kurze Zeit in den Sportmittelpunkt, man kann sagen in das Weltgeschehen, zu rücken. Wie man aber auch weiß, und gerade die letzten Winterspiele haben es gezeigt, sind Winterspiele sehr stark ökologischen und meteorologischen Einflüssen unterworfen. Nicht nur den betroffenen Regionen in Albertville, sondern auch uns wurden die Augen geöffnet und aufgezeigt, daß auch dem Sport, wie so vielem in der heutigen Zeit, Grenzen gesetzt sind. Es sind dies Grenzen, die sich nicht nur auf den Schutz der Natur, die Kosten und viele andere Faktoren beschränken, sondern Grenzen, die die Größe, die gigantische Dimension, die Fülle der Veranstaltungen, betreffen und bei weitem die Ressourcen im kleinen Raum Villach übertreffen. Er hat in letzter Zeit mit sehr vielen Sportfunktionären in Villach über die Sinnhaftigkeit dieser Idee gesprochen. Er hat auf seine Frage hin von den Sportfunktionären, ob Sommer- oder Wintersport, eine klare Absage erhalten, obwohl er der Meinung ist, daß gerade die Sportfunktionäre der Stadt Villach durch die Vielzahl der durchgeführten Veranstaltungen eine Professionalität gefunden haben und in der Lage wären, die

sportlichen Bewerbe zu organisieren und durchzuführen. Der Sport ist aber nur ein Teil der Olympischen Spiele. Die Diskussion der Referenten der Hearings über Bewerbungsmodalitäten, Zuschlag der Spiele durch die Gremien des IOC, es gibt derer 160 auf der ganzen Welt, von Simbabwe bis Norwegen und von der Mongolei bis nach Chile, wo es gilt, Wahlmänner für die Nominierung zu gewinnen und wo auch dunkle Geschäfte und Manipulationen, wie man hinter vorgehaltener Hand hört, Tagesordnung sind, hat diese Problematik klar aufgezeigt. Villach ist viel mehr durch seine einmalige geografische Lage an Bergen und Seen die Stadt in Österreich, in der beinahe jede Sportart, ob Sommer oder Winter, Frühjahr oder Herbst, ob es Hängegleiten ist oder Rudern, Schispringen oder Radfahren, Leichtathletik oder sämtliche Spielarten, um nur einige zu nennen, ausgeübt werden kann. Daher eignet sich Villach besonders für Großveranstaltungen verschiedener Einzelsportarten. Man kann zurückverweisen an die Rad-WM, Wasserschi-WM, Ruderregatten und viele andere mehr. Es sind dies alles Veranstaltungen in einem überschaubaren Rahmen, wo die Sportler auch in den vorhandenen Hotels bestens untergebracht werden können und sich auch besonders wohlfühlt haben. Also ein klares "Ja" auch weiterhin zu Sportveranstaltungen dieser Art, die auch touristischen Wert besitzen und an denen auch Villacher Sportler teilnehmen können. Dies muß weiterhin das Ziel und ein Schwerpunkt im Sport bleiben. Man muß jedoch, wenn man über so große Ziele wie Olympia diskutiert, auch darüber sprechen, wo die Schwerpunkte, Akzente im Sport zu setzen sind. Gerade jene Herren des Gemeinderates, die auch im Sportausschuß vertreten sind, kennen viele Sorgen und Nöte der Vereine in Villach. Es geht vielmehr darum, jene Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, den Sport auch bestens auszuüben, ob das Leistungssport ist oder Breitensport, ob Jugendsport oder Seniorensport. Daher wäre er dafür, einen Teil der

Bewerbungskosten für Olympia dafür einzusetzen, daß diese Bedingungen, obwohl in den letzten Jahren sehr viel getan wurde, noch verbessert werden. Die Bevölkerung und insbesondere die Jugend muß von der Sinnhaftigkeit, am Sport aktiv teilzunehmen, überzeugt und begeistert werden. Es muß eine Begeisterung für den Sport geschaffen werden, wie man sie vorige Woche in der Eishalle und anschließend am Rathausplatz erleben konnte. Das muß das Ziel sein. Durch Olympia allein gibt es keinen einzigen Sportler zusätzlich in Villach. Die Stadt Villach hätte jedoch all ihre Kraft, ihre finanziellen Mittel, den gesamten persönlichen Einsatz in den nächsten sieben Jahren nur einem Ziel unterzuordnen, und zwar für die Stunde X im Jahre 2002 gerüstet zu sein. Der Sport in seiner Gesamtheit für die vielen Vereine in Villach käme zu kurz. Daher ein klares "Nein" auch von der Sportseite der SPÖ-Fraktion für die Bewerbung für die Olympischen Spiele im Jahre 2002.

Stadtrat Pacher führt aus, daß vor etwa einem Monat beschlossen worden ist, daß heute in einer geheimen Abstimmung die weitere Vorgangsweise in der Olympia-Frage beschlossen werden soll. Er ist jedoch der Meinung, daß auf Grund von Aussagen, die vorher bereits sehr deutlich an die Öffentlichkeit gedrungen sind, doch eine gewisse Beeinflussung erfolgt ist. Er würde aus heutiger Sicht anstelle der FPÖ-Fraktion nicht stolz darauf sein, der erste gewesen zu sein, der eine Absage an diese Veranstaltung gegeben hat. Dies deshalb, weil diese Absage bereits zu einem Zeitpunkt gekommen ist, zu dem Information noch angesagt war und er ist der Meinung, daß auch heute noch intensiver Nachholbedarf an Information notwendig ist. Das war auch der Grund, der die ÖVP-Fraktion zu Beginn der heutigen Gemeinderatssitzung bewogen hat, den Antrag zu stellen, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen. Er möchte als einer, der über

Jahre hinweg von dieser Idee unmittelbar betroffen war, doch nicht so schnell Abschied nehmen von etwas, das weite Kreise der Villacher Bevölkerung, aber auch die Freunde im benachbarten Ausland, begeistert hat. Es war der Versuch des David, mit Partnern, mit Freunden ein gemeinsames großes Werk im Sinne der olympischen Idee zu verwirklichen. Das ist der Kontrapunkt zu den großen Wünschen, zu der Gigantomanie, die in der Vergangenheit vorgeherrscht hat. Der David hat in der Sage schon einmal gesiegt, das sollte uns ein Beispiel sein. Es war also nicht irgendeine olympische Idee, nicht die bisherige olympische Idee, sondern es war die Villacher Drei-Länder-Olympia-Idee. Der Grund, wieso Stadtrat Ing. Truppe sehr emotional argumentiert hat, war vermutlich auch, daß man hier anscheinend bereit und willens ist, von dieser Villacher Drei-Länder-Olympia-Idee Abschied zu nehmen. Er spürt im Herzen aller hier Anwesenden, daß, so wie Olympia derzeit gehandhabt wird, es niemand mehr im Herzen trägt. Es war die damalige Idee, mit drei Partnern die Kosten, den Raumbedarf und die Belastung zu teilen, in der Hoffnung, damit durch dreifaches Teilen dreifachen Nutzen zu erreichen. Es könnte damit ein Nutzen in Richtung Freundschaft erreicht werden, wenn sich in einem Gebiet unterschiedliche Kulturkreise, Menschen mit verschiedenen wirtschaftlichen Möglichkeiten zusammenfinden, um gemeinsam etwas nach vorne bringen. Dreimal Erfolg heißt nicht nur Erfolg in Richtung Freundschaft, sondern auch Erfolg in Richtung Zusammenarbeit und Erfolg in Richtung Wirtschaft. Er ist der Meinung, daß das nicht unberücksichtigt bleiben sollte. Man sollte den Bürgern die Möglichkeit geben, sich wirtschaftlich zu entwickeln. Das heißt nicht, daß eine alleinige Ausrichtung auf den Fremdenverkehr erfolgen soll. Wenn man bedenkt, wie sehr die Freizeit der Menschen zunimmt, so könnten durch eine neue Art der olympischen Ausrichtung auch neue Impulse für die Freizeit entstehen. Es konnte festgestellt werden,

daß bis vor einem halben Jahr diese Villacher olympische Idee, die Drei-Länder-Olympia-Idee, bei den Menschen große Begeisterung hervorgerufen hat. Daher stellt sich für ihn die Frage, was in den letzten Wochen und Monaten passiert ist, da man nun feststellen muß, daß derzeit für die olympische Idee, über die heute abgestimmt werden soll, kein Rückhalt und auch kein Interesse vorhanden ist. Er ist der Meinung, daß Abschied genommen wurde von dieser ursprünglichen Idee der Gemeinsamkeit. Er hat in der letzten Zeit nur vieles über die Kosten gehört und daß die Kosten für Villach S 30 Mio. betragen würden. Es hat niemand über die Vision gesprochen und über den Nutzen, über diesen typisch Villacher Nutzen, den man sich erwartet hat. Er hat das Mitteilungsblatt, das sonst immer sehr informationsfreudig ist, gelesen und dort nicht verspürt, daß dort die Vision, die von allen jahrelang im Herzen getragen wurde, jetzt, wo es darangeht, sich wirklich ernsthaft und näher mit diesem Thema zu befassen und die Idee auch unter die Menschen zu bringen, weitergegeben wurde. Gute Ideen brauchen Ausdauer. Es genügt nicht, daß man etwas über mehrere Jahre verfolgt. Große Ideen, vor allem, wenn sie Dinge verändern sollen, brauchen Ausdauer und Partner. Er hat in den letzten Wochen und Monaten auch nicht verspürt, daß die Stadt Villach auf der Suche nach Partnern ist, sondern eher, daß die Dinge alleine bewegt werden sollen. Wenn heute davon gesprochen wird, daß man keinen Massentourismus haben will, so sieht er in der olympischen Idee keinen Massentourismus, sondern die Notwendigkeit, sich durch diese olympische Idee einerseits geistig neu auszurichten und andererseits auch der olympischen Idee eigene Impulse zu geben. Man sollte nicht nur darüber diskutieren, daß diese olympische Idee für die Stadt Villach ein wirtschaftlicher Erfolg sein könnte, sondern auch, daß eine Vision dahingehend vorhanden gewesen wäre, neue Akzente in Richtung ökologische Olympiade zu setzen.

Wenn die Stadt Villach sich in der Drei-Länder-Region mehr dieser Idee verschrieben hätte, so könnte sie durchaus einen nachhaltigen Erfolg auch bei Ablehnung eines derartigen Projektes erreichen. Dadurch hätten sich die Bürger verstärkt mit dem ökologischen Problem beschäftigt und die Stadt Villach hätte sich bemüht, neue Ideen des Wirtschaftens und der Freizeitgestaltung zu finden und zu erreichen. Es wäre sehrwohl ein großes Ziel gewesen, und wäre es auch heute noch, zu demonstrieren, daß man auch das Treffen von Tausenden von Menschen in Frieden und Freiheit unter dem Aspekt einer sauberen Umwelt realisieren kann. Den Kärntnern wäre es möglich gewesen darauf hinzuweisen, daß sie nicht nur in einer gesunden Umwelt leben, sondern auf diesem Kärntner Boden auch gesunde Nahrungsmittel, bodenständige Nahrungsmittel produzieren. Bei einer Verabschiedung der olympischen Idee, wie sie heute vorgeschlagen wird, wäre gleichzeitig auch ein Abschied von der Drei-Länder-Olympiade, von dem spezifischen olympischen Gedanken, gegeben. Es wäre also die Aufgabe des David an den Goliath, an die Großen. Es wurde heute von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher richtigerweise angekündigt, mit welchen Mitteln und Methoden andere versuchen, die Sportwelt für sich zu begeistern. Er ist der Meinung, daß man nicht aufgeben darf darauf hinzuweisen, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, derartige Großveranstaltungen abzuhalten und daß es möglich ist, eine Olympiade so abzuhalten, daß es eine großartige Demonstration für die Villacher wäre. Es wäre dadurch auch möglich, in der Welt klarzustellen, daß man nicht groß, sondern vernünftig sein muß, daß man Ideen braucht und innovativ sein muß. Dadurch würden Urlauber verstärkt nach Villach kommen. Die ÖVP-Fraktion möchte von diesem Gedanken nicht Abschied nehmen, da sie in der Zwischenzeit Freunde gefunden hat und sich nach wie vor den Partnern in den anderen Regionen verpflichtet fühlt. Die ÖVP-Fraktion will diesen

Gedanken weiterverfolgen und stellt daher den folgenden Abänderungsantrag zu dem heute dem Gemeinderat vorgelegten Antrag: Anstelle der vorgesehenen geheimen Abstimmung, ob die Vorbereitung für eine Bewerbung der Stadt Villach um die Olympischen Winterspiele 2002 fortgesetzt werden soll oder nicht, soll zur Entscheidungsfindung eine Überprüfung des Stadtentwicklungskonzeptes mit angeschlossener Kosten-Nutzen-Analyse für diese Großveranstaltung unter den genannten Prämissen erstellt werden. Begründung: Bei der Durchführung einer Olympiade werden infrastrukturelle Projekte vorgezogen verwirklicht, die zur Entwicklung Villachs ohnehin notwendig wären. Der jetzige Zeitpunkt für eine Abstimmung im Gemeinderat und eine Volksbefragung ist äußerst ungeeignet, da keine entscheidungsreifen Unterlagen weder für die Beurteilung durch die politischen Vertreter der Stadt Villach, noch zur Information für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Kosten für eine derartige Kosten-Nutzen-Analyse sind deshalb gerechtfertigt, weil damit Untersuchungen angestellt werden, die ohnehin zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes notwendig wären. Er verweist auf wichtige und notwendige Vorhaben im Bereiche des Wohnbaus, im Bereiche der Wirtschaft und im Bereiche des Verkehrs.

Stadtrat Ladstätter macht Bürgermeister Manzenreiter auf einen Protokollfehler aufmerksam. Es wurde vergessen, die Protokollprüfer zu bestellen.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß als Protokollprüfer Gemeinderat Ing. Siegfried Andronik (FPÖ) und Frau Gemeinderätin Friederike Lausegger (ÖVP) bestellt werden.

Jahren. Der Herr Stadtrat Ladstätter hat sich die letzten zehn Jahre der Olympia-Bewerbung 2002 vor Augen geführt und ist zu dem Schluß gekommen, daß der Stadt Villach diese Bewerbung für die Drei-Länder-Olympiade touristisch genutzt hat. Zehn Jahre hat man versucht, touristisch daraus Kapital zu schlagen. Nach zehn Jahren ist dieses Thema jedoch ausgereizt. Wenn man die geografische Situation von Villach beurteilt, dann bleiben eigentlich für Villach keine attraktiven Wintersportbewerbe im eigenen Stadtgebiet. Er könnte sich vorstellen, daß man die attraktiven alpinen Bewerbe in Bad Kleinkirchheim durchführt und ähnliches wäre auch bei anderen Sportarten der Fall. Es hat keinen Sinn, daß man hoch auf Olympia setzt und dann am Dobratsch das Trainingsgebiet für irgendeine alpine Nationalmannschaft während der Olympischen Spiele bekommt. Er hat sich, nur kurz umrissen, zehn Punkte zusammengeschrieben, die aus seiner Sicht für eine Olympia-Bewerbung äußerst umstritten sind: der Umweltgedanke, die Verkehrssituation, die vorhandenen und noch zu bauenden Sportstätten, die Nachnutzung, die damit verbundene Teuerung für die Bevölkerung. Wenn man mit Bewohnern von Olympiastädten spricht, ist während der Olympiade und zumindest ein Jahr vorher der Preisanstieg gewaltig. Die Verschuldung wurde bereits angezogen. Weiters gibt es am Markt einfach bessere Bewerber. Er war kürzlich auf der Tourismusbörse in Berlin, auf der ITB, und mußte feststellen, daß das gesamte Stadtgebiet von Berlin, es ist allgemein bekannt, daß sich diese Stadt für die Sommer-Olympiade 2000 bewirbt, bereits auf dieses Großereignis werbemäßig abgestimmt ist. Es gibt in Berlin zwei Gesellschaften, die Olympia-Berlin-2000-GesmbH und die Berlin-2000-Marketing-GesmbH. Bei beiden Gesellschaften arbeiten an die 100 Bediensteten, die Olympia 2000 in Berlin sowohl werbemäßig, marketingmäßig wie organisatorisch vorbereiten. Die Vorlaufzeit ist in Berlin mit diesen beiden Gesellschaften seit knapp zwei

Jahren im Gange. Wenn man sich nun vorstellt, daß die Stadt Villach die Bewerbung für 2002 erst anlaufen lassen würde, kann man sich denken, mit welchem Defizit die Stadt in diese Bewerbung geht. Als Tourismusreferent dieser Stadt hat er sich die Sache nicht leicht gemacht und hat sehr vielen Betreibern von touristischen Betrieben und auch auf Betriebsinhaberversammlungen die Frage gestellt, wie die Stellung zu Olympia 2002 ist. Bei einer Sitzung der Stadthotellerie war das Ergebnis ein 90%iges "Nein" zu der Olympia-Bewerbung. Während der letzten sechs Wochen, in denen dieses Thema sehr aktuell war, hat er keine einzige Anfrage erhalten die ihm signalisiert hätte, daß man zu Olympia 2002 wirklich das Herz hat. Die Idee Olympia, eine Winterolympiade, ist auf den ersten Blick sensationell verblüffend. Wenn man jedoch tiefer in die Materie geht, bekommt man sehr schnell den Spiegel vorgehalten. Wenn man überlegt, daß bei der GAST im März dieses Jahres von Experten bekanntgegeben wurde, daß in der Sommersaison eine Vollbelegsdauer von 72 Tagen gegeben ist, so ist es ihm ein Bedürfnis, vor allem in der Stadt Villach die zweite Saison bzw. sogar eine dritte Saison zu forcieren. Er möchte dieses Thema kurz erläutern. Die Sommersaison in der Stadt Villach muß man nicht näher erklären, alle kennen das bunte Treiben in den Sommermonaten. Von rund 1 Mio. Nächtigungen im Jahr fallen auf die Wintersaison knapp 200.000 Nächtigungen. Hier wird es notwendig sein, daß man die Stadt Villach auch im Ausland, im deutschen Bereich, in Norwegen, Skandinavien, aber vor allem bei unserem südlichen Nachbar im oberitalienischen Raum noch mehr als Wintersportstadt oder -ort verkaufen kann. Er hatte im Jänner 40 internationale Journalisten aus Europa in Warmbad zu Gast. Es ist eigentlich phänomenal gewesen, daß im weiten europäischen Reigen der Tourismusstädte Villach mit seiner guten Infrastruktur, mit den vier attraktiven Schigebieten rund um Villach, Gerlitze,

Verditz, Dobratsch, Drei-Länder-Eck, nicht als solches gesehen wird. Die Frage, ob in Villach auch die Möglichkeit bestünde, von der Piste in die Therme zu kommen, wie beispielsweise in Bad Kleinkirchheim, mußte er ebenfalls bejahen, da er Warmbad als Beispiel herangezogen hat. Nur international ist dies noch nicht bekannt. Weiters wird er als Tourismusreferent keine Anstrengungen scheuen, um in Villach eine dritte Saison, den Kultur-, Tagungs-, Seminar- und Kongreßtourismus, auf die Beine zu stellen. Auf diesem Gebiet müßte man die Lage Villachs nützen. Diese Branche würde die Möglichkeit bieten, nicht auf 72 Belegstage zu kommen, sondern 365 Tage lang touristische Wertschöpfung zu betreiben. Zum Abschluß kommend möchte er aus touristischer Sicht ein ganz klares "Nein" zur Bewerbung Olympia 2002 aussprechen.

Gemeinderat Mag. Haider ist der Meinung, daß es sich hier sicherlich, wie schon von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erwähnt, um eine Entscheidung des Bauches, des Herzens und des Gehirns handelt. Die Villacher Grünen sind sowohl vom Bauch, vom Herzen, als auch vom Gehirn her gegen diese Olympischen Winterspiele eingestellt. Bei dieser Sprache bleibend ist zu sagen, daß ihm der Begriff "Firma Villach" in diesem Zusammenhang nicht gefällt. Es geht um den Raum Villach und um unsere Heimat. Er ist der Meinung, daß derartige Olympische Spiele eine schwere Beeinträchtigung für diesen Raum sind, sowohl in ökologischer als auch in sozialer Hinsicht. Es ist eine Mär zu glauben, daß Kärnten, und vor allem die Region Villach, eine Wintersportregion ist. Wir haben wenig Schnee, wir leben auf der Südseite der Alpen, wir haben keine großen zusammenhängenden Schigebiete. Wir sind eigentlich keine Wintersportregion und die Mär von viel Schnee und großen Schigebieten stimmt in Wirklichkeit nicht. Wir können nicht etwas anbieten und auf eine

zweite Saison, auf eine große Wintersaison, hoffen, wenn wir eigentlich nicht das notwendige Gebiet zur Verfügung haben. Es hat in diesem Winter beispielsweise eigentlich nur einmal geschneit, mit diesem Schnee müssen wir leben. Die Tendenz der abnehmenden Mittelmeertiefs ist wissenschaftlich anscheinend erwiesen. Es handelt sich nicht um einen Zufall, sondern um eine Tendenz und es ist einiges zu befürchten. Wenn man sich vorstellt, daß man eine Olympiade in einer Landschaft durchführt, in der vielleicht überhaupt kein Schnee liegt, was realistisch ist, was möglich wäre, in der man nur noch mit Schneekanonen weiße Bänder in die Landschaft bringt, dann ist das die größte Antiwerbung für diese Region. Die Journalisten müßten sich anstrengen, die Kamera so zu führen, daß der Schnee am Fernsehschirm erscheint und nicht daneben die braune Landschaft. Das wäre die größte Antiwerbung. Eigentlich ist es unseriös, diese Region dann als Wintersportregion zu verkaufen. Wir müssen, wenn wir unseren Tourismus fördern wollen, mit dieser Landschaft auskommen. Es gibt sicherlich viele Möglichkeiten, um den Tourismus im Frühjahr und im Herbst auszuweiten, also die Saisonen zu verlängern. Es wurden von den jeweiligen Tourismusreferenten seiner Ansicht nach keine Konzepte und keine guten Vorschläge in diese Richtung gebracht, zumindest sind ihm keine bekannt. Der Herbst ist in dieser Region wunderschön. Es gibt beispielsweise kaum eine Region, in der es schöner ist, im Herbst Rad zu fahren und zu wandern. Auch das Frühjahr bietet sich an. Es müßte doch möglich sein, die Saison zu erweitern. Es zahlt sich auch aus, die personellen und auch die finanziellen Kräfte dafür aufzuwenden. Der Vorschlag mit dem Kultur- und Kongreßtourismus wird zwar immer wieder gebracht, es müßten jedoch auch einmal Konzepte auf dem Tisch liegen. In der Entwicklung einer dritten Saison liegt sicher noch ein großes Potential dieser Stadt. Ohne Konzepte kann jedoch nichts durchgeführt

werden. Bevor man etwas baut, braucht man ein Konzept. Man braucht Vorstellungen, um zu arbeiten. Berchtesgaden hat sich schon ein Mal beworben. Die Bewerbung hat Kosten in Millionenhöhe verursacht, als Austragungsort wurde jedoch Albertville ausgewählt. Es müßte einem doch beispielsweise zu denken geben, daß sich Berchtesgaden nach all dem, was es jetzt weiß, mit all dem Know-how, mit all den Plänen, die schon vorhanden sind, nicht noch einmal bewirbt. Man sagt, sie hätten den Mut verloren. Vermutlich ist es jedoch so, daß die Mehrheit der Bevölkerung und der Politiker erkannt hat, daß es eigentlich nicht möglich ist, einen wirklich großen nachträglichen Nutzen aus einer Olympiade zu ziehen. Die Bewerbung bindet nicht nur große finanzielle, sondern auch große personelle Ressourcen. Es gibt in Villach viele andere Probleme. Es wäre sehr schade, wenn man vor allem die personellen Ressourcen nur auf die Olympiade konzentriert, anstatt andere Probleme, wie Verkehrsprobleme, Wohnungsprobleme und auch Kulturprobleme zu lösen. Die Villacher Grünen haben heute eine Studie über Bibliothekswesen und Leseförderung in Villach, verbunden mit einigen Anträgen, abgegeben. Die Stadt Villach hat S 300.000,-- für die Arbeiterkammer, die eigentlich eine städtische Bibliothek ist, ausgegeben. Wels hingegen gibt für die Bibliothek jährlich S 8 Mio. aus. An diesen Unterschieden sieht man, wo die Probleme liegen und welchen kulturellen Nachholbedarf Villach hat. Es wäre schade, wenn man seine Kräfte auf die Olympiade konzentrieren würde, anstatt auf derartige Probleme. Die Bewerbung würde in zwei Etappen durchgeführt werden. Es ist ziemlich sicher, daß im Falle einer Volksbefragung die Bevölkerung sich gegen eine Bewerbung aussprechen würde. Für die Volksbefragung müßten Studien erstellt werden, die Kosten in Millionenhöhe verursachen. Das ist in Wirklichkeit hinausgeworfenes Geld. Es sind dies nicht Studien, wie Stadtrat Pacher ausgeführt hat, die man in Villach braucht.

Diese Studien sind wertlos. Auch der Traum von den ökologischen Spielen würde ein Traum bleiben. Das IOC wird immer perfekter, es stellt immer größere Anforderungen. ~~der~~
~~Abfahrtsstrecke in Albertville der Fall war, wenn man sich~~
Gemeinderat Spitzer ist der Meinung, daß drei Problemkreise zu diskutieren sind, bevor man in die Diskussion um den Sinn oder Unsinn einer einmaligen sportlichen Veranstaltung wie einer Olympiade eintritt. Es handelt sich hierbei zunächst um die mit der Veranstaltung verbundenen und zu erwartenden Kosten. Diese Kosten umfassen die Vorbereitung einschließlich Aufbau der Organisation, Aufbau der Werbung, vorbereitende Verhandlungen, vorbereitende Sportveranstaltungen etc.. Dann kommen dazu die Kosten der baulichen Herstellungen, zunächst des Olympischen Dorfes, dann der olympischen Sportstätten und der infrastrukturellen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang fällt anhand des Materials auf, daß der Bau einer Bobbahn ausdrücklich abgelehnt wird. Er hält es für undenkbar, daß Olympische Spiele ohne bobsportliche Veranstaltungen stattfinden. Dazu werden vermutlich auch noch die entsprechenden Kunstbahnen für Rodelsport- und Skeletonveranstaltungen kommen. Auch die Eishallen und Eisbahnen werden zu errichten sein. Das wirft eine weitere Kosten-Nutzen-Frage auf, nämlich die, wo man für die Herstellung einer einmaligen sportlichen Veranstaltung kostbaren Grund und Boden opfert, insbesondere auch Waldflächen. Was man dann mit den Folgeerscheinungen, wie allfällige Beeinträchtigungen des Trinkwassers am Dobratsch oder in anderen Teilbereichen tun wird, muß man ebenfalls in die Beurteilung einfließen lassen. Zu den Kosten der Bauführung zählen auch die Probleme der Nachfolgenutzung. Sicher wird es nicht im Interesse der Stadt liegen können, nach der Olympiade Sportruinen zu erhalten. Es wird notwendig sein, die Anlagen so herzustellen, daß sie in der Folge der Allgemeinerholung ebenso dienen wie der Linderung der

Wohnungsnot. Das aber bedingt neue, nicht unbeträchtliche Kosten. Sollten aber Sportstätten tatsächlich nur zur einmaligen Nutzung errichtet werden, wie das etwa bei der Abfahrtsstrecke in Albertville der Fall war, dann muß man sich darüber im klaren sein, daß man Geld beim Fenster hinauswirft. Ob das von seiten der Bevölkerung verstanden werden kann, sei dahingestellt. Das zweite Problem ist jenes der Finanzierung. Wenn man weiß, welche Geldmittel für die Organisation und Durchführung der Sportveranstaltung benötigt werden, wird ein sorgfältiger und vorsichtiger Finanzierungsplan entworfen werden müssen. Dazu muß Bedacht darauf genommen werden, daß in dieser Region immer weniger Schneevorräte vorhanden sind und daß gewisse sportliche Veranstaltungen nur mit beträchtlichem hohen Kostenaufwand überhaupt durchgeführt werden können. Das aber hat Auswirkungen auf das Bevölkerungsinteresse, da kaum allzuvielen Zuschauer zu schisportlichen Veranstaltungen auf grünen Wiesen gehen werden. Die Finanzierung der Veranstaltungen ist aber eine weitere Voraussetzung für deren Durchführung. Es müßte von vornherein klar sein, wer die damit verbundenen Kosten trägt. Sollte aber die Stadt Villach der Meinung sein, daß die Kosten und das Risiko überwiegend auf die Bevölkerung der Stadt überwälzt werden sollten, dann wären diese Kosten vorher zu ermitteln und ebenso die damit verbundene Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung in Villach. Sehr bald wird sich dann auf der Grundlage einer geordneten Sachinformation ergeben, ob im Zusammenhang mit der Finanzierungsfrage die Bevölkerung noch immer die Durchführung einer solchen Veranstaltung begrüßt. Der dritte Problemkreis ist jener der Effizienz der Veranstaltung, womit die internationale Werbung für den Raum Villach gemeint ist. Zunächst ist hier wohl zu berücksichtigen, daß bei einer Drei-Länder-Veranstaltung der Glanz einer gelungenen sportlichen Veranstaltung sich verteilt, sodaß die positiven Folgewirkungen einer Werbung

nur partiell für Villach kalkulierbar sind. Dazu kommt, daß Villach zumindest bislang keine ausgesprochene Wintersportstadt ist. Dazu reicht das sportliche Angebot einfach nicht aus. Es bleibt zu bedenken, daß trotz der Herstellung von Sportstätten auch nach der Olympiade die Charakteristik und das Image der Stadt als Wintersportstadt nicht aufgebaut werden kann. Wie soll da eine Werbung als Wintersportstadt in der Folge effektiv sein? Er hätte noch eine Frage: Wie hoch sind die bereits angefallenen Kosten für Broschüren und für gewisse Vorbereitungen? Was ihn und auch die Bevölkerung verwundert hat, war, daß der Bürgermeister der Stadt Villach noch vor drei Wochen in einer Presse gesagt hat, er zitiert sinngemäß: "Für diese länderübergreifenden Spiele müssen auch erst die Statuten des IOC geändert werden. Für den Fall, daß dies nicht passiert, könnte sich auch Villach allein bewerben." Drei Wochen später sagt Bürgermeister Manzenreiter, es war vielleicht eine Wissensbildung oder er hat von der Bevölkerung gemerkt, daß der Druck zu groß wird, daß er schon immer gegen diese Großveranstaltung war. Es ist richtig, daß er eingesehen hat, daß man solche Veranstaltungen sicher nicht allein finanzieren kann.

Gemeinderat Hinterleitner stellt fest, daß es zu einem Zeitpunkt, zu dem man das Gefühl hat, bei einer Beerdigung zu sitzen, etwas schwierig ist, auch Positives über Olympia zu sagen. Viele Gemeinderäte waren bei den vorangegangenen Veranstaltungen zum Thema Olympia nicht anwesend. Diese Veranstaltungen hätten ihnen die Möglichkeit gegeben, das eine oder andere im vorhinein bereits abzuwägen. Ursprünglich sollten nach der heutigen Entscheidung erst Gutachten erstellt werden, die dem Gemeinderat anschließend eine tatsächliche Entscheidung erst möglich machen würden. Wie ist auf Grund dieser Vorgangsweise eine echte, richtige, korrekte und sinnhafte

Entscheidungsfindung möglich? Daher schließt er sich den Ausführungen von Stadtrat Pacher an, der den Zeitpunkt der Abstimmung für nicht richtig hält, da anschließend erst Experten über das Für und Wider der Auswirkungen einer Olympiade zu befinden haben. Es wird über eine Olympiade 2002 gesprochen, von der man sagen könnte, daß Träume und Visionen vorhanden sein dürften. Er hat das Gefühl, daß in diesem Gemeinderat die Worte Träume und Visionen in diesem Zusammenhang keine Gültigkeit haben dürften. Die Olympia-Stadt Villach ist, das wurde auch in den vorhergegangenen Meinungen klar zum Ausdruck gebracht, das Zentrum des olympischen Geschehens in Kärnten, das Zentrum der olympischen Idee für die Drei-Länder-Ecke, für diese Veranstaltung, die eine neue Art des Olympia-Gedankens bei den Olympischen Spielen einleiten sollte. Doch was geschieht in der Stadt Villach? Alle Meinungen, die von den anderen Fraktionen zu diesem Thema gefaßt werden, gehen in die Richtung eines Abwürgens einer guten Idee. Diese Idee wäre jedoch grundsätzlich erst einmal zu durchleuchten und es wären die Auswirkungen und die Kostenerbringung zu überdenken. Es wurde nicht klar zum Ausdruck gebracht, daß bei all diesen Kostenerstellungen die Situation Villachs und auch Kärntens als wirtschaftliche Randzone zu sehen ist und daß mit der Ausrichtung einer Olympiade Bundesmittel in der Höhe von 40 % nach Kärnten und Villach fließen würden. Das Land Kärnten würde sich mit noch einmal 40 % an dieser Veranstaltung beteiligen, sodaß für die Stadt Villach 20 % an Mittelerbringung übrig bleiben. In Garmisch-Partenkirchen wurden für die Bewerbung 7 Mio. Mark zur Verfügung gestellt. Das schien im ersten Moment viel zu sein. Wer bei den Veranstaltungen war und hören konnte, wie die Aufbringung dieser Mittel erfolgte, sah die Mittelerbringung in einem anderen Licht. Diese 7 Mio. Mark waren über sechs Jahre erstreckt aufzubringen, das sind in etwa 1,2 Mio. Mark pro Jahr. Er geht bei diesen Berech-

nungen von einer Bewerbungsunterlage Garmisch-Partenkirchens aus. Die Mittelerbringung wurde nahezu zur Gänze von der Wirtschaft getragen, von Sponsoren, die sich unter bestimmten Voraussetzungen dazu bereit erklärt haben. Somit war die Mittelaufbringung für die Bewerbung kein Problem. Er möchte das für jene, die bei diesen Veranstaltungen nicht dabei waren, in Tranchen bringen, damit etwas klarer gesehen wird. Wenn man unabhängig von der wirtschaftlichen Situation auch den sozialen Aspekt, den Wohnbau-Aspekt, den Sport-Aspekt und ähnliches mit ins Spiel bringt, dann entsteht das Gefühl, daß die gesamte Entwicklung der Freizeit, der Wirtschaft und des Tourismus zu wenig Beachtung findet. Man kann Expertenmeinungen dazu hören, daß der Überhang an touristischer Entwicklung sich auf 85 % im Sommer und 15 % im Winter beläuft. Mit einer Olympiade und mit deren Werbewirksamkeit könnte auch eine Veränderung in diesem Zahlenspiel einsetzen und sich damit die Arbeitsmarktsituation in diesem Bereich verbessern. Weiters ist zu berücksichtigen, daß sich der werbliche Nutzen einer Olympiade auch auf den Bereich des Sommertourismus erstrecken würde, wie man am Beispiel von Garmisch-Partenkirchen gesehen hat. All das sind Aspekte, die für ein konstruktives Überlegen zu beachten sind. Man hat zu einem Zeitpunkt mit der Bevölkerung Kontakt aufgenommen, zu dem im Grunde genommen nicht einmal die verantwortlichen Mandatäre genaue Kenntnis über die Auswirkungen der Olympiade hatten. Wie soll in diesem Fall die Bevölkerung eine Entscheidung treffen können? Wie realistisch ist es zu beurteilen, daß man der Bevölkerung die Olympia-Austragung mit allen hieb- und stichfesten Argumenten in einem Zeitraum von drei bis vier Monaten nahebringen kann, wenn der Abgabetermin für die Bewerbung im Oktober dieses Jahres sein soll? Er möchte es nicht verabsäumen, dem Gemeinderat einige Zeilen vorzulesen, die er einer Bewerbungsunterlage entnommen hat: "Gute Beziehungen und enge Kontakte zu unse-

ren Nachbarn haben den Gedanken genährt, diese Verbindung zu intensivieren. So ist schließlich der Entschluß gereift, eine gemeinsame Bewerbung über Staatsgrenzen hinweg zur Abhaltung der Olympischen Winterspiele 2002 durchzuführen. So bin ich überzeugt, daß die Bewerbung von Erfolg gekrönt sein wird. Der Bürgermeister von Villach, Helmut Manzenreiter." Das wurde von einem Jahr gedruckt. Wie kann plötzlich, ohne weitere genaue Erkenntnisse, eine ganz anders lautende Empfehlung an den Gemeinderat herangetragen werden? Das sollte bei der Entscheidung überdacht werden.

rechten und ~~ans~~ Gemeinderat Dr. Löberbauer möchte vorsorglich einleitend bemerken, daß die Mitglieder des Gemeinderates nicht davon ausgehen sollten, daß ihm plötzlich das Ohr am Volk abhanden gekommen ist. Wenn man in die Bevölkerung hineinhört, dann ist es so einzuschätzen, daß zur Zeit 70 bis 80 % der Bevölkerung der Olympia-Bewerbung eher skeptisch gegenüberstehen. Diese Tatsache ist ihm bewußt, was auch bei seinen folgenden Ausführungen zu berücksichtigen ist. Er ist der Meinung, daß die Diskussion um die Frage der Bewerbung Villachs so geführt wird, wie die Frage der Landesausstellung in Hüttenberg. Er sieht und befürchtet, daß ähnliches herauskommt. Es wird wohl auch kein Zufall sein, daß für beide Fragen ein und derselbe Referent auf Landesebene zuständig ist. Er hat in den langen Jahren der Politik gelernt, daß es vor allem in der Politik keine Zufälle gibt und erlaubt sich daher die Frage zu stellen, wem das, was hier läuft und wie es läuft, nützt. Die Antwort darauf möchte er nicht geben. Ein Zeitungsausschnitt bestätigt diese Meinung. In der Glosse von Herrn Traschitzger, der bis zum heutigen Tag eher über Fußball, aber mit Sicherheit noch nie zu solchen Themen geschrieben hat, war heute zu lesen, daß der Peter, Dr. Ambrozy ist gemeint, künftig ohne sein Steckenpferd auskommen muß und daß es nicht gut für den Peter ist. Nun stellt er noch einmal die Frage, ohne die Antwort zu geben, wem es nützt und wem es nützen kann. Die Antwort wird man spätestens nach der nächsten Landtagswahl bekommen. Leider wird in einer so wichtigen Frage für die Stadt Villach ein parteipolitisches Spiel getrieben. Was ihn inhaltlich daran stört, ist, daß aus politischen Überlegungen, die offensichtlich vorhanden sind, für eine Sache die Weichen in einer Form, wie es fairerweise nicht geschehen dürfte, auf "Nein" gestellt wurden. Es dürfte weder ein "Ja" noch ein "Nein" im Vordergrund stehen, sondern ausschließlich das konkrete Erarbeiten von Kon-

zepten und anschließend daran die Arbeit. Ein Vorredner, Gemeinderat Mag. Haider, war der Meinung, daß man Konzepte braucht, bevor man etwas baut. Das ist völlig richtig. Man braucht auch Konzepte, bevor man etwas beschließt. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates, seriöserweise die Chance für die Erarbeitung von Konzepten mit einem "Ja" zu beantworten. Es sollte nicht die Aufgabe des Gemeinderates sein, eine Idee ohne Konzepte zu beerdigen. Einige Indizien sprechen stark dafür, daß die Weichen auf "Nein" gestellt wurden. Niemand weiß konkret, welchen Wohnbedarf man haben wird, niemand weiß konkret, wo Sportstätten errichtet werden sollten, welche Sportstätten in welchem Ausmaß und wie sie erreichbar sein sollten. Aber man hat, überspitzt formuliert, in den vielen Diskussionen und Gesprächen das Gefühl gehabt, als ob irgendwer der Meinung wäre, der olympische Abfahrtslauf soll am Hauptplatz stattfinden und die Eisbewerbe am Egger Teich. So wurde auf einer Bauebene argumentiert und heute wird vorgebracht, daß es eine Bauch-, Herz- und Hirnentscheidung sein soll. Wenn der Bauch so aufbereitet wurde, wie es in dieser Frage geschehen ist, dann ist es ganz natürlich, daß die Bevölkerung unsicher ist. Jeder von uns muß unsicher sein, so ehrlich muß man sein. Es gibt nichts, aufgrund dessen man entscheiden kann. Man hört, es wäre nicht möglich, in Villach hundert Hektar zusammenhängende Fläche für ein Olympisches Dorf zu bekommen. Wie ist es dann möglich, daß auf der Fellach in den letzten Jahren auf zwölf Hektar 1.200 Wohnungen gebaut wurden und daß dort 7.000 Villacherinnen und Villacher sozial ansprechend leben und kommunizieren können? Er zweifelt daran, daß es in Villach nicht möglich wäre, zwölf Hektar für die 2.000 Wohnungssuchenden zu finden, die es nachher nützen könnten. Er ist kein Fachmann, der konkret sagen kann, wieviele Wohnungen gebraucht werden. Es steht jedoch fest, daß sicher nicht einhundert Hektar zusammenhängende Wohnfläche für die

Anzahl von Sportlern, die zu erwarten ist, gebraucht wird. Es handelt sich hier einfach um eine geschickte Weichenstellung auf "Nein". Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher weiß genau, daß einer Entscheidung auf "Nein" zur Erarbeitung eines Konzeptes die Perspektive fehlt. Aus diesem Grund zeigt sie auch Alternativen auf, wie die Fachhochschule und die internationale Jugendakademie. Heute ist es Olympia, das nächste Mal ist es die Südosttangenten, dann ist es das Parkdeck in der Italiener Straße, Hüttenberg, usw.. Alle Vorschläge werden von vornherein zuerst einmal abgelehnt. Dann kommen die Argumente, warum es nicht geht. Die Frage Olympia sollte allen so viel wert sein, daß man ihr eine Chance gibt und wirklich darüber nachdenkt. Er ersucht die Mitglieder des Gemeinderates, in diese Richtung abzustimmen. Egal, ob Olympia kommt oder nicht, soll sich keiner von seinen Kindern vorwerfen lassen müssen, daß diese Frage in einem Schnellzugstempo abgehandelt und abgehakt worden ist, wie es unter Umständen in dieser Gemeinderatssitzung erfolgen wird.

Gemeinderat Mag. Raup hat in aller Eile in dem Statistischen Handbuch der Stadt Villach geblättert, das ihm vorgelegt worden ist, und möchte einige handfeste Zahlen aus dem Statistischen Handbuch vorbringen. Er war von 1989 bis 1991 Sportreferent dieser Stadt und war dadurch zu einer Zeit mit diesem Thema befaßt, als im benachbarten Slowenien noch das kommunistische Regime herrschte und als die Stadt Villach durch die Änderungen Ende 1989 ihrer Verhandlungspartner verlustig wurde, da plötzlich in Slowenien neue Menschen in das Verhandlungsgremium des Organisationskomitees gewählt wurden. Inzwischen ist anderen Nachbargemeinden, wie beispielsweise Tarvis, ihre politische Führung abhanden gekommen. Es gibt also ständig Veränderungen. Im Jahr 1989 gab es die Hoffnung, bis zum Jahre 1998 mit den Partnern die

Spiele durchführen zu können, wenn das IOC die Statuten ändert. Der damalige Gedanke länderübergreifender Spiele in verschiedenen Systemen hätte ein Beispiel für die Welt sein können. Die Statuten wurden nicht geändert und die Hoffnungen, die Kosten zu teilen und den Erfolg zu verdreifachen, wie Stadtrat Pacher ausgeführt hat, sind nicht aufgegangen. Die Vision, weltweit musterhafte Spiele durchzuführen, ist eine Vision geblieben. Auch die Vorstellung des Stadtrat Pacher, daß in Zukunft der David über den Goliath zu bestimmen hätte, ist nur eine Vision. Von den Special Olympics ist bekannt, welche Schwierigkeiten die Schladminger Veranstalter hatten, nur um eigene Vorstellungen in die Eröffnungszeremonie einzubringen. Wenn in Villach tatsächlich Olympische Spiele stattfinden würden, so würde wahrscheinlich 5 km in die Erde und 5 km in den Himmel hinauf die Villacher Welt mit Werbeplakaten und Werbespots verhängt sein, da schließlich alle wollen, daß die Spiele auch ein finanzieller Erfolg werden. Wenn man will, daß die Olympischen Spiele ein finanzieller Erfolg werden, dann muß man sich verkaufen. Wer sich verkauft, hat selbstverständlich auch alle nachteiligen Dinge in Kauf zu nehmen. Er möchte nur einige Dinge nennen, die sich tatsächlich von 1985 bis heute geändert haben. Von 8. Dezember 1992 bis 24. März 1993 sind in Villach 5 mm Niederschlag gefallen. Man möchte meinen, das ist eine Ausnahmeerscheinung. Es kann sein, daß es sich um natürliche Anomalitäten handelt, aber die sechs wärmsten Jahre seit 1883, seit Klimaaufzeichnungen durchgeführt werden, waren im letzten Jahrzehnt. 1990 war überhaupt das heißeste Jahr seit Beginn der systematischen Wetterbeobachtungen. Er möchte den Temperaturdurchschnitt von Villach, beginnend im Jahr 1983, anführen: 1983 - 8,4° Celsius, 1984 - 7,0°, 1985 - 6,7°, 1986 - 7,5°, 1987 - 7,4°, 1988 - 8,3°, 1989 - 8,2°, 1990 - 9,4° und 1991 - 8,4°, ein leichtes Fallen. Was wir beobachten können, ist, daß in

den letzten zehn Jahren die Temperatur in Villach im Jahreschnitt um beinahe 2° Celsius zugenommen hat. Das, was Gemeinderat Mag. Haider ausgeführt hat, daß man sich allenfalls bei Olympischen Spielen mit technischen Hilfsmitteln, nämlich mit Schneekanonen und anderen Mitteln, wird behelfen müssen, mag bei diesen Entwicklungen der Klimaerwärmung in Zukunft keine Vision sein, sondern ist sogar nach Berechnungen der Klimaforscher zu 95 % zu erwarten. Das heißt also, daß der Effekt, der sogenannte Werbeeffekt, nach hinten losgehen könnte. Wieviele Personen, die die Olympischen Spiele von Albertville gesehen haben, haben sich aufgemacht, um in Albertville Schi zu laufen? Wer hat Albertville nicht als schreckliches Beispiel gesehen? Man hat halbe Berge weggesprengt, nur um für einen Tag eine Abfahrt aus dem Boden zu stampfen und den Vorschriften des IOC zu entsprechen. In Gebieten mit geringer Niederschlagsmenge nimmt diese voraussichtlich durch die Erwärmung noch weiter ab, durch den Trockenstreß stiege das Risiko, Flüsse würden weniger Wasser führen, usw.. Schädlinge können sich im wärmeren Klima leichter verbreiten. Wir haben alle diese Effekte bereits in Kärnten. Wenn die mittlere Jahrestemperatur um 1° Celsius steigt, wird die Schneedeckendauer in den Alpen massiv abnehmen. Auf 1.500 m Seehöhe würde der Schnee nur mehr halb so lang liegenbleiben. Dies würde den in Österreich wirtschaftlich so bedeutenden Schitourismus zugrunde richten, heißt es in der Studie von Greenpeace. Das sind einige Zahlen und Daten, die nötig waren, um der sogenannten Bauchdiskussion auch ein Hirn voranzustellen.

Frau Gemeinderätin Steinkellner stellt eingangs fest, daß 24 Mitglieder des Gemeinderates eine 100%ige Kehrtwendung gemacht haben. Sie ist der Meinung, daß die Summe von S 30 Mio., die für eine Olympia-Bewerbung notwendig wäre, besser angelegt werden könnte,

beispielsweise für Betriebsansiedlungen, Kindergartenbau, Gewerbeförderung, Wohnungsbau und einen kleinen Teil davon zur Belebung des Kaiser-Josef-Platzes. Sie fordert den Gewerbereferenten, Bürgermeister Manzenreiter, zum wiederholten Male auf, endlich einen attraktiven Markt auf diesem Standort zu schaffen und sich nicht immer gegen gute Ideen der FPÖ-Fraktion querzulegen. Die Villacher Kaufleute und die Bevölkerung wünschen die Marktverlegung. Prominente Villacher, die ihren Wohnsitz nicht mehr in Villach haben, wie beispielsweise die bekannte Schauspielerin Heidelinde Weiss, sind enttäuscht darüber, was aus diesem einst so belebten Platz geworden ist. Es sollte ein Marktplatz, wie beispielsweise in Klagenfurt, Graz, Udine oder Bamberg geschaffen werden. Der Gewerbereferent soll sich an diesen Städten ein Beispiel nehmen. Er kann sichergehen, daß sie das Thema Kaiser-Josef-Platz so lange im Gemeinderat vorbringen wird, bis er endlich positiv reagiert. Warum hat Bürgermeister Manzenreiter überhaupt erwogen, viele Millionen an Steuergeldern für ein unrealistisches Projekt beim Fenster hinauszuerwerfen, nur, weil ein sozialistischer Politiker in Klagenfurt, der anscheinend glaubt, auf Grund seines Vornamens schon groß zu sein, sich profilieren will? Dr. Ambrozy hat schon bei Magdalen mitgebastelt, er war Befürworter einer utopischen Idee in Hüttenberg und nun sollte die Bevölkerung für Olympia zahlen. Dieser Mann kommt ihr vor wie ein Clown, der mit viel zu großen Schuhen von einer Schnapsidee in die andere latscht. Bürgermeister Manzenreiter hätte sich nie für Olympia stark machen, sondern seine Energie eher in brennende Villacher Probleme, wie Parkhotel, Mülldeponie, Dobratsch-Ausbau, ungelöste Verkehrssituation und auch Kaiser-Josef-Platz investieren sollen. Sie hat jahrzehntelang Wintersport betrieben, und zwar von Mitte Dezember bis Ostern. Heute weiß jeder, daß von Jahr zu Jahr weniger Schnee zu erwarten ist. Hätte man in Villach nach

dem Jahr 2000 Werbung unter dem Motto "Kommen Sie zu uns, wir lassen es für Sie künstlich schneien" betreiben sollen? Die Stadt Villach sollte eher ihre bestehenden touristischen Angebote verbessern und ihr größtes touristisches Angebot - die Natur - schützen. Daß bei einer Bewerbung von Innsbruck oder Salt Lake City Villach überhaupt zum Zug gekommen wäre, ist mehr als fraglich. Abgesehen davon wäre es eine Bankrotterklärung, wenn man eine Kooperation mit einem Partner Slowenien eingehen würde, der ohnedies kein Geld hat und ums eigene Überleben kämpft. Daher ist die FPÖ-Fraktion in der Stadt wie auch im Lande am Boden der Realität geblieben und der Meinung gewesen, Villach soll die Finger von Olympia lassen. Sie hätte ihre Stimme nie für etwas hergegeben, von dem noch kommende Generationen mit Recht sagen würden, daß in der Stadt Villach Schildbürger gewerkt haben und sie nun dafür bezahlen müssen. Nachdem sich die beiden Herren Dr. Ambrozy und Bürgermeister Manzenreiter bereits als die großen Olympiamacher gesehen haben, wie man der Aussage von Bürgermeister Manzenreiter entnehmen kann, die der Kollege bereits vorgelesen hat, "so bin ich überzeugt, daß die Bewerbung von Erfolg gekrönt sein wird", ist es doch erfreulich, daß der Bürgermeister unter dem Druck der Villacher Bevölkerung lernfähig wurde und einen Schwenk vollzogen hat. Sie bittet Bürgermeister Manzenreiter jedoch, noch eine Frage zu beantworten: Welche Summe hat die Stadt Villach bereits bisher für Olympia ausgegeben, inklusive der beiden durchgeführten Informations-Veranstaltungen?

Vizebürgermeister Binter möchte versuchen, diese Diskussion wieder etwas auf den Boden der Sachlichkeit zurückzuführen. Zwei Gemeinderatskollegen, Gemeinderat Hinterleitner und Gemeinderat Dr. Löberbauer, waren vorher der Meinung, es wäre nicht genug Vorbereitungszeit gewesen. Er möchte noch einmal in Erinnerung rufen, daß

es ein einstimmiger Beschluß war, den 24. März als Termin festzulegen. Wenn hier vorgebracht wurde, daß die Zeit nicht entsprechend genützt wurde, dann kann er dem in einer Richtung natürlich schon beipflichten, vor allem dann, wenn dieser Vorwurf aus dem Bereich der Wirtschaftstreibenden kommt. Er fragt sich wirklich, was die Wirtschaft, wenn der Wunsch wirklich so groß ist, wie es von mehreren Gemeinderäten dargestellt wurde, für eine Bewerbung für Olympische Spiele getan hat. Nur die Aussage "Wir sind bereit, in Velden im Winter die Zimmer aufzusperren" ist ihm in diesem Zusammenhang in Erinnerung geblieben. Das war alles, was aus Richtung der Wirtschaft für diese Bewerbung getan wurde. Es stellt sich die Frage, wo die Interessensvertretung der Wirtschaft, die Handelskammer, in diesem Fall geblieben ist, wenn es darum gegangen ist, die Interessen der Wirtschaft zu vertreten. Es war sicher genügend Zeit, um sich eine Meinung zu bilden. Das hat auch die Reaktion der Bevölkerung gezeigt. Die beiden Veranstaltungen, die zu diesem Thema stattgefunden haben, waren auch ein Ausdruck dessen, daß die Bevölkerung keine Freude mit einer Bewerbung für die Olympischen Spiele haben kann. Es wurde erwähnt, daß in Berchtesgaden die Sponsoren für die Kosten aufgekommen sind. Er bezweifelt es, daß in Villach jene Wirtschaftstreibenden zur Verfügung stehen, die die notwendigen Mittel, es handelt sich um eine zweistellige Millionenzahl, aufbringen können. Was hätte Villach von einer Diskussion nach den Olympischen Spielen, wenn sie so geführt wird, wie es jetzt nach Albertville geschieht? Was hätte Villach davon, wenn es dann Schlagzeilen gibt wie bei der letzten Weltmeisterschaft in Morioka? Dafür sollte sich die Stadt Villach nicht hergeben. Er teilt die Sorge von Gemeinderat Hinterleitner, wenn es darum geht, in vermehrtem Ausmaß Arbeitsplätze zu schaffen, doch ist ausgerechnet der Fremdenverkehrsbereich jener Bereich, in dem man zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage ist, die not-

wendigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Wie sollte man dann eine Großveranstaltung mit den entsprechenden Arbeitskräften abdecken?

Frau Gemeinderätin Schaumberger ist der Meinung, daß die Rede von Frau Gemeinderätin Steinkellner wohl schon am Freitag geschrieben worden sein muß, bevor sie gewußt hat, wie Bürgermeister Manzenreiter entscheiden wird. Andernfalls kann man diese Rede wohl kaum verstehen. Mit welcher Intensität Frau Gemeinderätin Steinkellner an die Sachentscheidungen die Olympischen Winterspiele betreffend herangeht, zeigt, wenn diese der Meinung ist, daß sie die Olympischen Spiele für die Belebung des Kaiser-Josef-Platzes braucht. Verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern bedeutet nicht, zuerst S 10 Mio. auszugeben und dann zu entscheiden. Verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern bedeutet, erst Grundsatzentscheidungen zu treffen und dann das Geld gezielt auszugeben. Verantwortlicher Umgang mit Menschen ist es nicht, wenn man weiß, daß 80 % gegen Olympische Spiele sind, man aber der Ansicht ist, daß man noch ein wenig Zeit braucht, um sie umzupolen. Die Menschen spüren, daß der Glanz der Olympischen Spiele nicht mehr der ist, den er einmal gehabt hat. Bei den Spielen in Albertville waren lediglich 3 % der Einnahmen von Zuschauerinteresse abgedeckt. Es ist kein Fachmann der Meinung, daß sich dieses Interesse vermehren wird. Erfahrungswerte zeigen deutlich nach unten. Große Ereignisse sind Medienereignisse geworden und Medienereignisse sind für sie schön, wenn sie keinen Parkplatz dafür bauen muß, wenn sie keine Luftverschlechterung hinnehmen muß, wenn keine Fahrzeugkolonnen ihre Eintracht stören und wenn vor allem kein Finanzierungsbedarf sie erschreckt, kein Hubschrauberlandeplatz ihre Ruhe stört, kein Pressezentrum in ihrem Wald gebaut wird. Das ist jedoch nicht das wichtigste. Das wichtigste für sie ist der gigantische

Flächenbedarf und damit auch Flächenverlust. Man kann noch einmal die Olympischen Spiele in Albertville und die großen Umweltschäden dort als Beispiel heranziehen. Dort wurden ohne Rücksicht auf die Natur und den Naturhaushalt Flächen verbaut und auch verbraucht. Albertville hat, wenn auch im negativen, dazu beigetragen, daß man zukünftig von ökologischen Spielen redet. Sie glaubt nicht, daß es Großveranstaltungen gibt, die ohne Eingriff in die Natur und die daraus resultierenden Umweltschäden machbar sind. Das Olympische Komitee würde vorschreiben, was gebraucht wird. Es ist bedauerlich, daß die Partei, die meint, für Bauern einzutreten und Bauernpartei ist, im Gemeinderat der Meinung ist, der Flächenbedarf ginge ohnehin nur auf Kosten der Landwirtschaft, darüber sollte man überhaupt nicht sprechen. Die Stadt Villach hat zum Unterschied von vielen anderen größeren Städten eine besonders ökologische Flächenaufteilung. Von 13.000 Hektar sind 56,5 % Wald und 18 % landwirtschaftliche Grünfläche. Das ist Qualität. Es ist ihr bewußt, daß die Natur nicht der einzige Faktor sein kann, um "Ja" oder "Nein" zu sagen. Nur ist er ein Faktor, den die Villacher und Villacherinnen nirgends auf der Welt mit noch so viel Geld kaufen können. Deshalb ist damit besonders sorgsam umzugehen. Im Interesse aller ist diese Kulturlandschaft nicht ein Mal massiv, sondern lange behutsam zu benutzen, auch für den Sport. Sie schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an, der nach einem alten bäuerlichen Sprichwort gemeint hat: "Man soll die Schuhe tragen, die einem passen".

Gemeinderat Luser könnte, würde er mit dem Herz eines Sportlers sprechen, eigentlich für dieses Ereignis sein, obwohl er weiß, daß eine Olympiade, zumindest was die letzte Olympiade betrifft, mit Sport sehr wenig zu tun hat, denn in der heutigen Zeit ist es eigentlich ein Medienspektakel, verbunden mit einer Wirtschaftssport-

messe. Daher scheint ihm diese Olympiade nicht mehr den sportlichen Wert zu haben, wie es früher einmal der Fall war. Als Sportfunktionär hat ihn das schon weniger begeistert. Als verantwortungsbewußter Gemeinderat, der täglich mit Menschen zusammenkommt, die Wohnungen suchen, Arbeitsplätze brauchen, die Probleme mit dem Verkehr und auch mit der Umwelt haben und für die die Umwelt ein großes Anliegen darstellt, hat er bereits große Probleme. Er läßt sich in dieser Frage weder von einem Bürgermeister noch von einem Stadtrat, noch von irgendeinem anderen beeinflussen. Seine Stellungnahme zu diesem Problem war immer klar, war von seiner Warte aus, da er ständig mit vielen Menschen gesprochen hat, immer die richtige. Er hat sich seine Entscheidung nicht leicht gemacht. Ähnlich einem Buchhalter hat er Soll und Haben gegenübergestellt und festgestellt, daß der Saldo, der herauskommt, mit enormen roten Zahlen versehen ist. Wenn die Stadt Villach sich bewerben würde, so würden nur sehr wenige Bewerbe in dieser Stadt durchgeführt werden. Es würde kein einziger Alpinbewerb im Stadtgebiet durchgeführt werden, das Rodeln wäre nicht hier, es wäre nur ein Teil der Eishockey-Spiele hier, Biathlon wäre vermutlich auch nicht hier, vom Springen wäre die Großschanze nicht hier. Weiters, und das macht ihm noch mehr Kopfzerbrechen, müßte man ein Eisstadion für mindestens 10.000 bis 12.000 Menschen errichten, mit einer Kunsteislaufbahn über 400 m. Wer wird dies nachnutzen? Wird die Gemeinde Villach in der Lage sein, eine Kunsteisbahn mit 400 m in Betrieb zu halten? Er ist jahrelang zu der Idee, die Stadtrat Pacher vorgebracht hat, gestanden und steht in vielen Dingen heute noch dazu, und zwar, daß man vernünftige, einfache Spiele über drei Regionen durchführen sollte. Man muß jedoch die Realität kennen. Die Realität ist, daß greise, senile Millionäre aus Taiwan, aus Brasilien, aus Spanien darüber entscheiden, wer die Olympiade bekommt. Da gibt es für die Stadt Villach

beinahe keine Chance. Noch etwas gilt es zu bedenken: Die Arbeit im Gemeinderat wird für Jahre blockiert. Sollte die Stadt Villach den Zuschlag bekommen, dann wird sich sowohl der Stadtsenat als auch der Gemeinderat sehr intensiv mit diesem Thema zu befassen haben. Auf die Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Löberbauer hin, wäre noch ein Wort zum Olympischen Dorf zu sagen. Das Olympische Dorf ist sicherlich eine Investition, für die eine Nachnutzung gegeben ist. Von der Wirtschaft aus gesehen ist jedoch zu bemerken, daß in einem Zeitraum von zwei oder drei Jahren 500 bis 600 Wohnungen errichtet werden und daß es dann jahrelang in Villach keinen Wohnbau geben wird. Auch in Innsbruck wurden diese Wohnungen vorgezogen. Beim Wohnbau wird es eine Preisspirale geben, sodaß nicht nur das Olympische Dorf, sondern auch die anderen Wohnbauten, die zu errichten sind, relativ teuer werden. Weiters ist noch zu bemerken, daß sich das politische Klima in der Stadt Villach und im Land Kärnten geändert hat. Vor 15 oder 20 Jahren waren die ÖVP-, die FPÖ- und die SPÖ- Fraktion in vielen Dingen nicht einer Meinung, wenn es jedoch um Villach gegangen ist, die Drauverbauung, die Autobahn, hat man an einem Strang gezogen. Heute wurde immer wieder die Meinung vertreten, daß nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die Bevölkerung wie ein Mann hinter dem Thema Olympia und dem Programm stehen muß. Wenn man hört und sieht, welche Probleme es in der politischen Landschaft in Villach und Kärnten gibt und daß in vielen Fällen die Interessen der Stadt der Parteipolitik untergeordnet sind, dann bedeutet das, daß man auch "Nein" zu dieser Bewerbung sagen muß. Er möchte seine Ausführungen mit einem Satz des großen Viktor Adler beenden, der ihm als Sozialdemokraten immer wieder einen Weg gewiesen hat: Lieber mit der Masse irren, als gegen sie gehen. Die Masse der Stadt Villach ist gegen die Bewerbung. Er denkt nicht, daß sie sich in diesem Fall irrt.

bereits angefallenen Kosten für die Ausrichtung von Welt-
mannteriel. Als Gemeinderat Ebner versteht, daß die ÖVP-
Fraktion unter dem Druck der Wirtschaft in Villach viel-
leicht einen Gesinnungswandel vornehmen mußte. Es wurde
doch einiges propagiert. Das beweist, daß der olympische
Gedanke eigentlich nicht im Vordergrund steht, sondern
eigentlich der wirtschaftliche Gedanke. Im Hintergrund sind
die Sportler und eigentlich die, die den Olympischen
Spielen den Sinn zu geben hätten. So, wie es jetzt
aussieht, sollte auf Kosten der Natur, auf Kosten der
Villacher Bevölkerung und auch auf Kosten des Bezirks Vil-
lach, Spiele abgehalten werden, die aus ökologischer und
ökonomischer Sicht eigentlich nicht zu verantworten sind.
Es würden nicht die Spiele regieren, sondern der Mammon.
Es ist schon so viel gesagt worden betreffend Teuerung,
Verschuldung, ökologische Eingriffe usw.. Ihn freut es,
daß die linke Reichshälfte, es gibt schließlich nicht nur
die rechte, sondern auch die linke Reichshälfte, Einsicht
gezeigt hat. Tatsache ist, daß auf Grund dieser Veranstal-
tung, wenn sie stattfinden würde, einige wenige großen
Gewinn machen würden und der Großteil würde Nachteile nach
den Olympischen Spielen haben. Die Partner Slowenien und
Friaul-Julisch Venetien sind selbst hoch verschuldet, zu-
mal Slowenien überhaupt nicht einmal in der Lage ist, be-
stehende Schulden nach Kärnten zurückzuzahlen, S 270 Mio.
an die KELAG, S 240 Mio. an das Land Kärnten. Wie weit die
Schulden österreichweit oder international von Slowenien
abzudecken sind, ist nicht bekannt. Daher ist für ein
solches Land die Ausrichtung von diesen gigantischen Spie-
len illusorisch. Über Italien kann er punkto Verschuldung
nicht viel sagen. Er weiß nur, daß das sicherlich nicht
ein Partner wäre, auf den man sich zur Gänze verlassen
könnte. Und es wäre wiederum auszurechnen, wer dann
letztendlich zahlt. Er richtet die Frage an den Kollegen
der sozialistischen Fraktion, wie hoch die seit 1984

bereits angefallenen Kosten für die Aussendung von Reklamematerial, Klebevignetten, Heftchen und dergleichen, die alle auf Hochglanzpapier gedruckt wurden, bereits sind. Es wäre deshalb interessant, diese Information zu erhalten, da Frau Gemeinderätin Schaumberger der Ansicht ist, ihre Fraktion wäre so gescheit, vorher alles abzuchecken. So gescheit hätte die SPÖ-Fraktion im Jahre 1984 sein müssen, bevor überhaupt der Gedanke seitens des Kollegen Dr. Ambrozy geboren worden ist. Bürgermeister Manzenreiter hat mit seiner SPÖ-Fraktion nicht eine Wende von 100 Grad, wie Frau Gemeinderätin Steinkellner gesagt hat, sondern von 180 Grad vollzogen. Die Mitglieder der SPÖ-Fraktion sind die Eulen Villachs, da die Eule den größten Radius hat, wenn sie den Kopf umdreht. Auf diese Art und Weise wird die SPÖ-Fraktion wahrscheinlich die Villacher Bürger nicht täuschen können, denn das ist eigentlich nichts anderes als eine Roßtäuscherei. Einerseits hat man sich in einem Schreiben an den IOC-Präsidenten 1991 ganz großspurig dazu bekannt und die Meinung vertreten, daß die Olympischen Spiele ein wunderbarer Erfolg werden und andererseits kam knapp drei Wochen vor dieser Sitzung plötzlich ein Umschwung, über den man sich nur wundern kann. Es ist der SPÖ-Fraktion beinahe jedes Mittel recht, um das politische Feld zu retten. Die Mitglieder der sozialistischen Fraktion disqualifizieren sich mit dieser Meinungsänderung selbst. Er persönlich könnte die Austragung der Olympischen Spiele nur dann bejahen, wenn die Entscheidungsträger bei einer eventuellen Pleite mit ihrem persönlichen Vermögen haften würden. Er sagt "Nein" zu diesen Olympischen Spielen, solange damit ein ökologischer und ökonomischer Irrwitz verwirklicht wird und kein visioneller Traum. Alle genannten Argumente haben mit Olympia eigentlich nichts zu tun. Abschließend kann noch bemerkt werden, daß sämtliche Referenten, sowie viele Gemeinderäte sich zu diesem Thema geäußert haben. Er vermißt nur einen am Red-

nerpult, einen Mann, der sich bisher noch nicht gemeldet hat und vermutlich zu überlastet ist, da er schließlich eine Doppelfunktion ausübt, und zwar den Sportreferenten der Stadt Villach, Stadtrat Dr. Clar. Er übergibt ihm gerne das Wort, in der Hoffnung, daß er überhaupt etwas zu sagen hat und nicht überfordert ist.

Stadtrat Dr. Clar stellt fest, daß es eine Wohltat ist, daß es zwischen den Wortmeldungen von Frau Gemeinderätin Steinkellner und Gemeinderat Ebner doch sehr sachliche Themen von Vizebürgermeister Binter, Frau Gemeinderätin Schaumberger und Gemeinderat Luser gegeben hat. Frau Gemeinderätin Steinkellner spricht von Gesinnungswandel und Vaterschaftsstreit. Sie hat ein sehr kurzes Gedächtnis. Bei einem Besuch in Krajnska Gora im vorigen Jahr ist das Organisationskomitee und die Idee von den staatenübergreifenden Spielen wieder aufgelebt. Der Bundesparteiohmann der FPÖ, Dr. Haider, hat damals erklärt, daß er gegen eine Drei-Länder-Olympiade, aber für eine alleinige Bewerbung von Villach ist. Stadtrat Dr. Clar spricht ganz leise, damit nicht bei der nächsten Gemeinderatssitzung eine Fraktion weniger im Saal sitzt. Das wäre peinlich, darüber macht er sich ernsthafte Sorgen. Er hat sich in der letzten Zeit sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt, was man von Gemeinderat Ebner nicht behaupten kann. Eigentlich wollte er jedoch zu den Kosten Stellung nehmen. Mittels einer Medien-Aussendung wird versucht, von Millionen zu sprechen, die vergeudet worden sind. Wo sind die Millionen hingekommen? Ist der Sportreferent damit vielleicht irgendwohin gefahren? Diese und ähnliche Unterstellungen wurden gebracht. Das Organisationskomitee gibt es seit zehn Jahren, seit 1984. Dieses Organisationskomitee zur Vorbereitung der Olympischen Spiele hat in diesen zehn Jahren bisher im Schnitt pro Jahr S 26.543,70 ausgegeben. Dafür gibt es Abrechnungen vom Chef des Orga-

nisationskomitees, Herrn Stattnann, die auf den Schilling genau zu überprüfen sind. Er hofft, damit der Aufklärungspflicht oder dem Aufklärungsbedürfnis der FPÖ-Fraktion nach den Geldern, die in diesen zehn Jahren ausgegeben worden sind, Genüge getan zu haben. Für S 26.543,70 jährlich bekommt man keine Werbung für Villach, man bekommt nicht einmal ein Inserat in der Zeitung.

Gemeinderat Haslinger haben zwei Wortmeldungen kompetenter Vertreter der Villacher Wirtschaft bewogen, ans Rednerpult zu treten, da alle beide in ihren Wortmeldungen Träume und Visionen hervorgehoben haben. Glücklicherweise ist festzustellen, daß sie in den Betrieben, die sie leiten, offenbar doch den Kopf verwenden. Den Kopf verwenden sollte man auch jetzt, da es jetzt um die Entscheidung geht, Geld in Millionenhöhe aufzuwenden. Geld, das gar nicht vorhanden ist, da eine Bedeckung nur über Darlehensaufnahme erfolgen würde. Es ist allerdings, und hier schließt er bei Vizebürgermeister Binter an, die Frage zu stellen, was die Wirtschaft seit 1984 in dieser Stadt getan hat, um für diese olympische Idee tätig zu werden. Er verweist darauf, daß es einen einstimmigen Gemeinderatsbeschuß über eine Olympia-Bewerbung gibt. Heute will man von dieser Tatsache nichts mehr wissen. Es wurde von zwei kompetenten Villacher Wirtschaftstreibenden auch nur mit Bauch und Herz gesprochen, ohne mit dem Kopf Ideen einzubringen. Es war die einzige Idee der Villacher Wirtschaft, wie man bei der letzten Diskussion gehört hat, festzustellen, daß für diese Zeit die Betriebe aufgesperrt und die Leute untergebracht werden könnten. Er ist überzeugt davon, daß man die Sportler unterbringen wird und hofft nur, daß die Villacher Wirtschaft nicht dazu bereit ist, die Besucher auszuschließen, die doch ebenfalls zu diesen Veranstaltungen kommen sollten. Wenn es nicht mehr gibt, als die Feststellung, daß man die Betriebe für

drei Wochen aufsperrten und die Unterkunftsgelder kassieren wird, dann ist dieses Thema von vornherein zu vergessen. Wenn er die Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Löberbauer in Betracht zieht, der von einem parteipolitischen Spiel gesprochen hat, dann vermutet er wirklich ein doppelzüngiges Spiel. Er vermutet, daß die ÖVP-Fraktion ein parteipolitisches Spiel spielt, da hier Konzepte gefordert werden, wohl wissend, daß diese Konzepte sehr hohe Kosten verursachen. Andererseits will man sich darüber beschweren, daß für eine Idee zuwenig Geld vorhanden ist oder ausgegeben wird. Man geht mit Träumen und Visionen hausieren. Aus diesem Grunde ist er über die heutige Abstimmung im Gemeinderat froh, wie immer sie auch ausgehen möge. Es ist ganz sicher, daß man nicht allein mit dem Fremdenverkehr den Lebensstandard und den Wohlstand in dieser Stadt erhöhen wird können. Wenn es nicht gelingt, produzierende Betriebe mit einer hohen Wertschöpfung in die Stadt zu bringen, dann wird auch das Dienstleistungsgewerbe nach unten gehen. Denn wenn keine Menschen da sind, die dazu bereit sind Geld auszugeben, dann werden die Dienstleistungsbetriebe nicht die Möglichkeit haben, Geld einzunehmen. Das sollte man sich immer vor Augen führen und darüber nachdenken, wofür Millionen ausgegeben werden sollen. Er findet den Vorschlag von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher zur Errichtung einer Fachhochschule, wie immer sie auch in Zukunft finanziert werden sollte, äußerst lobenswert. Er könnte sich eher vorstellen, daß aus Villach ein Silicon-Valley in Österreich wird.

Gemeinderat Hinterleitner möchte gleich anschließen an die Äußerungen von Gemeinderat Haslinger, der seine volle Wertschätzung genießt, bei dem er jedoch Probleme hat, wenn er dessen wirtschaftliche Kompetenz in die Betrachtung miteinbezieht, vor allem dann, wenn Gemeinderat Haslinger über Tourismus und Betriebsansiede-

lungen von produzierenden Gewerbebetrieben spricht. Er ist der Meinung, daß das eine mit dem anderen nichts zu tun hat und man dann, wenn es darum geht, sachliche Überlegungen anzustellen, nicht Äpfel mit Birnen verwechseln kann. Es ist noch einmal festzuhalten, daß man nicht ein Stimmungsbild der Bevölkerung einholen kann, bevor man nicht mit Zahlen, Fakten und Daten aufwarten kann. Es kann nicht die richtige Vorgangsweise sein, daß man zuerst eine Abstimmung herbeiführt und anschließend erst, nachdem es zu einem Positiventscheid gekommen ist, Sachverständigenexpertisen im Sinne von Sportstättenbau und Wirtschaftlichkeit und im Sinne von notwendiger Einrichtung diverser infrastruktureller Maßnahmen einholt. Wie kommt Frau Gemeinderätin Schaumberger zu der Ansicht, daß 80 % der Bevölkerung gegen eine Bewerbung sind? Sie schüttelt derartige Dinge aus der Hüfte, als wenn sie einen Jerry-Cotton-Film gesehen hätte. Anscheinend soll dieses doch sehr wichtige Thema zur Belustigung der Bevölkerung beitragen. Vizebürgermeister Binter hat die Frage der touristischen Arbeitsplätze erwähnt. Die Frage der Arbeitsplätze im Tourismus wurde von ihm deshalb angeschnitten, weil die Kopflastigkeit des Tourismus im Sommer bekannt ist und durch solche Maßnahmen eine Veränderung in der gesamten Arbeitsmarktsituation in Richtung von Jahresarbeitsplätzen im Tourismus Einzug finden würde. Wenn man in Villach und in Kärnten in dieser touristischen Frage richtungsweisend wäre, dann wäre auch das ein Argument im Sinne des Olympia-Gedankens. Das vielzitierte Albertville war ein Steckenpferd von Frau Gemeinderätin Schaumberger. Es gibt auch andere Olympische Spiele. Die ÖVP-Fraktion will sanfte Olympische Spiele und nicht Olympische Spiele à la Albertville. Man kann nicht nur das Negative aus der Vergangenheit suchen. Er möchte als jener, der in der Politik und auch als Wirtschaftler tätig ist, sowohl die Kriterien, als auch die Visionen aufzeigen. Die Kärntner Tourismuswirt-

schaft hat sich klar und eindeutig zum Olympia-Gedanken ausgesprochen. Er möchte dahingehend am Olympia-Gedanken festhalten, daß er für Olympia ist, wenn alle auch für die Wirtschaft wichtigen Zahlen und Fakten für Olympia sprechen. Illusionen hat sich die ÖVP-Fraktion nie hingegen. Er ist der Meinung, daß jetzt nicht auf Grund von Empfehlungen oder Emotionen eine Entscheidung herbeigeführt werden sollte. Diese Empfehlungen klingen ganz anders als jene, die noch vor Monaten von verantwortungsvollen Politikern, die sich mit dem Thema einer grenzüberschreitenden Olympiade auseinandergesetzt haben, abgegeben wurden. Wenn heute Stadtrat Ladstätter als verantwortlicher Tourismusreferent die Tourismusmeinung interpretiert, dann ist das seine persönliche Meinung. Stadtrat Ladstätter hat nicht sovieler Kenntnisse über die Tourismussituation, da man sich diese nicht innerhalb weniger Monate aneignen kann, auch wenn man dort und da einmal ein Buch liest.

Gemeinderat Mag. Burian wurde durch die Stellungnahme von Gemeinderat Haslinger dazu bewogen, ein paar Worte zu diesem Thema zu sagen. Gemeinderat Haslinger hat die Abstimmung vom Jahre 1990 erwähnt und gemeint, es habe damals einen einstimmigen Gemeinderatsbeschluß für diese Bewerbung gegeben. Er möchte nicht, daß etwas falsches in der Zeitung steht. Es wurde heute einige Male von Gesinnungswandel gesprochen. Den Gesinnungswandel hat es seiner Meinung nach bei allen Fraktionen gegeben, am wenigsten jedoch bei der VIG-Fraktion. Damals, am 16. Februar 1990, hat es im Gegensatz zu heute nur eine Wortmeldung gegeben. Zu Wort gemeldet hat nur er sich. Er hat damals bereits auf die Gefahren hingewiesen, die durch diese Spiele drohen und dezidiert erklärt, daß für die Entscheidung ausreichende Unterlagen fehlen. Die ÖVP-Fraktion hat damals für die Bewerbung, also für den Amtsvortrag, gestimmt, obwohl die Unterlagen um einiges geringer waren,

als die heutigen Unterlagen. Dies zeigt, daß man hier das Argument der fehlenden Unterlagen mehr oder weniger herbeizieht, um doch noch ein "Ja" zu erreichen, ein "Ja" mit relativ bedenklichen Folgen. Es steht das ökologische und ökonomische Desaster, wie es Albertville gezeigt hat, im Raum.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß Gemeinderat Mag. Burian diese Herausforderung gar nicht annimmt und daß dieser sich nicht vor der Arbeit, sondern davor, daß personelle Ressourcen gebunden werden, fürchtet.

Gemeinderat Mag. Burian findet es sehr positiv, daß man dazugelernt hat. Die VIG-Fraktion war die einzige, die damals bereits gewarnt und davon gesprochen hat, daß keine ausreichenden Unterlagen für die Bewerbung vorhanden sind. Stadtrat Mag. Raup, der damals der zuständige Referent war, hat erklärt, daß es nicht um die Bewerbung, sondern um die Vorbereitung der Bewerbung geht. Daher hat sich die VIG-Fraktion überreden lassen, für den Amtsvortrag zu stimmen. Es soll jedoch jetzt nicht in der Presse, in den Medien oder im Mitteilungsblatt so dargestellt werden, als ob die VIG-Fraktion für diese Bewerbung gestimmt hätte.

Gemeinderat Dr. Ertl wurde ebenfalls von Gemeinderat Haslinger gereizt, der der Meinung war, die Wirtschaft wäre nur bereit aufzusperren und zu kassieren. Es dürfte dem Ex-Finanzreferenten entgangen sein, daß von den Einnahmen nur 5 % beim Unternehmer bleiben und 95 % die öffentliche Hand abkassiert. Das bedeutet, daß es auch für die Kommunen von Vorteil wäre, wenn die Wirtschaft kassiert, denn dann leben die Kommunen, dann lebt der Staat. Es hat sehr viele sachliche Beiträge zu diesem Thema gegeben. Man hat sich mit dem Problem Olympia beschäf-

tigt. Trotzdem ist er der Meinung, daß die Entscheidung im Gemeinderat zu früh fällt. Für ihn persönlich bleibt die Vision, daß es auch nach 2002 und einer Olympiade noch ein Jahr gibt. Vielleicht gibt es dann einmal ein Umdenken und es kommen andere Politiker, die die Verantwortung tragen, die großzügiger denken, ohne die Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung zu negieren, die aber selber so viel Optimismus ausstrahlen und daran glauben, daß sie ein solches Projekt durchziehen können. Er wünscht sich solche Politiker für die Zukunft nicht nur für Villach, sondern für Kärnten und für Österreich.

Bürgermeister Manzenreiter möchte sich für die Diskussion bedanken. Zur Idee Olympia wurde in den letzten Wochen sehr viel diskutiert und das hat heute in sehr vielen sachlichen Beiträgen auch eine Fortsetzung gefunden. Gleich am Beginn eine Stellungnahme zur Frage: Hat eine Wende stattgefunden, hat sie beim Bürgermeister, in seiner Meinung, stattgefunden? Es hat eine Wende stattgefunden. Zum ersten war die Bewerbung bisher ausschließlich von der touristisch-werblichen Idee getragen. Man wollte mit einer Idee Tourismuswerbung betreiben und hat das erfolgreich zehn Jahre lang getan. Er fordert die Gemeinderäte dazu auf, sich den Katalog an Presseaussendungen, an Presseberichten in ganz Mitteleuropa und weit über Mitteleuropa hinaus, geben zu lassen. Dies alles war mit einem Kostenaufwand von S 25.574,-- im Jahr möglich. Es ist hervorragend, was bisher von den Tourismus-Verantwortlichen, Sportleuten und der gesamten Stadt geleistet wurde. Um S 25.574,-- bekommt man nicht einmal ein Inserat, wie Stadtrat Dr. Clar erwähnt hat. Mit S 25.574,-- kommt man jetzt jedoch nicht mehr aus. Das ist das entscheidende, da ist die Wende gekommen. Bei der letzten Komiteesitzung in Tarvis ist es bereits um 1 Mio. Schweizer Franken gegangen. Jetzt geht es an das Bezahlen und nicht mehr um ein

Trinkgeld. Jetzt geht es um Millionen. In diesem Fall hat sich der Gemeinderat und auch ein Bürgermeister anders mit dieser Frage zu beschäftigen. Er sagt "Ja" zur Werbeidee Olympia, aber "Nein" zu einer konkreten Durchführung von Olympischen Spielen in der Stadt. Bisher hat sich diese Frage nicht gestellt. Bisher war die Frage: Werben wir mit der Idee Olympia? Das ist aber nach zehn Jahren ausgereizt. Zehn Jahre Brautschau ist zwar vielleicht lustig, aber in den Medien findet es nicht mehr statt, wenn man zehn Jahre mit einer Idee hausieren geht. Es hat auch noch eine andere Wende in der Stadt Villach gegeben. Er ist heute nach dieser Diskussion viel mehr noch überzeugt davon als am Montag, als er es den Medien mitgeteilt hat, daß die Entscheidung, "Nein" zu sagen, richtig ist. Die Wende ist, daß es eine andere, neue FPÖ-Fraktion in dieser Stadt gibt. Nach dem, was man heute wieder erleben konnte, daß schon wieder von Magdalen und ähnlichem gesprochen wurde, auf dieses Fundament kann man nicht die größte Veranstaltung, die vielleicht im Bundesland Kärnten je stattfinden würde, aufbauen. Die Bevölkerung könnte man, wie Gemeinderat Dr. Löberbauer hofft, eventuell noch umpolen. Das funktioniert jedoch dann nicht, wenn nicht vom Gemeinderat und auch nicht vom Kärntner Landtag ein eindeutiges Signal ausgeht, weil die FPÖ-Fraktion weder im Landtag noch hier das will. Das ist die entscheidende Frage. Die Wende ist gekommen, weil dieser Gemeinderat im Gegensatz zu früheren Zeiten auch dazu nicht mehr in der Lage ist, in existenziellen Fragen an einem Strang zu ziehen. Die Kräfte des Zerstörens sind in der Stadt Villach in einem Ausmaß vorhanden, wie das früher nicht der Fall war. Die Wende hat daher in zwei Fällen stattgefunden, was auch bei ihm sicherlich dazu beigetragen hat, anders über dieses Thema zu denken. Es soll jetzt erstmals um viel Geld und wirklich um die Austragung gehen. Da sieht es anders aus, als wenn man nur eine Werbeidee verfolgt. Die FPÖ-Fraktion

hat wieder einmal bewiesen, daß es nichts gibt, was man in dieser Stadt ohne Skandalisierung auch nur vorbereiten kann. Es geht nicht um Kritik. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat heute ganz richtig ausgeführt, daß alle Budgets bei Olympischen Bewerbungen bisher rollende Budgets waren. Das heißt, man hat, so wie in Albertville, mit S 3,9 Mio. angefangen und ist bei rund S 10 Mio. gelandet. Das sind Entwicklungsstufen, bei denen man laufend neues erlebt, bei denen man Fehlentwicklungen erlebt, bei denen Überschreitungen anfallen. Wenn das nicht gemeinsam getragen wird, wenn dann immer der Bürgermeister oder irgendein Referent von der FPÖ-Fraktion im Gemeinderat vorgeführt wird, bis hin zum Staatsanwalt, was alles schon vorgekommen ist, dann kann man ein solches Projekt in diesem Klima nicht durchführen. Das führt ihn auch schon zur Wortmeldung von Stadtrat Ing. Klamt. Es gibt scheinbar überhaupt nichts in dieser Stadt, was nicht dazu benutzt wird, dem Bürgermeister eins auszuwischen. Die FPÖ-Fraktion ist in dieser Frage nicht konsensfähig. Er hat gemeinsam mit Stadtrat Pacher miterlebt, wie diese Drei-Länder-Idee entstanden ist. Stadtrat Amtmann und Dr. Wanker haben diese Idee in Villach aufgebracht. Die Idee der Zusammenarbeit und der Freundschaften über Grenzen hinweg ist sicher gut. Von der David-Philosophie und davon, daß die Stadt Villach eine Chance hat, sich ernstlich zu bewerben und dann ganz andere Spiele durchzuführen, hat man sich nach den Hearings und Gesprächen mit in Villach ansässigen Fachleuten, die auch in Lillehammer wieder anerkannte Sportfunktionäre sind, wie beispielsweise Herr Stattmann, zu verabschieden. Der Referent aus Berchtesgaden und auch Herr Tödter von der Alpenschutz-Kommission waren der Meinung, daß man die Olympischen Spiele heute umweltfreundlicher und verträglicher durchführen kann. Es werden zwar keine Umweltspiele, aber sie werden umweltverträglich. Seine Position ist auch davon beeinflusst, daß

der Tourismusreferent der Stadt gegen eine Olympiade ist und daß dieser es als keine Zukunftsvision ansieht. Die Frage der Frist wurde ebenfalls angeschnitten. Er hat bereits in der letzten Gemeinderatssitzung erklärt, daß die Bewerbung im Oktober abzugeben ist. Der Gemeinderat muß heute darüber entscheiden, ob Studien in Auftrag gegeben werden sollen und ob man diese Millionen riskieren will oder nicht. Stadtrat Ladstätter war der Ansicht, daß die Idee touristisch gut, aber bereits ausgereizt ist. Er schließt sich dieser Meinung an. Villach sollte sich jedoch nicht deshalb nicht bewerben, weil möglicherweise Bewerbe in Bad Kleinkirchheim oder in Paternion stattfinden. Das hätte keine Rolle gespielt. Österreich würde in den Medien vielleicht noch vorkommen, Bad Kleinkirchheim aber bestimmt nicht. Zu Gemeinderat Mag. Haider wäre zu sagen, daß natürlich ein Landschaftsverbrauch gegeben wäre. Wenn jedoch der Vertreter der Alpenkommission erklärt, daß in Lillehammer vertragliche Spiele organisiert worden sind, so hätte man das auch zur Kenntnis zu nehmen. Es wäre daher aus der Sicht der Alpenkommission möglich, wenn man sehr vorsichtig arbeitet. Gemeinderat Spitzer hat aus der Zeitung die Äußerung entnommen, daß er schon immer gegen Olympische Spiele gewesen ist. Der Journalist hat mit ihm nicht gesprochen. Was er aber immer geäußert hat, war, daß er der Frage Olympischer Spiele, nicht als werbliche Idee, sondern als Austragungsidee, immer vorsichtig gegenübergestanden ist. Aus diesem Grund wurden auch die Hearings veranstaltet.

Er lehnt es ab, die Meinung zu vertreten, daß es für die Stadt Villach keine Träume und Visionen mehr gibt, wenn Olympia abgelehnt werden sollte. Die Stadt hat viele andere Qualitäten und es ist keine Beerdigung für die Stadt Villach, wenn die Olympischen Spiele abgelehnt werden. Es gibt noch so viele andere Aufgaben,

so viele andere Chancen, die vielleicht zu einer besseren Qualität der Stadtentwicklung beitragen. Auch die Wortmeldung von Gemeinderat Dr. Löberbauer hat ihn in seiner Meinung bestärkt, gegen eine Bewerbung zu stimmen. Es gab sofort Schuldzuweisungen in die Richtung von Dr. Ambrozy und es wurde ein politisches Spiel vermutet. Es wurde die Frage an den Bürgermeister gerichtet, wem es dient. Gemeinderat Dr. Löberbauer wollte darauf keine Antwort geben. Es ist die Frage des Klimas, die eine große Rolle spielt. Gemeinderat Hinterleitner hat die Meinung geäußert, daß Stadtrat Ladstätter nichts vom Tourismus versteht und dessen Stellungnahme daher falsch ist. Es gibt jedoch eine schriftliche Stellungnahme des Tourismusdirektors dieser Stadt, die dem entspricht. Man kann nicht die Meinung eines anderen abwerten, nur weil er kein Tourismusunternehmer ist. Der zuständige Tourismusdirektor hat dieselbe Meinung vertreten, ist aber von anderen Personen ausgewählt worden. Es wird nun eine geheime Abstimmung folgen. Er hat vor sechs Wochen erklärt, daß er als derjenige, der den Amtsvortrag einzubringen hat, seine Meinung äußern wird. Er hat dies nach reiflicher Überlegung getan. Er hat damals "Ja" zur touristisch-werblichen Idee gesagt und sagt nun "Nein" zur tatsächlichen Umsetzung von Olympischen Spielen in dieser Region und auch zu Millionenaufwendungen für eine Bewerbung. Wie weit die Mitglieder des Gemeinderates dieser Empfehlung folgen werden, ist eine Entscheidung, die jeder für sich treffen muß. Der Bürgermeister hat sich entschieden und das ist auch völlig korrekt.

Die FPÖ-Fraktion hat im Gemeinderat einen olympischen Sport entwickelt, das ist die Bürgermeisterbeschimpfung. Es ist ein Ganzjahressport. Er nimmt das zur Kenntnis. Es verhindert für die Stadt Villach sehr viel. Es macht sehr viel kaputt, wenn man sich laufend nur die

Frage stellt, wie man einem anderen am Zeug flicken kann. Abschließend ist er der Meinung, daß diese Diskussion um Olympia auch eine Diskussion um die Entwicklung der Stadt Villach und die Qualitätsentwicklung in dieser Stadt war. Es war eine sehr gute Diskussion. Sollte der Gemeinderat die Bewerbung ablehnen, so wäre die Frage der Qualität vor allem für die Bewohner der Stadt auch in Zukunft gewährleistet. Man hat sich auch touristisch bisher als Umweltstadt verkauft, dieser Linie sollte man treu bleiben. Er lehnt es komplett ab, daß man davon ausgeht, daß diese Stadt ohne Olympia keine Zukunft hat. An der nächsten Jahresrechnung ist zu sehen, wie sich die Stadt an allen Wirtschaftskenndaten in den letzten Jahren entwickelt hat. Die Stadt Villach hat den höchsten Zuwachs an Einwohnern von allen autonomen Städten in Österreich, sie ist, was die Entwicklung betrifft, bei den Wirtschaftskenndaten besonders gut. Daher lehnt er es ab, davon zu sprechen, daß ein "Nein" zu Olympia dieser Stadt jede Entwicklungschance und jede Vision nimmt. Er ist daher der Meinung, daß es richtig ist, heute eine Entscheidung herbeizuführen. Noch einmal - auch ohne Olympia gibt es eine gute Zukunft für die Stadt Villach.

folg. 3

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher möchte nun über den Tagesordnungspunkt 2.) abstimmen lassen. Es liegt ein Abänderungsantrag zu Punkt 2.) von der ÖVP-Fraktion vor. Sie möchte diesen Antrag noch einmal zur Kenntnis bringen, bevor sie über diesen abstimmen läßt. Die Mitglieder der ÖVP-Fraktion stellen den Abänderungsantrag, der Gemeinderat möge beraten und beschließen: Anstelle der vorgesehenen geheimen Abstimmung, ob die Vorbereitung für eine Bewerbung der Stadt Villach um die Olympischen Winterspiele 2002 fortgesetzt werden soll oder nicht, soll zur Entscheidungsfindung eine Überprüfung des Stadtentwicklungskonzeptes mit angeschlossener

Kosten-Nutzen-Analyse für diese Großveranstaltung erstellt werden. Begründung: Bei der Durchführung einer Olympiade werden infrastrukturelle Projekte vorgezogen verwirklicht, die zur Entwicklung Villachs ohnehin notwendig wären. Der jetzige Zeitpunkt für eine Abstimmung im Gemeinderat und eine Volksbefragung ist äußerst ungeeignet, da keine entscheidungsreifen Unterlagen, weder für die Beurteilung durch die politischen Vertreter der Stadt Villach noch zur Information für die Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Kosten für eine derartige Kosten-Nutzen-Analyse sind deshalb gerechtfertigt, weil damit Untersuchungen angestellt werden, die ohnehin zur Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes notwendig wären (Wohnbau, Wirtschaft, Verkehr).

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion),

den Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion, daß anstelle der vorgesehenen geheimen Abstimmung, ob die Vorbereitung für eine Bewerbung der Stadt Villach um die Olympischen Winterspiele 2002 fortgesetzt werden soll oder nicht, zur Entscheidungsfindung eine Überprüfung des Stadtentwicklungskonzeptes mit angeschlossener Kosten-Nutzen-Analyse für diese Großveranstaltung erstellt werden soll, abzulehnen.

wird die anwesende Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß der erste Teil des Antrages von Bürgermeister Manzenreiter einen Antrag auf Geschäftsbehandlung darstellt. Sie möchte über diesen Teil abstimmen lassen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion):

Die Vorbereitung für eine Bewerbung der Stadt Villach um die Olympischen Winterspiele 2002 wird fortgesetzt: Ja? - Nein?. Darüber möge gemäß § 16 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat geheim mittels dafür aufgelegter Stimmzettel abgestimmt werden.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher informiert, daß nun die geheime Abstimmung durchgeführt werden soll. Sie ruft von jeder Fraktion das an Jahren jüngste Mitglied auf, um die Durchführung der Abstimmung zu verfolgen und zu kontrollieren. Das sind: Für die SPÖ-Fraktion, da sie den Vorsitz führt, Gemeinderat Richard Pfeiler, für die FPÖ-Fraktion Gemeinderat Roland Zellot, für die ÖVP-Fraktion Frau Gemeinderätin Friederike Laussegger, für die VIG-Fraktion Gemeinderat Mag. Herwig Burian und für die Villacher Liste Thaler Gemeinderat Josef Spitzer. Sie ersucht diese fünf Personen, nach vorne zu kommen und die Durchführung der Abstimmung zu kontrollieren. Zur Durchführung des Wahlvorganges wurden die Wahlzettel und Kuverts vorbereitet, eine Urne ist vorhanden. Als Wahlzelle wird der anschließende Abstellraum empfohlen. Sie

wird die anwesenden Herren und Damen des Stadtsenates und Gemeinderates nach der ihr vorliegenden Einladungsliste vorlesen und sie ersuchen, der Reihe nach herauszukommen, sich je einen Stimmzettel aushändigen zu lassen und in der Folge dann auch die Wahlzelle zu benutzen.

Die Mitglieder des Gemeinderates geben der Reihe nach ihre Stimmzettel ab.

Die Sitzung wird von 21.30 bis 21.40 Uhr unterbrochen, damit seitens der Wahlkommission das Ergebnis überprüft und das Resultat festgestellt werden kann.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt fest, daß alle 45 abgegebenen Stimmen gültig sind. Der Gemeinderat der Stadt Villach hat die Frage, ob die Vorbereitung für eine Bewerbung der Stadt Villach um die Olympischen Winterspiele 2002 fortgesetzt wird, mit 14 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen, das sind 70 % Nein-Stimmen, beantwortet. Eine weitere Verfolgung des Antrages bzw. der dadurch notwendigen finanziellen Aufwendung ist aus heutiger Sicht nicht sinnvoll und notwendig. Sie möchte feststellen, daß dieses Ergebnis der beste Beweis dafür ist, daß jeder der hier anwesenden Mandatäre und Mandatarinnen, nach bestem Wissen und Gewissen entschieden hat und daß quer durch alle Fraktionen und über Parteigrenzen hinweg sich jede und jeder eine Meinung gebildet hat. Es wurde damit sicher ein wertvolles und positives demokratiepolitisches Signal gesetzt.

Der Gemeinderat beschließt ~~den Vor-~~
sitz.

mit Mehrheit (31 Stimmen),

~~Der 3.1 Änderung der Verordnungen~~
folgenden Antrag abzulehnen: ~~der Verordnungen~~

Zur Erforschung des Willens der Gemeindebürger, ob sich die Stadt Villach für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 2002 bewerben soll, ist gemäß § 45 c Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes eine Volksbefragung durchzuführen. Eine diesbezügliche Verordnung ist vom Bürgermeister dem Gemeinderat zur Beschlußfassung bis Ende September 1993 vorzulegen. Zur weiteren Information der Villacher Bürger sind entsprechende Gutachten über die Umweltverträglichkeit, das Konzept über die Austragungsorte und Wettkampfstätten, eine Wirtschaftlichkeitsrechnung sowie entsprechende und rechtsverbindliche Beteiligungs- und Finanzierungszusagen, insbesondere von Bund und Land, anzustreben. Für die Finanzierung bzw. Vorfinanzierung der voraussichtlichen Vorbereitungskosten sind im Wege außerplanmäßiger Ausgaben maximal S 6 Mio. bereitzustellen. Die Bedeckung erfolgt durch Darlehensaufnahmen.

Vizebürgermeister Binter übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 3.) Änderung der Vergnügungs-
steuer-Verordnung

folg. 4

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Abgabenverwaltung
vom 16.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die unter Pkt. 1 - 3 des beiliegenden Amtsvortrages angeführten Änderungsvorschläge mit Wirkung ab Kundmachung der Verordnung zu genehmigen.

Pkt. 4.) Über- bzw. außerplanmäßige
Ausgaben in Durchführung
des Jahresabschlusses 1992

folg. 5

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle
Buchhaltung vom 5.3.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben von
S 22,091.600,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung durch
Mehreinnahmen des ordentlichen bzw. außerordentlichen
Haushaltes und der Gebührenhaushalte gegeben ist.

ging in der Pkt. 5.) Überplanmäßige Ausgaben

folgt. 6

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 16.3.1993.

Gemeinderat Dr. Assmann teilt mit, daß die FPÖ-Fraktion den überplanmäßigen Ausgaben in einem Punkt nicht zustimmen kann, und zwar bei den S 330.000,-- Honorar im Zuge der Causa Magdalen. Die FPÖ-Fraktion war schon damals der Meinung, daß die Stadt Villach schon bei der Kontrolle des Reinhaltverbandes ordentlich prüfen hätte müssen. In diesem Fall hätte sich die Stadt Villach S 13 Mio. erspart. Jetzt mit S 330.000,-- noch nachträgliche Honorare genehmigen zu müssen, ist politisch für ihn ein Horror. Die FPÖ-Fraktion gibt diesen S 330.000,-- nicht ihre Zustimmung.

Stadtrat Ing. Truppe gibt für die ÖVP-Fraktion ebenfalls ein votum separatum für diese S 330.000,-- ab.

Stadtrat Smoliner erklärt, daß es sich um Kosten in der Höhe von S 330.000,-- für die notwendige anwaltliche Vertretung der Stadt Villach handelt, und zwar in einem Rechtsstreit, der durch die ÖVP- FPÖ-Mehrheit im Kärntner Landtag mutwillig und fahrlässig vom Zaum gebrochen wurde. Dies ist vielleicht auch mit der Absicht geschehen, die Stadt Villach finanziell zu treffen. Es hat die ÖVP- FPÖ-Mehrheit im Kärntner Landtag einen an und für sich chancenlosen Krieg vom Zaum gebrochen und das, obwohl Gutachten von Rechtswissenschaftlern, von Rechtsanwälten vorlagen, die eindeutig eine klare Sprache sprachen. Das heißt, es wurde ein sinnloser aber kostenträchtiger Rechtsstreit vom Zaum gebrochen und dieser Rechtsstreit

ging in der ersten Phase um sage und schreibe S 270 Mio. und dann um S 170 Mio. Es stellt sich die berechnigte Frage, ob es im Sinne der Stadt Villach gewesen wäre, hier nicht mit einem hochkarätigen Rechtsanwalt die Interessen unserer Stadt vertreten zu lassen, und ob es im Sinne der Stadt Villach gewesen wäre, diesen mutwilligen politischen Streit mit juristischen Mitteln einfach zu akzeptieren und zur Tagesordnung überzugehen. Villach hat sich erfolgreich zur Wehr gesetzt. Er richtet nun die Frage an die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion, ob man das nicht im Interesse der Villacher Steuerzahler hätte tun sollen. Hätte die Stadt Villach auf diese Diskussion nicht einsteigen sollen und hätte sie diesen politischen Vergewaltigungsversuch einfach zur Kenntnis nehmen sollen? Er stellt hier noch eine Frage in den Raum. Es erhebt sich für ihn persönlich der Verdacht der indirekten Parteienfinanzierung über Rechtsanwälte, wenn vier Rechtsanwälte von seiten des Landes für einen an und für sich chancenlosen Rechtsstreit eingesetzt werden müssen. Es ist heute festzustellen, daß die vier Rechtsanwälte des Landes S 157 Mio. verloren haben. Der Rechtsanwalt der Stadt Villach konnte sicherstellen, daß die Stadt nur mit S 13 Mio. belastet wird. Hier haben Wurmitzer und Co. im Kärntner Landtag ein System der Schadensmaximierung für die Stadt Villach betrieben und sind gescheitert. Es wäre nur fair play, wenn die Abgeordneten der FPÖ und ÖVP im Kärntner Landtag diesen Schaden, der durch die Rechtsvertretung der Stadt Villach entstanden ist, aus ihrem eigenen Säckel wiedergutmachen und der Stadt Villach diese Summe refundieren würden.

Gemeinderat Samnitz stellt fest, daß die unendliche Geschichte Magdalen die Stadt Villach wieder einholt und kein Ende nimmt. Nun handelt es sich um S 330.000,-- Prozeßkosten. Das ist jedoch noch nicht das Ende der Täuschungsmanöver der ÖVP- und FPÖ-Landespoliti-

ker in Bezug auf Magdalen. Er möchte nur einige Auszüge der Stellungnahmen von Rechtsanwälten, wie beispielsweise Dr. Burger-Scheidlin, vorbringen, die zu dem Thema Magdalen und Villachs Streit mit dem Land Stellung genommen haben. Im letzten Wirtschafts- und Finanzausschuß des Landes haben diese zwei Parteien einen Verkauf der Magdalengrundstücke an die Stadt Villach um einen Preis von etwas mehr als S 4,9 Mio. abgelehnt, weil die S 13 Mio. angeblich zuwenig sind. Rechtsanwalt Dr. Burger-Scheidlin hat beispielsweise gesagt: "... rege ich vor der geplanten Beschlußfassung die Fortsetzung der Vergleichsgespräche mit der Stadt an". Der Rechtsanwalt Dr. Anton Knees hat gesagt: "Weitere Verhandlungen werden von der Stadt Villach sicherlich im Hinblick auf die kaum vorhandenen Prozeßchancen des Landes abgelehnt werden, sodaß ich empfehle, den von der Stadt Villach hinterlegten Anteil von S 12.999.315,-- anzunehmen". Dr. Burger-Scheidlin sagt weiter: "Die einzige Alternative zu einer außergerichtlichen Regelung wäre nur die Prozeßführung mit allen damit verbundenen Risiken für das Land usw.". Nach dem Verlust von Arbeitsplätzen in Magdalen soll jetzt auch der Verlust von Sport- und Freizeiteinrichtungen folgen. Nach einem einheitlichen Beschluß im November 1992, den die Kärntner Landesregierung gefaßt hat, und nach einem Gutachten der Abteilung des Landeshauptmannstellvertreters Ing. Reichhold, diese Grundstücke und Gebäude, die sich auf diesen Grundstücken befinden, der Stadt Villach zu verkaufen, hat damals der Kärntner FPÖ-Geschäftsführer, der Klagenfurter Vizebürgermeister Gaugg, gemeint, daß man der Stadt Villach diese Grundstücke nicht um den Betrag schenken kann. Er hat jedoch ebenso wie der Clubobmann der ÖVP, Herr Wurmitzer, nicht dazugesagt, wieso diese Grundstücke für einen Außenstehenden relativ billig aussehen. Es wurde beispielsweise behauptet, ein wertvolles Grundstück, und zwar jenes, auf dem sich der Sportplatz befindet, werde

um den Schleuderpreis von S 1,5 Mio. an die Stadt Villach abgegeben. Es gibt für diese Sportanlage einen Vertrag, der damals zwischen der Stadt Villach und der Borregaard Ltd., das war die Betreiberin der Zellulosefabrik Magdalen abgeschlossen wurde. Dieser Vertrag hat noch einige Jahrzehnte Gültigkeit. Die Sportanlagen, die Gebäude, die sich auf diesem Grundstück befinden, wurden von der Stadt Villach errichtet und sind somit in keiner Weise ein Geschenk des Landes Kärnten. Weiter wird gesprochen von einem wertvollen Grundstück mit Bahnanschluß. Jeder, der sich in Magdalen auskennt, weiß, welches Grundstück gemeint ist. Es ist das Grundstück, das entlang der Sportanlage und dem Personalhaus bis zum Zaun des Industriegeländes führt. Das heißt also, es ist für die Stadt Villach wertlos. Sie muß es jedoch erwerben, da damit das Industriegrundstück mit dem Bahnanschluß aufgeschlossen wurde. Die Bevölkerung ist also mit falschen Argumenten getäuscht worden. Die Herren, die im Wirtschafts- und Finanzausschuß des Landes argumentiert haben, wissen nicht einmal, wovon sie reden. Vor einem Jahr hat es das gleiche politische Spiel auf dem Rücken der Magdalener Bevölkerung mit dem ehemaligen Personalwohnhaus gegeben. Damals war man ebenfalls der Meinung, daß man nicht ein Wohnhaus mit zwölf Wohnungen, das Millionen Schilling wert sein muß, einfach der Landesgenossenschaft Heimat kostenlos übergeben kann. Es ist nach Protesten gelungen, daß der Wirtschaftsausschuß an Ort und Stelle eine Sitzung abgehalten und dann entschieden hat, daß er froh darüber ist, daß dieses Haus von der Genossenschaft übernommen wird, damit die Dachsanierung und die wichtigsten Reparaturarbeiten durchgeführt werden konnten. Denn dort hat es hineingeregnet. Heute befindet sich die Stadt Villach in der gleichen Situation. Es wird wieder ein politisches Spiel vor der Landtagswahl betrieben, um das Thema Magdalen warm zu halten. Das geschieht zum Nachteil der Magdalener Bevölkerung. Er möchte darauf hinwei-

sen, daß 15 Magdalener, St. Ulricher und Seebacher Vereine aus diesem Ortsteil eine Heimat verloren und damit keine Möglichkeit mehr haben, Veranstaltungen in gewohnter Form durchzuführen. Die Pensionisten müssen nach Landskron und in die Peraus gebracht werden, damit sie ihre Nachmittage durchführen können. Die Feuerwehr ist im Moment heimatlos. Er ersucht die Damen und Herren der ÖVP- und FPÖ-Fraktion recht herzlich, die Forderung, daß die Stadt Villach diese Anlage erwerben kann, zu unterstützen, damit die Bevölkerung und auch die Vereine wieder eine Heimat bekommen.

Stadtrat Ing. Klamt ist der Meinung, daß Gemeinderat Dr. Assmann die richtige Formulierung gebraucht hat. Die FPÖ-Fraktion ist aus prinzipiellen Erwägungen gegen die Honorarnote von S 330.000,--. Es ist ganz klar, daß diese Rechtsanwaltsvertretung notwendig war. Es gibt in dieser Angelegenheit einen Rechtsanwaltszwang. Er will nicht wieder davon anfangen, aber dieser Magdalen-Skandal ist eine Altlast der SPÖ-Fraktion. Es kann wirklich nicht sein, daß Stadtrat Smoliner heute so auftritt, als wäre die SPÖ-Fraktion der Retter von Villach, da jetzt die S 330.000,-- bezahlt werden. Dieses Magdalen-Debakel verantwortet die SPÖ-Fraktion und die S 330.000,-- sind S 330.000,--, die durch das Fehlverhalten der SPÖ-Fraktion in der Vergangenheit jetzt notwendig wurden.

Stadtrat Pacher meldet sich an und für sich zur Geschäftsordnung. Es wurde von Stadtrat Smoliner vorhin im Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt behauptet, es gehe hier um Parteienfinanzierung. Er hat jetzt drei Möglichkeiten. Entweder er sagt klipp und klar worum es geht, da der Name der ÖVP in diesem Zusammenhang genannt wurde, entschuldigt sich für diese Aussage oder es wird um eine Sitzungsunterbrechung ersucht, damit sich die ÖVP-Fraktion beraten kann, was sie machen wird.

Stadtrat Smoliner findet die Methode von Stadtrat Pacher ganz phantastisch. So kann man natürlich vom Thema ablenken. Er hat gesagt, daß sich für ihn in diesem Zusammenhang der Verdacht auf Parteienfinanzierung stellt. Er hat den Verdacht. Auch er wurde schon oft von der ÖVP-Fraktion verdächtigt. Dieser Verdacht stellt sich dadurch, weil man hier einen sinnlosen Rechtsstreit wider besseres Wissen, wider wiederholte Warnungen, wider Gutachten vom Zaum gebrochen hat, einen Rechtsstreit, der, wenn es zu einer Klage gekommen wäre, für die Stadt und für alle, die diesen Prozeß führen hätten müssen, viele Millionen an Verfahrenskosten gekostet hätte. Hier stellt sich konkret der Verdacht, ob man so einen Rechtsstreit nicht vom Zaum bricht, er wurde nicht von den Rechtsanwälten vom Zaum gebrochen, sondern von den ÖVP- und FPÖ-Abgeordneten im Kärntner Landtag, damit auf diese Art und Weise über einen Umweg eine Parteienfinanzierung stattfinden könnte. Er hat das zur Diskussion gestellt, weil es für jeden Menschen, der mit Vernunft begabt ist und der die Unterlagen kennt, ein großes Fragezeichen ist, warum in dieser Situation noch eine Klage angedroht wird. Er hat nicht die Absicht, diesen Verdacht, der sich in diesem Zusammenhang für ihn stellt, zurückzunehmen.

Gemeinderat Dr. Assmann findet es ungeheuerlich, gegen nicht anwesende Personen einen Verdacht auszusprechen, und zwar gegen Landespolitiker, die nicht verurteilt worden sind. Es gibt eben Leute, die wider besseres Wissen einen Prozeß anfangen, die gibt es auch in der Privatwirtschaft. Aber deswegen den Verdacht einer Parteienfinanzierung zu hegen, ist wirklich unerhört - noch dazu, wenn sich die betreffenden Politiker des Landes hier nicht an Ort und Stelle verantworten können. Er beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

sicherlich nicht gelingen. Der Negations-Prädikat hat
einzig und als Vizebürgermeister Binter stellt fest, daß
zwei Anträge auf Sitzungsunterbrechung vorliegen. Er möch-
te diesen Antrag zur Abstimmung bringen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der ÖVP- und der FPÖ-Fraktion),

die Sitzung fortzusetzen.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß das,
was sich jetzt wieder in diesem Hause abgespielt hat,
der Beweis dafür ist, daß hier die Sozialdemokrat
feuchtfröhlich weiterhin das Sagen hat und überhaupt
nichts darüber dazugelernt hat, wie man eigentlich
im politischen Umgang verfahren sollte. Wenn man eine
Sitzungsunterbrechung wünscht, wird mit der Noch-Mehrheit
brutalst drübergefahren. Und dann erwartet man sich
wieder, daß man in gewissen Sachfragen, eben wenn man
einstimmige Beschlüsse herbeisehnt, wieder mitgeht. Die
Mitglieder der Sozialistischen Partei haben heute wiederum
bewiesen, daß sie nichts dazulernen. Dasselbe Spiel wurde
schon vor einen Jahr gespielt. Bester Beweis dafür,
daß diese Partei nichts dazulernt, ist ihr Clubobmann
Stadtrat Smoliner. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, hier von
einer Parteienfinanzierung zu sprechen und dann zu sagen,
daß es sich nur um einen Verdacht handelt. Allein diese
Tatsache muß Stadtrat Smoliner beweisen. Der Versuch, mit
all diesen rhetorischen Mitteln vom Thema abzulenken, wird

sicherlich nicht gelingen. Den Megaskandal Magdalen hat einzig und allein eine Partei zu verantworten und das ist die Sozialistische Partei. Gemeinderat Samnitz macht sich immer wieder stark für die Situation in Magdalen. Es ist schade, daß Gemeinderat Samnitz nicht im Landtag Einzug halten kann, sonst hätte er diese Angelegenheit sicherlich schon für die Magdalener Bevölkerung gelöst. Tatsache ist auf jeden Fall, daß die Stadt Villach Kaufinteresse gezeigt hat. Das Land hat der Stadt Villach Grundstücke nicht verkauft. Es liegen beim Land bereits sehr viele Anträge von Privaten vor. Es ist das gute Recht jedes einzelnen, Anträge zu stellen, um Grundstücke käuflich zu erwerben. Es ist ein schauriges Spiel, das hier betrieben wird. Man bringt immer Vereine ins Spiel, 15 Vereine, die zum Wohle der Villacher Bevölkerung arbeiten, die zum Wohle der Magdalener Bevölkerung arbeiten. Es gibt den Magdalener Sportverein, den Anhängerclub, die Betriebssportgemeinschaft der ehemaligen Fabrik, die Freiwillige Feuerwehr Magdalen, die Freiwillige Feuerwehr St. Ulrich, den ASKÖ Grünsee-Turnen, Jagdhornbläser Silbersee, Magdalener See Musikanten, Pensionistenverein Ortsgruppe Magdalen - sicherlich nicht eine der SPÖ nahestehende Organisation, Seniorenclub Magdalen - ebenfalls der SPÖ nahestehend, Eisschützenrunde Frager, Eisschützenrunde St. Ulrich - Frohnwieser, SPÖ Magdalen, Junge Generation SPÖ. Das ist für ihn der Beweis dafür, wann sich die SPÖ-Fraktion stark macht - immer nur dann, wenn es um sie geht. Die SPÖ-Fraktion darf gewisse Dinge nicht als Selbstbedienungsladen sehen. Die Zeiten der Selbstbedienungsläden für sie sind vorbei. Deswegen sollte man bei der Realität bleiben und die Dinge beim Namen nennen, so wie er es jetzt getan hat. Es handelt sich hier um Grundstücke, die nicht zum Betriebsgelände gehören. Seiner Information nach ist der Referent der SPÖ, Landesrat Rauscher, eigentlich am Zug. Die SPÖ-Fraktion soll einmal dort hingehen und dort inter-

venieren. Für ihn steht eine Frage noch immer im Raum - der Verdacht, den Stadtrat Smoliner ausgesprochen hat, der Verdacht der indirekten Parteienfinanzierung, der aus seiner Sicht nicht ausgeräumt ist.

Stadtrat Ing. Truppe führt aus, daß Bürgermeister Manzenreiter heute der Meinung war, daß es wieder Kräfte in diesem Saal gibt, die alles kriminalisieren. Er hält das, was Stadtrat Smoliner an den Tag gelegt hat, für eine grobe Entgleisung, wenn eine Verdächtigung in diesem Sinne ausgesprochen wird und sich die Personen nicht einmal rechtfertigen können. Es handelt sich sogar um Ehrabschneidung. Deshalb ersucht er im Sinne eines positiven Klimas für die Zukunft, daß auch Stadtrat Smoliner ohne weiteres vom Sessel heruntersteigt und sich entschuldigt.

Bürgermeister Manzenreiter möchte daran erinnern, welche Sitzungen es im letzten Jahr gegeben hat, welche Verdächtigungen vor allem gegen seine Person ausgesprochen worden sind. Das war jedoch nicht nur bei den Sitzungen der Fall, sondern die Verdächtigungen sind auch über die Medien an Tausende Menschen verbreitet worden. Er möchte das nur in Erinnerung rufen. Vielleicht wird manchen jetzt bewußt, wie angenehm diese Dinge sind. Inzwischen hat es etliche Entgegnungen gegeben, es hat eine Verurteilung gegeben - er hofft, daß weitere folgen. Es ist also sicher nicht angenehm, wenn verdächtigt wird. Auch zu Stadtrat Ladstätter muß bezüglich seines Selbstbedienungsladens noch etwas gesagt werden. Die SPÖ-Fraktion und auch er persönlich kämpfen in dieser Stadt dafür, daß Grundstücke, die bisher der Öffentlichkeit oder über Vereine der Vereinsöffentlichkeit zur Verfügung gestanden sind, die also dem Gemeinwohl gedient haben, auch in Zukunft dem Gemeinwohl erhalten werden sollen. Das wird von Stadtrat Ladstätter als Selbstbedie-

nungsladen bezeichnet. Die Landesregierung hat einstimmig beschlossen, das Madalen-Areal an die Stadt Villach zu verkaufen. Dieser einstimmige Beschluß wurde auch mit den Stimmen von Landeshauptmann Dr. Zernatto, Ing. Reichhold und Dipl.-Ing. Freunschlag gefaßt. Da aber Beschlüsse über einen Verkauf auch durch den Landtag müssen, haben die Herren Wurmitzer und Dr. Strutz die Sache umgedreht. Landesrat Rauscher hat einen Verkaufsantrag an die Stadt Villach gestellt und die Regierung hat einstimmig beschlossen. Erst die ÖVP- und die FPÖ-Fraktion im Landtag haben das umgedreht. Die ÖVP- und die FPÖ-Fraktion werden die SPÖ-Fraktion im Landtag niederstimmen müssen, denn die SPÖ-Fraktion wird dem nicht zustimmen, daß Allgemeingut in rein private Hände kommt. Da fängt der Selbstbedienungsladen vielleicht erst an. Es wurde die Meinung vertreten, daß es bisher ein Selbstbedienungsladen war, weil Vereine dort hineindurften. Man sollte sich einmal ansehen, wer in die Kegelbahn bisher hineingehen durfte, wer den Sportplatz benutzt hat, wer das Bad benutzt hat. Das waren Menschen, die selber kein Seegrundstück haben. Die sollen in Zukunft dort weg, denn es geht um das Seegrundstück und es geht um verschiedene interessante Grundstücke. So ist es nicht, daß jetzt Landesrat Rauscher am Zug wäre, denn er hat den entsprechenden Antrag an die Regierung gestellt und dieser Antrag ist auch von der Regierung einstimmig beschlossen worden. Nur der Landtagsausschuß hat einen Riegel vorgeschoben.

Gemeinderat Samnitz hat Stadtrat Ladstätter bis jetzt immer sehr geschätzt, aber nun ist er von ihm zutiefst enttäuscht. Wenn man in den letzten Tagen die Medien verfolgt hat und weiß, was um den Forstsee passiert ist, wie sich alle dafür eingesetzt haben, daß etwas für die Öffentlichkeit erhalten wird, soll jetzt ein Seegrundstück der Bevölkerung anscheinend weggenommen werden. So

hat Stadtrat Ladstätter argumentiert. Dafür hat er überhaupt kein Verständnis und ist daher von Stadtrat Ladstätter sehr enttäuscht.

Gemeinderat Dr. Löberbauer informiert, daß es in vielen Urteilen zur üblen Nachrede und zu Rufschädigung heißt, daß Politiker eine höhere Schmerzgrenze haben müssen. Der Vorwurf der Parteienfinanzierung, den Stadtrat Smoliner gemacht hat, richtet sich zum einen gegen die Parteien, die finanziert werden, und richtet sich natürlich auch gegen die Personen, die finanzieren. Da vier Landesanwälte angesprochen wurden und es vier renommierte Wirtschaftsanwälte in unserem Bundesland sind, richtet sich dieser Vorwurf gegen diese vier Personen. Er würde Stadtrat Smoliner noch einmal raten, er soll das mit Dr. Tillian oder Dr. Spath durchbesprechen, vielleicht glaubt er denen mehr, daß er diesen Vorwurf hier und heute zurücknimmt. Es könnte nämlich sein und es wird so sein, daß sich die vier Wirtschaftsanwälte das nicht gefallen lassen werden, wenn ihnen unterstellt wird, daß sie Parteien finanzieren und Prozesse führen, die nicht zu gewinnen sind. Das sind Vorwürfe, die gegen die Standesregeln sind. Er stellt noch einmal den Antrag, die Sitzung zu unterbrechen. Stadtrat Smoliner soll sich mit Dr. Spath beraten. Er ist davon überzeugt, daß es sinnvoll wäre, wenn Stadtrat Smoliner die Vorwürfe zurücknehmen würde.

Stadtrat Smoliner versteht die Systematik, die hier abläuft. Man will von dem Tatbestand ablenken, daß die Stadt Villach S 300.000,-- für eine rechtsfreundliche Vertretung zu bezahlen hat. Er versteht nur nicht, daß Gemeinderat Dr. Assmann der Meinung ist, daß die Stadt Villach darauf verzichten kann und die Rechnung nicht bezahlen soll, weil das nicht in das System paßt. Er versteht, daß man davon ablenken will, daß diese

rechtsfreundliche Vertretung für Villach erfolgreich war. Er versteht es auch, wenn Gemeinderat Dr. Löberbauer jetzt mit sehr geschickten Wendungen versucht, ihm zu unterstellen, daß er vier Rechtsanwälte des Landes verdächtigt, Parteien zu finanzieren. Er hat dezidiert gesagt, daß es für ihn unerklärlich ist, wenn der FPÖ- und ÖVP-Landtagsclub, oder die Mehrheit im Landtag, beschließt, daß doch mit Klagsandrohung in erheblichem Ausmaße gegen Villach vorgegangen werden soll. Es stellt sich ihm in diesem Zusammenhang als Laien die Frage, welche Beweggründe dahinterstecken könnten, daß beide Clubs in einer an und für sich aussichtslosen Lage, die durch mehrere Gutachten von sehr honorigen Personen belegt ist, versuchen, eine Klagsandrohung in den Raum zu stellen. Was kann der Beweggrund sein? Hier stellt sich für ihn als Laien nach wie vor dieser Verdacht. Er hat niemandem unterstellt, daß es so ist. Man ist in einer an und für sich auch für einen Laien schon durchschaubaren Situation dennoch mit dieser gigantischen Klagsandrohung an die Stadt Villach herangetreten und hat dann erwartet, daß die Stadt Villach in dieser Situation auf eine rechtsfreundliche Vertretung verzichtet. Es wurde vorhin die Meinung vertreten, daß es nicht einzusehen ist, daß dieser Betrag zu bezahlen ist. Das heißt also, man inkludiert, die Stadt Villach soll auf eine rechtsfreundliche Vertretung verzichten und sich auf Gedeih und Verderb der ÖVP-FPÖ-Mehrheit im Landtag ausliefern. Das ist das Faktum, um das es hier geht. Er bekennt sich zu diesen S 330.000,--. Er bekennt sich zu dem, was er gesagt hat. Man soll ihm jedoch nicht unterstellen, daß er vier Anwälte oder sonst irgendjemanden verdächtigt hat. Er kann es nur nicht erklären. Vielleicht haben die anderen Gemeinderäte und Stadträte mehr Transparenz, vielleicht haben sie mehr Durchblick.

man hier sind Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß Stadtrat Smoliner gesagt hat, es würde nicht um die Anwälte gehen. Es hat jetzt verschiedene Rechtsmeinungen gegeben. Es sind mehrere Anwälte tätig gewesen. Von seiner Logik her kann sich diese Parteienfinanzierung wirklich nur auf die Anwälte beziehen. Er möchte eine Klarstellung und möchte auch ersuchen, daß eine Entschuldigung in diesem Sinne kommt.

Vizebürgermeister Binter richtet die Frage an Gemeinderat Dr. Löberbauer, ob der Antrag auf Sitzungsunterbrechung aufrecht bleibt.

Gemeinderat Dr. Löberbauer zieht den Antrag zurück. Wenn Parteien finanziert werden sollten, dann wird einer finanziert und einer finanziert. Nach dem, was Stadtrat Smoliner geschildert hat, sind die Finanziers die vier Anwälte. Wenn Stadtrat Smoliner dies verneint, dann nimmt er das zur Kenntnis. Stadtrat Smoliner kann jedoch dann ebenso sagen, daß er die Parteienfinanzierung nicht meint, denn wenn es keinen gibt, der finanziert, dann gibt es auch keinen, der finanziert wird.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß der Versuch von Gemeinderat Samnitz, die Angelegenheit ein bißchen zu polemisieren, natürlich ins Leere geht, wenn man von den Fakten ausgeht. Bei den Objekten in Magdalen, die nicht zu den Betriebsgrundstücken gehören, handelt es sich um das Bad am See, um die Kegelbahn, um den Sportplatz und unter anderem auch um das Gefolgschaftshaus. Es ist wohl das legitime Recht von politischen Parteien, Anträge zu stellen, wenn man mit gewissen Entscheidungen nicht einverstanden ist. Es wurden beim Land Anträge gestellt, damit der Kauf dieser Grundstücke öffentlich ausgeschrieben wird. Das ist überhaupt kein Problem. Das muß

man hier eindeutig festhalten. Die SPÖ-Fraktion versteckt sich einmal hinter der Villacher Bevölkerung und dann hinter der Landtagspartei. Daß auf die Angelegenheit nicht alle, Mandatäre der SPÖ und der FPÖ, aufmerksam waren, dazu hat Gemeinderat Sobe wollte nicht mehr zum Rednerpult gehen, muß jedoch auf diese Wortmeldung hin eine Frage an Stadtrat Ladstätter richten. Will dieser die Vereine hinauswerfen, da die Grundstücke privat verkauft werden sollen? Vielleicht kann er diese Frage beantworten.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher informiert, daß in der letzten Gemeinderatssitzung Gemeinderat Samnitz eine Anfrage an sie als Finanzreferentin gestellt hat, die genau diese Liegenschaften, über die heute gesprochen wurde, zum Inhalt hatte. Damals hat sie das als Befürchtung geäußert, was heute offensichtlich Faktum ist und auch von Stadtpolitikern durchaus vertreten und sogar als positiv propagiert wird, daß es nämlich heute noch möglich ist, ein Seegrundstück, das sich in öffentlichem Besitz befindet, aus welchen Überlegungen auch immer, in Form von Hobbymaklertum, bei dem Landespolitiker in Villach als Hobbymakler auftreten und Interessenten suchen, zu veräußern. Damals wurde gesagt: "Ihr könnt euch das untereinander ausmachen, was interessiert das den Gemeinderat". Vielleicht ist es heute deutlich geworden, warum diese Befürchtungen auch damals schon öffentlich geäußert wurden. Es liegen bis zum heutigen Datum fünf Angebote beim Land Kärnten für unterschiedliche Grundstücke in Magdalen vor. Zufälligerweise gehen alle fünf Angebote an den selben Verteilerkreis beim Land Kärnten. Zur Sache Rechtsamt S 330.000,--: Faktum ist, daß bei einem Streitwert, der über S 30 Mio. hinausgeht, Rechtsanwaltspflicht besteht. Dies bedeutet, daß die Stadt Villach bei einem Streitwert von S 170 Mio. verpflichtet ist, sich eines praktizierenden Rechtsanwaltes zu bedienen. Weiters wurde

heute seitens der FPÖ-Fraktion angeführt, man wäre in der Causa Magdalen aus prinzipiellen Gründen dagegen. Es entsteht der Eindruck, daß auf Landesebene einige, nicht alle, Mandatäre der FPÖ und der ÖVP offensichtlich immer dann aus prinzipiellen Gründen dagegen sind, wenn es sich um die Interessen der Stadt Villach handelt. Dieses aus prinzipiellen Gründen dagegen sein, das heute praktiziert wird, läßt sich durchaus auch auf die politische Ebene des Landes übertragen. Sie würde nicht von einem Verdacht auf Parteienfinanzierung sprechen. Andererseits steht der Vorwurf von Stadtrat Ladstätter im Raum, der niemanden aufgeregt hat. Er hat klipp und klar gesagt, die öffentlichen Anlagen in Magdalen sind ein Selbstbedienungsladen für die SPÖ-Fraktion. Das wäre vielleicht auch ein Grund für Sitzungsunterbrechung, für juristisches Nachspiel usw. Aber das interessiert heute wirklich niemanden mehr. Es handelt sich trotzdem um eine äußerst unverantwortliche Vorgangsweise der schon genannten Personen im Kärntner Landtag, nämlich um eine Vorgangsweise, bei der diese Mandatäre mit öffentlichen Geldern des Landes einerseits und mit öffentlichen Geldern der Stadt Villach andererseits gegeneinander einen Rechtsstreit vom Zaum brechen, gegen alle Empfehlungen von Fachleuten. Der Rechnungshof, der sonst sehr häufig strapaziert wird, hat in seinem Schlußbericht zur Sache Magdalen einen Satz, der eindeutig lautet: Der Rechnungshof rät deutlich ab von weiteren rechtlichen Vorgangsweisen zwischen den Gebietskörperschaften, weil dabei nur öffentliches Geld am Spiel steht und keiner gewinnen kann.

Der Gemeinderat beschließt

einstimmig,

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 2.197.000,- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Die FPÖ- und die ÖVP-Fraktion schließen die Rechtskosten in der Causa Zellstoff in der Höhe von S 330.000,- von ihrer Zustimmung aus.

Pkt. 6.) Außerplanmäßige Ausgaben

Blg. 7

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 15.3.1993.

Stadtrat Ing. Truppe erklärt, daß der Standpunkt der ÖVP-Fraktion im Zusammenhang mit dem Feuerwehrzentrum in der Vergangenheit schon ausreichend fixiert worden ist. Darüber muß er sich nicht mehr ausweiten. Die ÖVP-Fraktion lehnt diese außerplanmäßigen Ausgaben ab.

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß die FPÖ-Fraktion, wie auch im Stadtsenat, diesen außerplanmäßigen Ausgaben nicht die Zustimmung geben wird.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion),

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 16,360.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher
übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 7.) 20 KV Kabelverlegung Trafostation
Kumitzweg - Trafostation Heimat,
Michael-Unterlercher-Straße -
Einräumung einer Leitungsdienst-
barkeit entlang der östlichen
Grundgrenze der Parz. Nr. 495 und
496, KG St. Ruprecht

folg. 8

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 25.2.
1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die Einräumung der Leitungsdienstbarkeit für das zu
verlegende Hochspannungskabel auf Gst. Nr. 495 und 496, KG
St. Ruprecht, zu genehmigen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt wieder
den Vorsitz.

Pkt. 8.) 20 KV Kabelverlegung Trafostation
Triglavstraße - Auenweg - Einräu-
mung einer Leitungsdienstbarkeit
entlang der südöstlichen Grund-
grenze der Parz. Nr. 202 und ent-
lang der nordöstlichen Grundgren-
ze der Parz. Nr. 202/3 und 202/1,
KG Judendorf

Blg. 9

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 25.2.
1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die Einräumung der Leitungsdienstbarkeit für das zu verle-
gende Hochspannungskabel auf Gst. Nr. 202/3 und 202/1, KG
Judendorf, zu genehmigen.

Pkt. 9.) Finanzierung Feuerwehrrzentrum
Villach - Einrichtung und immo-
bile Betriebsvorrichtungen

folg. 10

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Bau und Erhaltung vom 4.3.1993.

Gemeinderat Dr. Assmann führt aus, daß es sich bei diesem Tagesordnungspunkt wieder einmal um das Feuerwehrrzentrum handelt. Es ist etwas passiert, was von der FPÖ-Fraktion schon mehrmals angekreidet wurde. Durch das Eingreifen des Bürgermeisters, aus welchen Gründen auch immer - er behauptet, dadurch Einsparungen erzielt zu haben -, wurden Umschichtungen von Baukosten zu Einrichtungskosten notwendig. Man muß sich das einmal vorstellen. Man hat einen Vertrag mit der Leasingfirma und auf einmal muß man um S 16 Mio. mehr zahlen. Die FPÖ-Fraktion stimmt dem nicht zu.

Stadtrat Ing. Truppe will auch in diesem Punkt die Sitzung nicht verlängern. Er möchte nur erwähnen, daß die ÖVP-Fraktion schon das letzte Mal und auch im Budget darauf hingewiesen hat, daß es in dem Bereich des Feuerwehrrzentrums zu einem finanziellen Fiasko gekommen ist. Es ist ein Einbekenntnis des Referenten, wenn er in den letzten Tagen das Bauprojekt-Management vorgestellt hat, damit man künftighin die Kosten unter Kontrolle bekommt. Somit ist auch der Baureferent wachgerüttelt worden. Die ÖVP-Fraktion stimmt diesem Amtsvortrag ebenfalls nicht zu.

Der Gemeinderat beschließt - Kartagekugel-
weg - Übernahme d. sonstigen Flächen
mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion):

- 1.) Die für das Vorhaben noch erforderlichen außerplanmäßigen Kosten in Höhe von S 16,360.000,-- inkl. MWSt.
- 2.) Die gegenseitige Deckungsfähigkeit der
VAST. 5/1631/010000.8
VAST. 5/1631/020000.6
VAST. 5/1631/042000.0
VAST. 5/1631/050000.9
VAST. 5/1631/728000.1
- 3.) Die Erhöhung des Leasingvertrages von S 70,0 Mio. auf S 81,753.000,--, wobei die Änderung des Vertrages nach Vereinbarung mit der Bawag-Leasing erst nach Endabrechnung des Bauvorhabens dem Gemeinderat vorzulegen ist.
- 4.) Die Bedeckung der außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 16,360.000,-- erfolgt durch Darlehensaufnahme.

Pkt. 10.) Michaeler Straße - Mittagskogelweg - Übernahme diverser Flächen in das öffentliche Gut der Stadt Villach bzw. Auflassung von öffentlichem Gut - Ergänzung zum Amtsvortrag vom 10.12.1992

Blg. 11

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 19.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) In Ergänzung zum Gemeinderatsbeschluß vom 10.2.1993 wird auch die für das öffentliche Gut entbehrliche Teilfläche von 69 m² (Trennstück 11 gemäß Teilungsausweis GZ 5437/92) aus dem Grundstück 1099/2, KG Seebach in EZ 1367 gemäß § 19, Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als öffentliches Gut aufgelassen und kostenlos und lastenfrei der EZ 834, KG Seebach, Woger Max zugeschrieben.
- 2.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt zu Lasten des Herrn Max Woger, A.-Stifter-Straße 2, 9500 Villach.
- 3.) Die mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren übernimmt Herr Max Woger.

- 4.) Die mit der Pkt. 11.) Aufschließung südliche Pogöri-
Kosten, Steuern und Gacherstraße - Grundabtretung in-
auch das öffentliche Gut bzw. Auflas-
sung von öffentlichem Gut

folg. 12

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne
des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 24.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Um die seinerzeit vorhandene öffentliche Erschließung der Liegenschaft Pogöriacher Straße 33, welche im Zusammenhang mit der Errichtung eines 14-geschoßigen Wohnhauses in der Pogöriacherstraße unterbrochen wurde, wiederherzustellen, wird die Teilfläche von insgesamt ca. 320 m² (290 m² aus dem GSt. 1498/2 sowie 30 m² aus dem GSt. 1498/4, beide KG St. Martin) aus der EZ 805 Gemeinn. Bau-, Wohn- und Siedlungsgenossenschaft "Heimat" kostenlos und lastenfrei dem GSt. 1509 KG St. Martin in EZ 1040 zugeschrieben.
- 2.) Die für das öffentliche Gut entbehrlich werdende Teilfläche von ca. 95 m² aus dem GSt. 1509 in EZ 1040 wird gemäß § 19 Abs. 2 des Kärntner Straßengesetzes als öffentliches Gut aufgelassen und kostenlos und lastenfrei dem GSt. 1498/4 KG St. Martin in EZ 805 der Bau-genossenschaft Heimat zugeschrieben.
- 3.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt durch die Stadt Villach.

- 4.) Die mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren übernimmt die Stadt Villach.

Pkt. 12.) Anton Lindner - Rücktritt vom
Kaufvertrag und Grunderwerb

Blg. 13

Vizebürgermeister Binter berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Baudirektion vom 10.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Der Kaufvertrag vom 5.11.1992 mit dem Herr Anton Lindner das Grundstück 202/3 aus der EZ 820, KG Judendorf erworben hat, wird aufgehoben.
- 2.) Die Stadt erklärt sich bereit, das Grundstück 207/3, EZ 362, KG Judendorf mit einem Flächenausmaß von 3.087 m², gemäß Lageplan des Magistrates Villach, Vermessung vom 8.9.1992, zum Zwecke der Errichtung einer Autowerkstätte mit Verkaufs- und Ausstellungsraum an Herrn Ing. Anton Lindner, Triglavstraße 11, 9500 Villach, zu verkaufen.
- 3.) Herr Ing. Anton Lindner verpflichtet sich für sich und seine Rechtsnachfolger zur Zahlung von S 510,--/m² Kauffläche, d.h. zur Zahlung von S 510,-- x 3.087 m² = S 1.574.370,--, in Worten: eine Million fünfhundertvierundsiebzigtausenddreihundertsiebzig Schilling.

Ausdrücklich wird vereinbart, dass die allfälliger

- 4.) Der im Punkt 2.) des Vorvertrages festgestellte Kaufschilling ist wie folgt an die Stadt zu überweisen. S. 787.185,-- spätestens 30 Tage nach grundbuchsfähiger Unterfertigung des Kaufvertrages S. 262.000,-- bis spätestens 30.6.1994 S. 262.000,-- bis spätestens 30.6.1995 und den Rest bis 30.6.1996 Auf den jeweils aushaftenden Teil des Kaufpreises werden ab 1.9.1993 7 % Zinsen per anno verrechnet. Der Rest des Kaufpreises wird pfandreichtlich sichergestellt. Teillösungen können nach der jeweils eingelangten Zahlung erfolgen.

- 5.) Innerhalb eines Jahres nach Unterfertigung des Kaufvertrages hat der Käufer bzw. seine Rechtsnachfolger den Auftrag auf Bewilligung zur Errichtung der für die Betriebsstätte notwendigen baulichen Anlagen bei der Baubehörde der Stadt Villach einzureichen. Mit den Bauarbeiten ist innerhalb von sechs Monaten ab Rechtskraft des Baubewilligungsbescheides zu beginnen und die Anlagen sind innerhalb von weiteren zwei Jahren fertigzustellen. Für den Fall, daß der Käufer oder seine Rechtsnachfolger der Verpflichtung zur Bauausführung nicht entsprechen sollten, ist die Stadt Villach berechtigt, die Grundfläche im Sinne der §§ 1068 bis 1070 ABGB wieder einzulösen. Dieses Recht erlischt, wenn die Stadt Villach im gegebenen Fall nicht binnen sechs Jahren nach Unterfertigung des Kaufvertrages Gebrauch macht.

Ausdrücklich wird vereinbart, daß als allfälliger Rückkaufpreis der von dem Käufer tatsächlich bezahlte Kaufpreis, abzüglich der der Stadt Villach aus diesem Verkauf bzw. Rückkauf erwachsenen Kosten zu gelten hat.

Der Käufer bzw. seine Rechtsnachfolger ist verpflichtet, eine Veräußerung der gegenständlichen Grundfläche innerhalb von sechs Jahren nach grundbuchsfähiger Unterfertigung des Kaufvertrages zu unterlassen.

- 6.) Als Stichtag für den Übergang von Besitz und Genuß, Last und Gefahr wird der auf die beiderseitige grundbuchsfähige Unterfertigung des Kaufvertrages folgende Monatserste vereinbart.
- 7.) Der Kaufvertrag wird auf Kosten der Stadt Villach durch deren Rechtsabteilung erstellt.
- 8.) Die mit der grundbücherlichen Durchführung des Vertrages verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren trägt der Käufer allein.

Ausschuß für Pkt. 13.) Umbenennung des Fremdenverkehrs-
information genannt, werden amtes in Tourismusinformation und
daß es keinen Gegensatz des Ausschusses für Angelegenhei-
ten der Bevölkerung seien. den des Fremdenverkehrs in Aus-
schuß für Angelegenheiten des
Tourismus

Blg. 14

Stadtrat Ladstätter berichtet im Sinne des
Amtsvortrages des Fremdenverkehrsamtes vom 25.2.1993.

Gemeinderat Hinterleitner erklärt, daß die
ÖVP-Fraktion den Antrag gestellt hat, den Ausschuß in
"Tourismus und Freizeitwirtschaft" oder "Tourismus und
Freizeit" umzubenennen, da es der ÖVP-Fraktion darum ging,
damit auch zu dokumentieren, daß Tourismus mehr ist als
nur das Angebot für die Touristen zu erstellen, sondern
daß damit auch zu betrachten ist, daß alle jene Bereiche,
die Tourismus und einheimische Bevölkerung verbinden,
miteingebunden werden. Das ist im Ausschuß für Fremdenver-
kehrsangelegenheiten behandelt worden und wurde mehrheit-
lich nicht zur Kenntnis genommen. Somit wird die ÖVP-Frak-
tion dem heutigen Antrag nicht zustimmen, da der Antrag
der ÖVP-Fraktion im Ausschuß nicht befriedigend behandelt
wurde.

Gemeinderat Dr. Ertl informiert, daß im
Tourismusausschuß der Antrag der ÖVP-Fraktion beraten
worden ist, wobei die ÖVP-Fraktion den Antrag gestellt
hat, den Ausschuß in "Ausschuß für Tourismus und Frei-
zeitwirtschaft" abzuändern. Nach langer Diskussion wurde
dieser Antrag von der ÖVP-Fraktion zurückgezogen und der
vom zuständigen Stadtrat vorgelegte Antrag, nur auf "Tou-
rismus" umzutaufen, von der ÖVP-Fraktion abgelehnt. Dabei
bleibt die ÖVP-Fraktion. Sie nimmt zwar zur Kenntnis, daß
das Fremdenverkehrsamt und der Fremdenverkehrsausschuß nun

Ausschuß für Angelegenheiten des Tourismus und Tourismus-information genannt werden sollen, stellt aber auch fest, daß es keinen Gegensatz zwischen Tourismus, Freizeit und der Bevölkerung geben darf. Man spürt in manchen Gebieten, daß ein gewisser Widerstand da ist, aber andererseits der Tourismus für die Bevölkerung soviel Positives leistet, daß eine Symbiose zwischen Tourismus und der Bevölkerung erreicht werden muß. Klagenfurt hat den Ausschuß bereits in Ausschuß für Tourismus und Freizeit umgetauft. Die Stadt Villach wird ihn eben in zwei oder drei Jahren umtaufen. Positiv ist, daß auch der Referent für Tourismus bei einer Diskussion im Ausschuß zugesagt hat, daß er bereit ist, über diesen Komplex zu diskutieren und das ganze aufzubereiten. Die ÖVP-Fraktion hat diesen Umdenkungsprozeß eingeleitet und würde sich freuen, wenn es in einem Jahr dann heißen wird "Ausschuß für Angelegenheiten des Tourismus und Freizeit".

Stadtrat Ladstätter stellt fest, daß die Wortmeldung von Gemeinderat Hinterleitner für ihn etwas überraschend ist, da heute die ÖVP-Fraktion auch im Stadtsenat diesem seinem Amtsvortrag die Zustimmung gegeben hat. Es gab im Ausschuß für Tourismus eine eingehende Diskussion darüber, warum der Ausschuß nur als Tourismusausschuß geführt werden soll. Er möchte es nur ganz kurz erklären. Es gibt bereits jetzt mit dem Fremdenverkehr in gewissen Dingen, beispielsweise mit dem Sport, Berührungspunkte, bei denen man nicht genau auseinanderhalten kann, ob es sich um eine touristisch wertvolle oder eine rein sportliche Veranstaltung handelt. Wenn man nun den Ausschuß für Tourismus auch noch mit Freizeit in Verbindung bringt, sieht er aus seiner Sicht als Referent größte Schwierigkeiten, weil es dann überhaupt keine Grenzen gibt. Die ÖVP-Fraktion hat im Tourismusausschuß diesen ihren Antrag zurückgezogen und der Amtsvortrag wurde dann

einstimmig beschlossen. Er hat auch im Tourismusausschuß, das ist auf Seite 19 des Protokolles nachzulesen, sinngemäß gesagt: "Dazu teile ich mit, daß der vorhandene Amtsvortrag nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde. Er sei in Ordnung, die Beamten hätten ihn unterschrieben. Bei einer Umbenennung würde es nicht bei den gleichen Aufgaben bleiben. Man könnte über eine Ergänzung durch "Freizeit" sicherlich wieder einmal sprechen. Um eine einheitliche Sprachregelung zu finden, werden alle Büros usw. in Tourismusinformation umgenannt." Er bleibt natürlich weiterhin dabei, daß er gesprächsbereit ist, hält weitere Diskussionen jedoch für unbedingt notwendig. Es ist heute schon schwierig abzuwägen, ob der Tourismus bei infrastrukturellen Einrichtungen dazuzahlen soll. Ebenso schwierig ist es zu bestimmen, wo die Freizeit beginnt und wo sie endet. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß der Ausschuß vor allem inhaltlich, und das ist das entscheidende, nicht mehr gleich sein wird. Dazu haben die Hausjuristen erklärt, daß der Ausschuß inhaltlich die gleichen Aufgaben haben muß. Wenn man jetzt Freizeit hineinbringt, hat man nicht mehr inhaltlich die gleichen Aufgaben. Es ist schon aus rechtlicher Sicht nicht vertretbar, daß man den Ausschuß für Fremdenverkehr "Ausschuß für Tourismus und Freizeit" nennt.

Gemeinderat Dr. Ertl stellt fest, daß nach seinem Wissensstand die ÖVP-Fraktion im Ausschuß für Angelegenheiten des Tourismus dem Antrag des Referenten nicht zugestimmt hat. Daher gibt die ÖVP-Fraktion auch heute diesem Antrag nicht die Zustimmung.

Der Gemeinderat beschließt
mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der ÖVP- und der VIG-Fraktion),

die Umbenennung des Fremdenverkehrsamtes in Büro für Tourismus und des Ausschusses für Angelegenheiten des Fremdenverkehrs in Ausschuß für Angelegenheiten des Tourismus zu genehmigen, wobei die Bezeichnungen wie folgt geändert werden:

Fremdenverkehrsamt	- Büro für Tourismus
die Außenstellen	- Tourismusinformationen
der Ausschuß	- Ausschuß für Angelegenheiten des Tourismus
der Referent	- Tourismusreferent
der Kurdirektor	- Tourismusdirektor

legte der Stadtpkt. 14.) Antrag der FPÖ-Gemeinderats- bei
den gemeindeeigenen Objekten - Privatisierung des und
die Umrüstungskosten vom Städtischen Gaswerkes

folgt. 15

Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Wirtschaftsverwaltung vom 3.2.1993.

Gemeinderat Ing. Andronik führt aus, daß
die unendliche Geschichte Gaswerk Villach 1982 begonnen
hat. Damals war man bereit, mit der KELAG eine
Vereinbarung zu treffen, um irgendetwas mit dem Erdgas
zu machen. 1984 wurde Dipl.-Ing. Gradischnig beauftragt,
eine Energiestudie für Villach anzufertigen. Am 15.11.1984
wurde diese Studie vorgelegt und sah eine zweischienige
Versorgung für Villach vor - die Fernwärme und das Erdgas.
Die Fernwärme sollte auf Rindenbasis auf den ehemaligen
Schnabel-Gründen erzeugt werden. Diese Variante wurde aber
von der Stadt aus folgenden Gründen nicht mehr weiter ver-
folgt: 1.) keine Erfahrungswerte, 2.) der Gutachter steht
in Verbindung mit den Wärmebetrieben und 3.) Erfahrungs-
werte aus anderen Städten sollen abgewartet werden. Über
dieses Ergebnis hat man die KELAG am 7.12.1984 informiert.
In der KELAG saßen damals bekannte Magdalen-Sanierer. In
der Zwischenzeit rückte der Gemeinderatswahltermin immer
näher und so hatte die SPÖ-Fraktion eine geniale Idee. In
einer Sonntagszeitung war Gemeinderat, damals noch Stadt-
rat, Haslinger auf der Titelseite: Villach wird auf Erdgas
umstellen. Das war knapp vor den Gemeinderatswahlen. Am
13.5.1985 wurden drei Varianten einer möglichen Übernahme
des Gaswerkes durch die KELAG festgelegt. Für das Gaswerk
sollten am 4.7.1985 S 32,5 Mio. von der KELAG gezahlt
werden, und zwar für den Hochdruckteil. Am 10.9.1985 wurde
eine mögliche Marktaufteilung KELAG und Fernwärme verhan-
delt. Dabei wurde eine Unternehmensbewertung des Gaswerkes
mit S 29,9 Mio. durch die KELAG bekanntgegeben. Die WBG

legte der Stadt jedoch ein Angebot vor, wonach sie bei den gemeindeeigenen Objekten auf die Anschlußkosten und die Umrüstkosten verzichtet. Das war auch Thema eines Berichtes des Rechnungshofes zum Magdalen-Fall. Ebenso ist die WBG zu einer einmaligen Zahlung von S 10 Mio. bereit plus, auf zehn Jahre begrenzt, S 1,2 Mio. jährlich zu zahlen, also zusammen S 22 Mio.. Wenn man die Anschlußleistung der gemeindeeigenen Objekte miteinbezieht und das hochrechnet, sind das insgesamt S 22 Mio. plus noch einmal S 20 Mio., somit ca. S 40 Mio. oder S 44 Mio., die man seinerzeit beschlossen hat. Am 22.10.1985 bietet plötzlich die KELAG für das Gaswerk, nachdem vorher die WBG ein Sonderangebot gemacht hat, nur mehr S 7,6 Mio.. Wenn man weiß, welche Leute im KELAG-Vorstand vertreten waren, gleichzeitig aber auch Magdalen saniert werden mußte, weiß man auch, warum dieses Angebot der KELAG gekommen ist. Bürgermeister Hofrat Dr. Hrazdil hat dieses Angebot der KELAG am 26.11.1985 abgelehnt. Im Gemeinderat wurde am 31.1.1986 der Beschluß gefaßt, die Fernwärme im Stadtgebiet Villach zu genehmigen. Am 10.11.1987 ersuchte die KELAG um Einräumung der Leitungsrechte und bot plötzlich wieder S 20 Mio.. Das war für die Stadt zu gering, da man mit der WBG ins reine gekommen war. Am 27.12.1988 wird der Wunsch nach Leitungsrechten für die KELAG plötzlich wieder von der Stadt anerkannt, die Rechte der Fernwärme müssen aber berücksichtigt werden. Diese Rechte sehen so aus, daß dort, wo Leitungen verlegt werden, die Fernwärme alles anschließen kann. Will das Gaswerk aber Objekte anschließen, wobei die Gasleitungen schon jahrzehntelang in der Straße liegen, muß die Fernwärme bei mehr als 15 kW Anschlußleistung ihre Zustimmung geben. Das ist der Punkt. Das heißt, man hat zum Nachteil des Villacher Gaswerkes die Verträge mit der WBG abgeschlossen. Nachdem es zu einer Änderung im KELAG-Vorstand gekommen ist, hat diese mit der Stadt am 21.6.1989 folgenden Vertrag abgeschlossen: "Die Stadt Vil-

lach übernimmt mindestens 600.000 Kubikmeter Erdgas und das Gaswerk wird statt Butan S auf Erdgas umgestellt. Die KELAG verzichtet auf Anschlüsse im Versorgungsgebiet des Gaswerkes. Die Gastarife sollen aufeinander abgestimmt werden." Plötzlich ist die KELAG bereit, S 30 Mio. für das Gaswerk zu bezahlen, und zwar für die Sanierung. Die S 30 Mio. sind weg, es ist noch nicht fertig saniert. Wie es mit der Kundenakquisition ausschauen wird, das weiß man noch nicht. Gleichzeitig hat sich die KELAG auch ein Vorkaufsrecht herausbedungen. 1985 war man bereit, mit der KELAG Verhandlungen zu führen, 1989 wird abgeschlossen und gleichzeitig ein Vorkaufsrecht mit der KELAG vereinbart. Das heißt, die Stadtverantwortlichen haben seinerzeit schon gewußt, daß man das Gaswerk irgendwann einmal der KELAG übergeben wird.

Frau Gemeinderätin Rettl stellt fest, daß über den Privatisierungsantrag der FPÖ-Fraktion im Ausschuß schon eingehend diskutiert wurde. Leider gibt es darüber keine Unterlagen, da eigentümlicherweise das Tonbandgerät ausgefallen ist. Gemeinderat Ing. Andronik hat bereits begonnen, die unendliche Geschichte zu erklären. Sie möchte weitergehen und sich zunächst für das Statistische Jahrbuch bedanken, das den Mitgliedern des Gemeinderates heute zugegangen ist. In diesem Jahrbuch sind einige ganz neue Informationen enthalten, die sie auf ihre Anfragen hin nicht erfahren konnte. Beim Gasnetz sind von 1982 bis 1992 eigenartigerweise 188 Gaskunden verlorengegangen, aus welchen Gründen auch immer. Dafür hat sich der Gasverlust verachtfacht. Das ist aus der Statistik ersichtlich. Eigentümlicherweise hat sich die Länge des Rohrnetzes auch um etwa 10 % verkürzt. Entweder stimmt das Jahrbuch nicht oder sie hat falsch gelesen. Einer der Gründe für den Antrag der FPÖ-Fraktion ist beispielsweise die Anschlußleistung. Von 1987 bis 1992 gab es de facto

neun Mehranschlüsse. Das waren zehn Jahre lange Bemühungen der Sozialistischen Unternehmenspolitik im Zusammenspiel mit einer offensichtlich hoffnungslos überforderten Betriebsleitung. Wenn man von den technischen und kaufmännischen Fehlentscheidungen absieht, dann bleibt noch die Personalführung im Gaswerk übrig. Dort herrscht nur mehr Ruhe durch Angst. Wenn man heute ins Gaswerk geht und die Leute befragt, wie es ihnen dort geht, dann herrscht nur mehr eisernes Schweigen. Die Fluktuation im Personal ist ungefähr so, wie im Etablissement nebenan. Mit den minimalen Bilanzgewinnen, mit denen man sich brüstet, kann sie sich ebenfalls nicht anfreunden, denn wenn man im Jahr 1983 einen Bilanzgewinn von S 3,7 Mio. bei 1.496 Abnehmern ausweist, im Jahr 1984 nur mehr S 620.000,-- bei 1.430 Abnehmern und bei 1.349 Abnehmern im Jahr 1986 plötzlich auf S 240.000,-- Bilanzgewinn absackt, dann kann man nicht davon reden, daß der Betrieb ordentlich geführt wird. Da stimmt irgendetwas nicht. Ein privater Unternehmer könnte sich das unter Garantie nicht leisten. Das sind einige der Gründe, warum die FPÖ-Fraktion die Privatisierung noch immer verlangt. Die FPÖ-Fraktion ist auch der Meinung, daß das Unternehmen Gaswerk nicht in der Lage ist, den Wünschen der Kunden nachzukommen. Es ist ein eklatanter Personalmangel zu bemerken. Wie sie heute endlich nach langem Warten erfahren konnte, gibt es bereits 200 Anmeldungen für das Gebiet außerhalb des momentanen Versorgungsbereiches. Wann diese Kunden angeschlossen werden, kann man ihnen sicher nicht sagen, da man nicht weiß, wann dort die Leitungen hinverlegt werden, nachdem die S 30 Mio. von der KELAG bereits verplempert sind und die Gaskunden, die an der Versorgungsleitung liegen, wahrscheinlich auch nicht angeschlossen werden können. Sie konnte nur nicht erfahren, wieviele das sind, da es zu einem Hürdenlauf ausartet, wenn man in dieser Stadt oder im Gaswerk Auskünfte haben will. Man muß wahrscheinlich Anträge stellen, um ei-

nen Antrag zu bekommen, damit man einen Antrag auf Erteilung einer Auskunft ausfüllen darf. Es werden offensichtlich sämtliche Informationen zurückgehalten. Ihr kommt die Wirtschaftsverwaltung schon vor wie der heilige Gral, der in der Mitte irgendein Geheimnis hat, das die FPÖ-Fraktion nichts angeht. Auf jeden Fall ist das Unternehmen ein einziges Chaos, was schon dadurch bewiesen wird, daß das Kontrollamt leider nicht weiterprüfen kann. Im Oktober 1991 wurde der Antrag dazu gestellt und der Leiter des Unternehmens Gaswerk tröstet jetzt noch einmal bis August 1993 hinaus. Vielleicht gibt es dann einen Kontrollamtsbericht und dann kann man entscheiden, was mit dem Gaswerk weiter passiert. Vorher ist es leider ein tiefes Geheimnis, das wahrscheinlich nur der SPÖ-Fraktion bekannt ist.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß es zu weit gehen würde, jetzt alles im Detail zu erklären, da die Dinge etwas aus dem Zusammenhang gerissen sind. Es läßt sich sicher die Entwicklung vom Jahr 1987 mit dem Jahr 1992 überhaupt nicht vergleichen, da in der Zwischenzeit Beschlüsse gefaßt wurden, die eher auf ein Auslaufen des Gaswerkes hinausgegangen sind. Weiters hat es die Umstellung vom ursprünglichen Stadtgas auf das Erdgas gegeben, wofür auch die entsprechenden Investitionen notwendig waren. Tatsache ist, daß es seit der Umstellung von Stadtgas auf Erdgas wieder zu einem massiven Ansteigen der Gasabnahme gekommen ist. Es ist nicht so entscheidend, wieviele Gasabnehmer man hat, sondern es ist auch wichtig, welche Gasabnehmer sich anschließen. Es ist zu berichten, daß der Gasverkauf seit dem Jahr 1989 vor der Umstellung - die ist 1990 erfolgt - von 8,8 Mio. Kubikmeter in der Zwischenzeit auf 13,5 Mio. Kubikmeter, also um über 50 %, angestiegen ist. Es ist ganz besonders hervorzuheben, und das ist für die Stadt von Bedeutung, daß der saubere Energieträger Gas, der sicher auch seine Umweltprobleme

hat, speziell von Großkunden aufgenommen wurde, hier im besonderen von der Villacher Brauerei. Mit diesen Großkunden gemeinsam wurden mit Ende 1992 fast 30 Mio. Kubikmeter Gas abgesetzt. Das trägt wesentlich dazu bei, daß sich die Villacher Luft verbessert hat. Das kann nur im Interesse aller sein. Die Entwicklung, wie sie sich jetzt auch für das Jahr 1993 abzeichnet, ist durchaus positiv, da ein weiterer Großabnehmer aufgenommen werden konnte. Es konnten Verträge mit der KMF unter Dach und Fach gebracht werden. Speziell von der FPÖ-Fraktion wurde vor einiger Zeit die Umweltproblematik dort angezogen. Aus diesem Grund ist er der Meinung, daß das durchaus sehr positive Ergebnisse sind. Er findet es nicht richtig, daß man ständig von Kriminalisierung und davon, daß man im Gaswerk ein schlechtes Betriebsklima hat, spricht. Er würde meinen, daß man den Mitarbeitern dort die entsprechende Chance gibt. Die Mitarbeiter haben damals, als der Vertrag mit der KELAG abgeschlossen wurde, genausowenig davon gewußt wie alle anderen, daß die FPÖ-Fraktion jetzt einen Antrag auf Privatisierung stellen wird und damit das Vorkaufsrecht zum Tragen käme. Die ÖVP-Fraktion ist dagegen, daß das der Fall ist. Daher ist der Vorwurf in diese Richtung nicht gerechtfertigt. Man sollte dem Gaswerk eher, damit die Kapitalstruktur in Ordnung kommt, eine entsprechende Kapitalzufuhr geben. Das würde dem Gaswerk nützen und würde vor allem einen rascheren Ausbau ermöglichen.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

Der selbständige Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Privatisierung des Städtischen Gaswerkes wird abgelehnt.

Pkt. 15.) Wasservorkommen Karawankentunnel
Sportausschuß nicht möglich - Vereinbarung Land Kärnten und
vorgelegt zu Beschluss Stadt Villach daß durch

Blg. 16

Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Wirtschaftsverwaltung/des Gas- und Was-
serwerkes vom 8.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die beiliegende Vereinbarung mit dem Land Kärnten betref-
fend Wasservorkommen im Karawankentunnel zu genehmigen.

Pkt. 16.) Grundsatzbeschuß betreffend den
Beitritt der Stadt Villach zum
Verein Nordisches Schisportzen-
trum Süd Villach-Möltschach

Blg. 17

Stadtrat Dr. Clar berichtet im Sinne des
Amtsvortrages des Rechtsamtes vom 2.3.1993.

Stadtrat Pacher führt an, daß die ÖVP-Frak-
tion nicht grundsätzlich gegen diesen Vorschlag ist. Da
sich jedoch das geplante Wintersportzentrum, das Nordische
Zentrum, im unmittelbaren Einzugsbereich der Quellen von
Möltschach befindet, war einer der dringlichen Wünsche der
ÖVP-Fraktion, zumindest ein Vorprojekt für dieses geplante
Projekt vorgelegt zu bekommen. Es war jedoch trotz

eifrigen Besuches des Sportausschusses auch im letzten Sportausschuß nicht möglich, ein entsprechendes Vorprojekt vorgelegt zu bekommen. Er ist der Meinung, daß durch den Beitritt der Stadt Villach zu einem derartigen Verein natürlich auch ein massives Bekenntnis zur Realisierung des geplanten Nordischen Zentrums erfolgen würde. Die ÖVP-Fraktion wartet nach wie vor auf ein Projekt, das eine gewisse Beurteilung zuläßt. Da dies bis heute nicht vorliegt, sehen sich die Mitglieder der ÖVP-Fraktion derzeit nicht in der Lage, diesem Beitritt zuzustimmen, was aber nicht heißt, daß das Zentrum von der ÖVP-Fraktion nicht mitgetragen wird.

Gemeinderat Mag. Burian hat sich ebenfalls gewundert, als er diesen Amtsvortrag gelesen hat. Der letzte Amtsvortrag hat die Sicherung des Karawankenwassers behandelt. Diese Vorgangsweise ist sehr positiv. Vor kurzer Zeit mußte die Stadt Villach eine Quelle sperren, da die Qualität des Wassers so schlecht ist. Es war eine sinnvolle Maßnahme, diese Quelle zu schließen. Er findet es erstaunlich, wenn man jetzt einfach so tut, als ob nichts geschehen wäre und man auf die Quelle verzichten kann. Nun hört man von einigen Maßnahmen im Zuge des vorliegenden Projektes. Man spricht von einer Modernisierung der Schanze, die dem FIS-Standard entsprechen soll. In einem zweiten Projekt liest man von einem Schistadion, wobei nicht klar ist, was das heißen soll. Er hat noch keine Unterlagen darüber gesehen. Ein drittes Projekt, von dem die Rede ist, ist eine beleuchtete Schirollerlanglaufstrecke. Das alles soll ohne konkretes Vorprojekt und ohne konkrete Voruntersuchung durch die Wasserrechtsabteilung entschieden werden. Was heißt das für diese Quelle? Er ist der Meinung, daß ein Nordisches Zentrum für Kärnten auf Grund der Erfolge der Schispringer usw. wichtig ist. Die Frage ist, ob der Standort geeignet ist. Auf diese Frage gibt es

keine Antwort. Scheinbar gibt es ein Vorprojekt von Dipl.-Ing. Traninger, das nicht vorgelegt wird. Der Gemeinderat soll heute abstimmen, ohne das Vorprojekt jemals gesehen zu haben. Es wird mehr oder weniger Druck für dieses Nordische Zentrum erzeugt, ohne irgendwelche Grundlagen zur Verfügung zu stellen. Das ist nicht möglich. Es muß zuerst ein Vorgutachten darüber vorgelegt werden, ob das Projekt tragbar ist, und dann kann man darüber abstimmen. Die VIG-Fraktion gibt heute ebenfalls nicht ihre Zustimmung zu diesem Amtsvortrag. Bedenklich scheint ihm das Projekt auch aus zwei weiteren Gründen, nicht nur vom Wasser her. In Pogöriach hat es einen Schilift gegeben, der zusperren mußte, da seit Jahren dort kein Schnee mehr liegt. Früher hat man dort langlaufen können. Seit Jahren kann man dort diesen Sport nicht mehr ausüben, da wegen der geringen Schneemenge keine Loipen mehr zu ziehen sind. Genau dorthin will man das Nordische Zentrum stellen. Man wird auf der Schischanze mehr oder weniger einen Ganzjahres-Sommerbetrieb durchführen müssen. Es stellt sich die Frage, ob das sinnvoll ist. Es muß vor der Abstimmung zumindest eine Grobstudie vorgelegt werden. Weiters scheint ihm die Schirollerlanglaufstrecke vom Landschaftsbild her äußerst problematisch. Man baut dort einfach ein Asphaltband mitten in die Felder hinein. Das ist problematisch, da es in einem Gebiet geschehen soll, das noch Wasserschongebiet ist. Auch hier wäre eine Untersuchung vom Landschaftsbild her notwendig. Die VIG-Fraktion gibt diesem Amtsvortrag heute keinesfalls ihre Zustimmung.

Gemeinderat Major Skedl kann sich in einem seinen Vorrednern anschließen. Im letzten Satz des Amtsvortrages ist von einer "prinzipiellen Zustimmung zum Projekt Nordisches Zentrum Mölttschach" die Rede. Der Gemeinderat soll über etwas abstimmen, von dem er nicht weiß: Wird eine Schanze gebaut, werden zwei Schanzen gebaut, werden

drei Schanzen gebaut? In welcher Größenordnung werden die Schanzen gebaut? Wie wird die Rollerstrecke ausschauen? Werden weitere Loipen dazugebaut? Wenn man heute bei der Diskussion um Olympia Frau Bundesrätin Schaumberger gesehen hat, die wie die heilige Johanna gegen die Vermarktung der Äcker durch den Sport aufgetreten ist, dann stellt sich jetzt die Frage, wo die heilige Johanna nun bleibt. Gemeinderat Mag. Raup hat für Villach prognostiziert, daß es überhaupt keinen Schnee mehr geben wird. Ist Frau Holle Schispringerin und läßt es dann für Mölttschach extra schneien? Alle diese Dinge sind vollkommen ungeklärt. Die Mitglieder des Gemeinderates sollen ihre prinzipielle Zustimmung dazu geben, daß ein Verein gegründet wird, der drei Jahre arbeitet, um dieses Projekt durchzubringen. In drei Jahren wird es dann heißen: "Jetzt haben wir schon so viel Geld ausgegeben für diesen Verein". Er würde vorschlagen, daß es, so wie bei Olympia, zuerst ein Projekt geben soll. Wenn das Projekt dann am Tisch ist, kann sich der Gemeinderat prinzipiell unterhalten. Das einzige, was bekannt ist, ist, daß das Projekt S 60 Mio. kostet. Wieviel davon auf die Stadt Villach entfällt, ist ebenfalls nicht bekannt. Nach Auskunft des Landesschiverbandes hat Kärnten derzeit 60 aktive Schispringer. Somit kommt auf einen Schispringer S 1 Mio.. Es sollte vor der Abstimmung nähere Informationen geben.

Gemeinderat Spitzer führt aus, daß im Sportausschuß über diesen Tagesordnungspunkt beraten worden ist. Wenn er es richtig verstanden hat, soll die Stadt Villach dem Verein zur Eruiierung der weiteren Vorgangsweise beitreten. Er hat bereits im Sportausschuß dezidiert ausgeführt, daß er sich vorstellen könnte, daß ein Verein die ökologische Frage, den Grundverkauf, den Umweltschutz, das Wasserrecht usw. klärt. Erst wenn die Klärung dieser Fragen auf dem Tisch liegt, kann man darüber

beraten. Es geschieht nun dasselbe, wie bei der Debatte um Olympia 2002. Es wurde viel davon gesprochen, viele waren aus touristischer und werblicher Sicht dafür. Plötzlich kam ein Umschwung in der Bevölkerung und nun ist auch der Gemeinderat dagegen. Der Verein soll den Verantwortlichen der Stadt alles Wissenswerte betreffend Wasserrecht, Umweltschutz und Grunderwerb auf den Tisch legen und dann wird der Gemeinderat darüber beraten. Sollte das, was von den Fachleuten dann vorgebracht wird, zum Nachteil der Villacher Bevölkerung sein, so wird es sicherlich auch von seiner Seite ein "Nein" geben.

Stadtrat Ing. Klamt hat sich heute bereits bei der Olympia-Diskussion kurz in die Problematik Dobratsch eingeschaltet. Die Stadt Villach hat eine Wasserschongebietsverordnung. Seines Wissens nach liegt das nordische Zentrum nicht in der Kernzone. Es ist in dieser Richtung ein Handlungsbedarf gegeben. Es muß ganz klar abgegrenzt werden, was man mit dem Dobratsch vorhat: ob man in Richtung sanften Tourismus geht, ob man ausbauen kann oder nicht - nach der Wasserschongebietsverordnung scheint es nicht so -, ob ein nordisches Zentrum möglich ist. Es kann nicht so sein, daß man sich jetzt schon grundsätzlich für ein nordisches Zentrum aussprechen soll und dafür, daß ein Verein gegründet werden soll, wenn das Projekt nicht ganz klar und deutlich im Gemeinderat vorgestellt wird. So kann es in dieser Stadt nicht weitergehen. Es sind alle Stellen, und besonders Bürgermeister Manzenreiter, aufgerufen, eine klare Sprache zu sprechen. Er findet diese Umwege, die man jetzt immer über Vereine geht, nicht in Ordnung.

Gemeinderat Haslinger hat den Eindruck, nicht in der richtigen Sitzung zu sein, da hier über Projekte gesprochen wird, die verwirklicht oder nicht

verwirklicht werden sollen. Der Tagesordnungspunkt lautet: Grundsatzbeschluß betreffend den Beitritt der Stadt Villach zum Verein Nordisches Schisportzentrum Süd Villach-Möltschach. Er muß mit Befriedigung feststellen, daß sich hier im Gegensatz zu Olympia 2002 aktive Leute zusammengefunden haben, einen Verein gegründet haben und ein Projekt verwirklichen wollen. Es wäre völlig verfehlt, wenn sich die Stadt diesem Verein nicht anschließen würde oder dem Verein keine Unterstützung zukommen lassen würde, da mit der Mitwirkung der Stadt Villach in diesem Verein alle jene Frage geklärt werden, die viele Mitglieder des Gemeinderates jetzt bereits geklärt haben wollen. Wenn die Stadt Villach nicht in diesem Verein ist, werden andere tätig werden, die unter Umständen Forderungen stellen, die unerfüllbar sind. Wenn man dort jedoch mitarbeitet und Einfluß seitens der Stadt nimmt, wird man einige Dinge, die vielleicht wirklich unerfüllbar sein werden, ausräumen können. Die Quelle Möltschach wurde zitiert. Es ist nicht beabsichtigt, die Quelle Möltschach für immer und ewig aus der Wasserversorgung auszuschließen. Er kann sich jedoch vorstellen, daß man auf Grund der Pestizidverordnung diese Quelle beobachten muß. Es ist wirklich nicht zumutbar, daß man, wenn man in anderen Bereichen genug einwandfreies Wasser zur Verfügung hat, bewußt der Villacher Bevölkerung Wasser zur Verfügung stellt, das der Pestizidverordnung nicht entspricht. Der Bürgermeister hat das einzig richtige gemacht, nämlich die Stilllegung der Quelle veranlaßt. Das war das einzig richtige, das in dieser Situation geschehen konnte. Er bittet die Mitglieder des Gemeinderates, sich noch einmal zu überlegen: Wenn die Stadt Villach dem Verein Nordisches Schiszentrum nicht beiträgt, begibt sie sich der Chance, von Anfang an an dem Projekt mitzuarbeiten, wie auch an allen anderen Verfahren, die ohnehin noch behördlich durchgeführt werden müssen. Das bittet er jene zu überlegen, die gegen den Beitritt zum Verein sind.

schafts der Bundesstaatlichen Unter- und Bezirksbehörden liegen-
furt vom 13. 17. Gemeinderat Major Skedl bittet Gemeinde-
rat Haslinger, da dieser sich jetzt die Frage gestellt
hat, ob er in der richtigen Sitzung ist, den letzten Satz
des Amtsvortrages zu lesen: "Weiters wird der Errichtung
des Nordischen Schisportzentrums in Villach die grund-
sätzliche Zustimmung erteilt." Er ist nach wie vor der
Meinung, daß man einem Projekt, das man nicht kennt, nicht
seine grundsätzliche Zustimmung geben kann. Er wiederholt
noch einmal, daß auch die FPÖ-Fraktion nicht gegen das
Projekt ist, sondern es nur zuerst kennenlernen möchte.

Gemeinderat Spitzer hat nur einen Satz vor-
hin vergessen. Auch ihn hat in diesem Antrag etwas
gestört. Im letzten Satz ist die Zustimmung zum Nordischen
Schizentrum enthalten. Es wurde jedoch dauernd nur vom
Beitritt zum Verein gesprochen. Er möchte grundsätzlich
nur die Zustimmung zum Verein und nicht zum Schizentrum
geben und stellt den Antrag, den letzten Satz aus dem vor-
liegenden Antrag zu streichen, damit nicht doppelgleisig
gefahren wird. Der Antrag darf nur den Verein betreffen,
alles andere ist für ihn nicht gegeben. Es müssen zuerst
alle anderen Fragen geklärt werden.

Gemeinderat Ing. Andronik möchte, wenn Ge-
meinderat Haslinger die Leistungen des Bürgermeisters
zitiert und anführt, daß die Entscheidung richtig war, aus
dem Kontrollamtsbericht zitieren. Das Kontrollamt hat die-
se Vorgangsweise überprüft und ist zu folgender Feststel-
lung gekommen.: Gemäß dem Österreichischen Lebensmittel-
buch, Kapitel Trinwasser, Pkt. 60, ist für dem Wasserrecht
unterliegende Wasserversorgungsanlagen einmal jährlich
eine chemische und physikalische Routineuntersuchung und
eine bakteriologische Volluntersuchung durchzuführen. Die
Entnahme der Proben erfolgt durch IC/G. Auf Grund des Gut-

achtens der Bundesstaatlichen Untersuchungsanstalt Klagenfurt vom 15.10.1991 war vom bakteriologischen und chemischen Standpunkt aus das Wasser der Quelle als Trinkwasser geeignet. IC/G hat am 19.2.1992 das Quellwasser aber als Trinkwasser, jedoch nicht für Babys geeignet, beurteilt. Das Quellwasser dieser Quelle entspricht derzeit den Bestimmungen der Trinkwassernitratverordnung und der Trinkwasserpestizidverordnung, und zwar bis zum 30.6.1999, das Nitrat und Atrazin bis 1.7.1995. Das heißt, zum damaligen Zeitpunkt entsprach das Wasser den Verordnungen. Die Mehrheitsfraktion hat die Quelle Mölttschach deshalb geschlossen, weil sie das Nordische Zentrum durchdrücken will. Das ist der Grund für die Schließung gewesen.

Bürgermeister Manzenreiter möchte dazu kurz etwas bemerken. Die Einleitung des Trinkwassers der Quelle Mölttschach in das Wasserleitungssystem der Stadt Villach ist deshalb von ihm gestoppt worden, weil nicht einzusehen ist, daß in der Fellach 40 % des vorhandenen Trinkwassers, das qualitativ hochwertig ist, in den Überlauf gegeben werden.

Stadtrat Dr. Clar findet es eigenartig, daß die Mitglieder der FPÖ- und der ÖVP-Fraktion zuerst erklären, daß sie grundsätzlich für das Zentrum sind, dann aber das grundsätzliche wieder herausgestrichen haben wollen. Der Satz kann natürlich aus dem Antrag gestrichen werden. Es tut ihm leid, daß er sich nicht die Mühe gemacht hat, den Amtsvortrag von vornherein vorzulesen. Stadtrat Pacher war im Sportausschuß, hat jedoch scheinbar nicht sonderlich aufgepaßt. Gemeinderat Mag. Burian war nicht im Sportausschuß, daher kennt er die Zusammenhänge leider nicht. Es geht um folgendes: Seitens des Landes Kärnten sowie seitens des Landesschiverbandes besteht schon seit längerer Zeit die Absicht, das Schistadion Vil-

lach-Mölttschach in ein österreichweit benutztes Nordisches Schisportzentrum Süd auszubauen. Es handelt sich um einen Wunsch und ein Bestreben des Landes und des Bundes. Aus diesem Grund ist die Rechnung von Gemeinderat Major Skedl, mit 60 Schispringern und daß auf jeden eine Million kommt, nicht richtig. Gemeinderat Major Skedl hat doch im Sportausschuß aufgepaßt. Jetzt kann dieser ihm nicht erzählen, daß er nicht verstanden hat, daß es sich um ein Bundes- und Landeszentrum handelt, in das aus dem gesamten Bundes- und Landesgebiet die Schispringer kommen, und nicht nur die Villacher. Oder war das so schwer? Hat er sich so schlecht ausgedrückt? Der wesentliche Punkt ist jedoch, daß der Gegenstand dieses Antrages lediglich der Beschluß der Stadt Villach ist, dem zu gründenden Verein Nordisches Schisportzentrum Süd Villach-Mölttschach beizutreten und gleichzeitig den Beschluß zu fassen, falls die dafür erforderlichen behördlichen Bewilligungen erteilt werden, die schon in verschiedenen Wortmeldungen angeführt worden sind, im Rahmen des Vereins und im Rahmen der mit Bund und Land Kärnten zu schließenden Vereinbarungen über die Kostentragung, die Errichtung und in späterer Folge den Betrieb des Schisportzentrums zu bewirken. Festgestellt wird, daß nach Klärung sämtlicher noch offener Fragen, insbesondere nach Erhalt aller behördlichen Bewilligungen und damit Vorliegen des endgültigen Bauprojektes, dieses zur endgültigen Beschlußfassung nochmals dem Gemeinderat der Stadt Villach bzw. den vorberatenden Kollegialorganen zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Deutlicher kann man wirklich nicht mehr ausdrücken, daß die Stadt Villach jetzt einem Verein beitreten soll. Dieser Verein, dem der Österreichische Schiverband, der Landesschiverband Kärnten, das Land Kärnten, die Stadt Villach und eine Arbeitsgemeinschaft aus den betroffenen Vereinen ASKÖ Villach und Schiläufervereinigung angehören, ist der Antragsteller, der sich betreffend das Wasserrecht an Stadtrat Pacher

und betreffend die Ökologie an den Umweltstadtrat wendet. Diese Auskünfte soll der Verein sammeln. Einen Sitz in diesem Verein hat die Stadt Villach. Es ist ein großer Vorteil, das ist in den Vereinsstatuten enthalten, daß die Beschlüsse mit finanziellen Auswirkungen zu ihrer Wirksamkeit der Einstimmigkeit bedürfen. Die Stadt Villach kann dort dagegenstimmen, wenn der Verein oder Organisationen überdimensionale Forderungen im Rahmen von Schanzen etc. stellen. Damit ist die Sache für die Stadt Villach praktisch erledigt. Die Fragen der Grundablösen, Kauf, Pachtung, der Servitutsrechte, muß irgendjemand lösen. Oder sollen nun wieder fünf oder zehn Jahre vergehen? Es ist ohnehin schon einige Zeit verstrichen. Der Gemeinderat beschließt heute nichts anderes, als einem Verein beizutreten, der diese Dinge zu regeln und zu klären hat. Es wird dann im Sportausschuß, Stadtsenat und Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. Er bittet nochmals um eine positive Beschlußfassung.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß ein Abänderungsantrag von Gemeinderat Spitzer vorliegt. Der letzte Satz des Antrages, und zwar "Weiters wird der Errichtung des Nordischen Schisportzentrums in Villach die grundsätzliche Zustimmung erteilt", soll gestrichen werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

dem Abänderungsantrag der VLT-Fraktion, den Satz "Weiters wird der Errichtung des Nordischen Schisportzentrums in Villach die grundsätzliche Zustimmung erteilt" aus dem Antrag zu streichen, zuzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt, Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß sie nicht den gesamten Familien-Teil vorgelesen mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-, ÖVP-, VIG- und VLT-Fraktion, Stimmenthaltung von Gemeinderat Mag. Herwig Burian):

Die Stadt Villach tritt dem Verein Nordisches Schisportzentrum Süd Villach-Möltschach bei, nach Maßgabe der dem Amtsvortrag beigelegten Statuten.

Pkt. 17.) Grundsatzbeschuß über weitere
Flüchtlingsbetreuung

Fol. 18

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Sozialwesen vom 12.3.1993.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, warum entgegen der Tagesordnung Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher den Amtsvortrag vorträgt. Es wurde heute im Stadtsenat festgestellt, daß der Amtsvortrag ausschließlich im Finanzausschuß vorberaten wurde und nicht im Sozialausschuß. Aus diesem Grund ist die Zuständigkeit einstimmig an die Finanzreferentin übertragen worden.

Gemeinderat Ebner fragt, ob Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher den Amtsvortrag zur Gänze verlesen hat.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß sie nicht den gesamten textlichen Teil vorgelesen hat.

Gemeinderat Ebner fragt, was Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher unter Deckung der persönlichen Bedürfnisse und einem geringen Taschengeld versteht? Hat sie irgendeine Vorstellung, wie gering das Taschengeld ist?

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklärt, daß der Richtwert durch das Land mit S 150,-- pro Woche für Flüchtlinge, die in Landesbetreuung sind, festgesetzt wurde. Dies gilt nur für Familien, die in diesen zehn Wochen keine Arbeit bekommen.

Bürgermeister Manzenreiter informiert, daß es sich um einen Betrag von S 500,-- pro Monat für Erwachsene handelt.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Für die Abwicklung der anfallenden Kosten für die Beschäftigung von 15 Flüchtlingen zur Verbesserung der Lebenssituation wird am Konto der voranschlagsunwirksamen Gebarung Nr. 0000.288330 ein weiterer Betrag von S 900.000,-- zur Verfügung gestellt.
- 2.) Zur Bewältigung der Aufgaben durch den Verband für Ausländerhilfe (Sprachkurse, psychosoziale Betreuung, Integration, Familienzusammenführung usw.) wird eine Subvention auf der VAST. 1.4290.757000.6 in der Höhe von S 100.000,-- zuerkannt.

- Pkt. 20.) Selbstständiger Antrag der Villacher Grünen -
- 3.) Die Bedeckung aller ausgewiesenen Ausgaben erfolgt aus
allgemeinen Verstärkungsmitteln.

Pkt. 18.) Selbstständiger Antrag der Villacher Grünen - Erstellung eines
Heckenkonzeptes und eines Biotop-
verbundkonzeptes

Wird zurückgezogen.

Pkt. 19.) Selbstständiger Antrag der Villacher Grünen - Umweltberatungs-
stelle Villach im Rahmen des Ver-
bandes Umweltberatung Österreich

Wird zurückgestellt.

am 1. dieses Jhs (Pkt. 20.) Selbständiger Antrag der Villacher Grünen - Naherholungsgebiet Gailspitz, Prossowitscher Au und Gailfluß vom Gailspitz bis Müllnern

folg. 19

Stadtrat Ing. Klamt berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Dienststelle Natur- und Umweltschutz vom 22.3.1993.

Gemeinderat Mag. Burian richtet die Frage an Stadtrat Ing. Klamt, ob dieser den Amtsvortrag unterschreiben hat. Als er die Unterlagen durchgesehen hat, war keine Unterschrift vorhanden. Die entscheidende Frage ist jedoch eine andere. Es handelt sich um das Gebiet zwischen Gailspitz, Mündung der Gail in die Drau, bis nach Müllnern. Es ist ein Gebiet, das teilweise sehr naturbelassen ist, wo es noch viele Tümpel gibt, wo es noch sehr schützenswerte Bereiche gibt. Es ist auch ein Gebiet, in das die menschliche Zivilisation bereits sehr weit vorgedrungen ist, in dem Industrieflächen und durch die Zivilisation genutzte Flächen vorhanden sind. Es wäre daher falsch und fatal, wenn man glaubt, daß man dieses Gebiet sich allein überlassen kann und daß die Natur alles regeln wird. Hier hat der Mensch bereits zu weit eingegriffen. Es ist, da der Mensch bereits eingegriffen hat, notwendig, dieses Gebiet sinnvoll zu gestalten, indem man manche Bereiche schützt und auch für die Öffentlichkeit als unzugänglich erklärt, und daß man andere Bereiche sinnvoll mit Wanderwegen usw. aufschließt. Einzubeziehen in diese Gestaltung wäre natürlich auch der Rückbau der Gail, die im Moment mehr oder weniger ein Kanal ist. In Müllnern will man nun damit beginnen. Dieses Projekt des Rückbaus der Gail mit naturnaher Gestaltung wäre ein sehr sinnvolles Projekt und müßte eigentlich bis zum Gailspitz vorgezogen werden. Wenn

man dieser Idee zustimmt, dann benötigt man natürlich ein Konzept und einen Gestaltungsplan. Ohne Gestaltungsplan kann man das Projekt nicht in Angriff nehmen. Die VIG-Fraktion hat diesen Antrag gestellt. Es ist im Umweltausschuß relativ lang darüber diskutiert worden. Auf Vorschlag eines Umweltbeirates hat man sich darauf geeinigt, das Gebiet zu bereisen, damit man sich das Gebiet ansehen und sich überlegen kann, welche Gestaltungsmöglichkeiten sinnvoll wären. Die VIG-Fraktion hat diesen Vorschlag des Umweltbeirates sofort positiv aufgegriffen und mitgeteilt, daß sie bereit ist, ihren Antrag zurückzustellen und nach der Bereisung durch den Umweltausschuß weiterzudiskutieren. Das ist ein sinnvoller Kompromißvorschlag. Er ist nach wie vor der Meinung, daß ein Gestaltungskonzept unbedingt notwendig ist, wenn man in diesem Gebiet wirklich etwas ändern will. Man kann ohne Plan nichts gestalten, man kann ohne Plan nichts bauen, auch kein Haus. Er hält es für eine demokratische Selbstverständlichkeit, daß man dem zustimmt, den Antrag zurückzustellen, bis man sich alles näher angesehen hat. In späterer Folge wäre es auch jederzeit möglich, den Antrag zu ändern oder auch zu verwerfen. Daß man den Antrag jedoch ablehnt, obwohl es nur darum geht, sich die Sache näher anzuschauen, kommt ihm demokratiepolitisch äußerst fraglich vor. Er möchte noch einmal an alle Anwesenden appellieren, dem Antrag zuzustimmen, daß dieser Tagesordnungspunkt zurückgestellt wird, bis die bereits in Planung begriffene Bereisung durch den Umweltausschuß erfolgt ist. Er würde das als eine Selbstverständlichkeit erachten.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß es zumindest für ihn neu ist, daß es gewünscht wurde, den Antrag zurückzustellen. Über den vorliegenden Antrag wird

abgestimmt werden. Wenn die VIG-Fraktion ihren eigenen Antrag zurückstellen will, wird sicher niemand etwas dagegen haben.

Gemeinderat Mag. Burian führt aus, daß es in verschiedenen Ausschüssen, er nennt hier als Beispiel den Planungsausschuß, Usus ist, nach einer Diskussionsphase, wenn man weiß, daß der Antrag nicht endgültig ausdiskutiert worden ist, den Antrag zurückzustellen. Das ist beispielsweise bei dem Antrag der VIG-Fraktion bezüglich der Sammeltaxis geschehen. Dieser wurde nicht abgelehnt, sondern zurückgestellt, bis weitere Diskussionen und Untersuchungen stattgefunden haben. So sollte es auch mit dem vorliegenden Antrag geschehen. Die Bereisung wurde veranlaßt, der Antrag soll jetzt nicht zurückgezogen werden. Er hält den Antrag für richtig und sieht nicht ein, warum er ihn zurückziehen soll. Er ist gerne dazu bereit, noch einmal zu überlegen und zu diskutieren, wenn man sich alles vor Ort angesehen hat. Das bedeutet keine Zurückziehung des Antrages, sondern eine Sistierung bis nach der Bereisung.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß die Fraktion den Antrag nur zurückziehen kann. Zurückstellen kann ihn der Referent oder über Antrag der Gemeinderat. Er ist in der Materie nicht so zu Hause und richtet daher die Frage an Stadtrat Ing. Klamt ob es sinnvoll wäre, den Antrag zurückzustellen. Welche Meinung vertritt er als Referent?

Stadtrat Ing. Klamt führt aus, daß er von Gemeinderat Mag. Burian darauf angesprochen wurde, ob er seine Unterschrift unter diesen Amtsvortrag gesetzt hat. Er hat den Amtsvortrag mit Vorbehalt unterschrieben. Im Ausschuß wurde ein Abstimmungsergebnis erreicht. Es ist in

der Bürokratie des Magistrates so, daß damit der Antrag entsprechend geändert werden muß. Weiters möchte er festhalten, daß er den Antrag für sinnvoll hält, andernfalls hätte er den Antrag nicht positiv erstellen lassen. Wenn Gemeinderat Mag. Burian nun der Meinung ist, daß der Antrag aufrecht bleiben soll, so geht er jetzt den schnellsten Weg und sagt als Referent, daß er den Antrag zurückstellt, bis die Bereisung durchgeführt wurde.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß der Antrag nach der Aussage von Stadtrat Ing. Klamt, er habe ihn nur mit Vorbehalt unterschrieben, ohnehin nicht behandelt werden könnte, da man einen Antrag nur behandeln oder nicht behandeln kann. Die Verantwortung für die Einbringung in den Gemeinderat trägt der Referent. Dort kann eine Minderheitsmeinung oder Mehrheitsmeinung des Ausschusses und des Referenten dargestellt werden. Das hat mit Bürokratie nichts zu tun, sondern mit Abstimmungsmehrheiten in verschiedenen Ausschüssen. Stadtrat Ing. Klamt hat den Eid auf das Stadtrecht geschworen, er hat bei der Geschäftsordnung mitgestimmt, usw.. Der Antrag wird zurückgezogen, weil er sowieso nicht behandlungsfähig gewesen wäre.

Der Tagesordnungspunkt 20.)

wird zurückgestellt.

kann man selbst Pkt. 21.) Selbständiger Antrag oder FPÖ-Willroiderstraße oder Gemeinderatsfraktion - Änderung einbringen will, eigentlich des Phasenablaufes an der automatischen Verkehrssignallichtanlage an der Kreuzung Steinwenderstraße - Drauparkstraße

folg. 20

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 3.2.1993.

Gemeinderat Ebner informiert, daß am 17.11.1992 beim Österreichischen Bundesbahnenkraftwagendienst in Klagenfurt eine Schulung stattgefunden hat. In dieser Schulung wurde unabhängig vom Antrag der FPÖ-Fraktion ebenfalls erkannt, daß die Buslenker speziell in diesem Straßenbereich Probleme haben. Er möchte kurz den Punkt 8.) des Protokolls zitieren: "Steinwenderstraße/Willroiderstraße und Steinwenderstraße/Drauparkstraße. Beim Linksabbiegen von der Steinwenderstraße in die Willroiderstraße und von der Steinwenderstraße in die Drauparkstraße, jeweils aus Richtung Lind kommend, kommt es für die Buslenker infolge des starken Gegenverkehrs, teilweise bei Rotlicht in die Kreuzung einfahrend, zu langen Wartezeiten. Es wurde ersucht, wenn es technisch möglich ist, die Grünzeiten für den Gegenverkehr etwas zu verkürzen, ca. drei bis fünf Sekunden lang, und für den Linksabbieger einen gesonderten Linksabbiegeteil zu installieren." Dieses Protokoll hat er erst vorgestern bekommen. Es ist daher unabhängig vom Antrag der FPÖ-Fraktion zu sehen. Abgesehen davon hat Ing. Staudinger vom Kraftwagendienst ein Schreiben an den Referenten gerichtet und darauf bis heute noch keine Antwort erhalten. In der Zwischenzeit hat Ing. Staudinger nach seinem Wissen ein zweites Schreiben abgeschickt. Wenn man mit dem Auto auf der Alpe-Adria-Brücke in Richtung Süden fährt, von Lind kommend, dann

kann man selbst feststellen, daß es, wenn man dann in die Willroiderstraße oder in die Drauparkstraße zum Interspar einbiegen will, eigentlich nur immer unter Übertretung der Straßenverkehrsordnung, also bei Rotlicht, möglich ist, als zweites oder drittes Fahrzeug in diesen Straßenbereich zu kommen. Es ist heute technisch ohne weiteres möglich, auch ohne besondere Umstände, die geforderte Ampelregelung zu installieren. Man sieht das in der Ossiacher Zeile/Heidenfeldstraße. So wäre es ebenfalls möglich, daß die Anlage auch an diesen beiden Stellen, jetzt müßte man sogar den Antrag erweitern, auf die diesbezügliche Schaltung funktionsgerecht eingestellt wird. Der zuständige Referent, Stadtrat Ing. Truppe, weiß bereits seit gut zwei Jahren, genau seit dem 26.4.1991, über diesen untragbaren Zustand Bescheid. Er hätte lange genug Zeit gehabt, sich um die finanziellen Mittel zu kümmern. Wenn man jetzt von der Tatsache ausgeht, daß die Kriegsbrücke auf der B 83, Ossiacher Zeile, aus Reparaturgründen teilweise oder ganz gesperrt werden muß und ein Provisorium den Verkehr aufnehmen muß, dann wird die Alpe-Adria-Brücke ein wichtiger Entlastungsweg werden. Dann wird es tatsächlich zu noch weitaus größeren Problemen kommen, die dann die Umwelt einerseits und den Autofahrer andererseits belasten werden. Er ersucht, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und eine für alle mögliche Lösung zu überdenken.

Gemeinderat Spitzer kann dem Antrag von Gemeinderat Ebner nur beipflichten. Eine Parallele dazu gibt es auch auf der Westtangente, wenn man von Lind kommend in die Bahnhofstraße einbiegen will. Dort passieren pro Woche ein bis zwei Unfälle. Warum? Weil es keine Verzögerung für den Linksabbiegenden gibt. Wenn beide richtungsbeibehaltenden Fahrzeuge Grünlicht haben, gibt es keine Möglichkeit mehr, in die Bahnhofstraße einzubiegen, außer man begeht eine Übertretung nach der Straßenverkehrsordnung.

Das bedeutet, daß man bei Rotlicht einbiegen muß. In der Ossiacher Zeile bei der Einmündung in die Heidenfeldstraße gibt es für den Richtungsbeibehaltenden eine Verzögerungsphase. Das bedeutet, daß der Linksabbiegende gegenüber dem Geradeausfahrenden einige Sekunden Vorrang hat. Warum ist es dort möglich? Er kann dem Antrag der FPÖ-Fraktion nur zustimmen, da aus den angeführten Gründen die Verkehrssicherheit nicht gegeben sein kann.

Stadtrat Ing. Truppe kann beiden Gemeinderäten vom Inhalt her beipflichten, möchte jedoch auch festlegen, daß er als Planungsreferent sich sicherlich nicht nach Anträgen von Fraktion orientiert, sondern das Arbeitsprogramm entsprechend den Vorstellungen der Planungsabteilung aufbaut. Die Planungskosten werden ermittelt. Für diese Phasenumstellung sind sicherlich sehr hohe Kosten einzusetzen. Darüber muß noch mit der Finanzreferentin verhandelt werden.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ- und der VLT-Fraktion und die Stimme von Gemeinderat Mag. Burian),

den selbständigen Antrag der FPÖ-Fraktion auf Änderung des Phasenablaufes an der automatischen Verkehrssignallichtanlage an der Kreuzung Steinwenderstraße/Drauparkstraße abzulehnen.

Pkt. 22.) Selbständiger Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion - Standortfestlegung für die Behelfsbrücke im Rahmen der Kriegsbrückensanierung

folg. 21

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 17.2.1993.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen sieben Stimmen der ÖVP-Fraktion),

dem selbständigen Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion - Standortfestlegung für die Behelfsbrücke im Rahmen der Kriegsbrückensanierung nicht die Zustimmung zu erteilen.

Pkt. 23.) Ausbau Fußgängerzone Lederergasse
Verkehrsführung im Bereich zwischen Draulände - Lederergasse
und Hauptplatz

folg. 22

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 24.2.1993.

Gemeinderat Ebner führt aus, daß die Lederergasse derzeit aufwendig umgebaut wird. Es ist jedoch nicht verständlich, daß im Zuge dieser Arbeiten, bei allem Verständnis für die Fußgänger, ein Straßenteilstück derart verengt wird, daß sich der Verkehr darin spießt. Motorradfahrer werden nach wie vor am Autobus vorbeifahren und eventuell Fußgänger behindern können. Es wird damit entscheidend in den Verkehrsablauf in der Lederergasse eingegriffen und eigentlich entgegen der Straßenverkehrsordnung die Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs beeinträchtigt. Da im innerstädtischen Bereich die Geschwindigkeitsbeschränkung ohnehin mit 30 km/h verordnet ist und ein Vorbeifahren an Autobussen nur im Schrittempo erfolgen darf, ist diese Maßnahme abzulehnen. Die FPÖ-Fraktion hat die Absicht, einen dringlichen Antrag mit der Bezeichnung "Umgestaltung des Verkehrsverlaufes auf der Lederergasse bzw. auf der Draulände" einzubringen. Mit dieser Maßnahme wird ein kreuzungsfreies Fahren von Richtung Draubrücke kommend möglich. Man müßte die Einbahn umdrehen, um nach rechts in die Lederergasse einfahren zu können. Es würde dort zu keinen Verkehrskomplikationen mehr kommen, wie es heute der Fall ist. Die Dringlichkeit dieses Antrages ist damit begründet, daß sich jetzt die Lederergasse in einer Umbauphase befindet und man diese Verkehrsumlegung ohne weiteres bewerkstelligen könnte. Er möchte den Antrag mit der Bitte um Abstimmung über die Dringlichkeit übergeben.

Gemeinderat Ebner übergibt den Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion bezüglich Umgestaltung des Verkehrsverlaufes auf der Lederergasse bzw. Draulände in Richtung Burgplatz.

Stadtrat Ing. Truppe stellt fest, daß es nach langen Diskussionen in dieser Stadt zu dem Grundsatzbeschuß gekommen ist, die Fußgängerzone festzulegen. Mit der Gestaltung der Lederergasse ist jetzt der Schlußteil der Fußgängerzone in Bearbeitung und wird abgeschlossen. Man hat überlegt und ist zu dem Beschluß gekommen, die Verkehrsführung im Altstadtring in der Form zu leiten, wie sie heute vorliegt. Er ist nicht der Meinung, daß man jetzt die Verkehrsführung wieder umdrehen sollte, sondern daß man dann darüber diskutieren kann, wenn das Ergebnis des öffentlichen Nahverkehrskonzeptes auf dem Tisch liegt. Zum jetzigen Zeitpunkt lehnt er als Planungsreferent eine Änderung ab.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen
der FPÖ- und der VLT-Fraktion),

der vorliegenden Verkehrsplanung laut Plan-Nr. 2281a im Bereich der Lederergasse/Draulände bis zum Hauptplatz die Zustimmung zu erteilen.

dieser Kreuzung Pkt. 24.) Kreuzung Maria-Gailer-Straße -
den Fall bewiesen ist. km 1,2 - Planung der Kreuzung
sowie die Stadtrats- und der Verkehrslichtsignalanlage

Blg. 23

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des
Amtsvortrages der Verkehrsplanung vom 23.2.1993.

Gemeinderat Ebner stellt fest, daß der Pla-
nungsreferent im Amtsvortrag mitunterschrieben hat, daß
eine Ampelanlage die Verkehrssicherheit heben würde. Warum
wurde dieser Gedanke an diesem verkehrsneuralgischen Punkt
erst Ende 1992 ausgeführt und in das Bauprogramm aufge-
nommen, obwohl schon im September 1991 die Notwendigkeit
einer sicheren Kreuzung in diesem Bereich festgestellt
wurde? Eine Ampelregelung würde in Hauptverkehrszeiten
bewirken, daß der Verkehrsstau wahrscheinlich bis in den
Ortsteil Perau zurückstehen wird. Die zweite Lösung, die
der Planer anbietet, ist ein Kreisverkehr. Auch dieser
Kreisverkehr würde in Hauptverkehrszeiten den Verkehr dort
nicht aufnehmen können. Warum hat man nicht eine ampel-
und kreuzungsfreie Variante vorgeschlagen und ihr den Vor-
zug gegeben, das heißt, mit Unter- und Überführungen, ohne
Ampel und ohne Kreuzungen? Grund ist genug vorhanden. Wie
man weiß, hat man dieses Areal vor nicht allzu langer Zeit
einer einzigen Person eigentlich zu einem Spottpreis über-
mittelt und offensichtlich sträubt man sich heute, ent-
sprechende Grundablöseverhandlungen vorzunehmen. Es stellt
sich doch die Frage, wo die Sozialpflichtigkeit einiger
anderer Bürger vorhanden ist, wenn es um die Freunde der
Sozialdemokraten in Villach geht. Dann hört man von Sozi-
alpflichtigkeit nicht viel. Es gab schon mehrere derartige
Aktionen in Villach, hinterher hat man dann immer Kopfweg.
Man braucht nur den Kreuzungsbereich Tiroler Straße
ansehen und welche Verkehrsmisere dort gegeben ist. Da mit

dieser Kreuzungsvariante, das Versagen der Stadtplanung in dem Fall bewiesen ist, kann und darf man diesem Antrag auf keinem Fall die Zustimmung geben.

und die Stimme von Fritz Gerold, der

Bürgermeister Manzenreiter hat heute schon über Verdächtigungen gesprochen, die unerhört sind. Er hat jedoch nicht gewußt, daß Stadtrat Ing. Truppe jetzt die Freunde der Sozialdemokraten, sofern sie welche sein sollten, da keine Namen ausgesprochen wurden, auch schon vertritt.

Stadtrat Ing. Truppe nimmt an, daß Gemeinderat Ebner auch seinen Berufskollegen ein Versagen ausspricht, da die Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß dort unbedingt eine Ampelregelung errichtet werden muß. Auch die ÖVP-Fraktion war seinerzeit der Auffassung, man könnte hier die Verkehrsregelung in der Form lösen, daß kreuzungsfreie Parallelaufschließungen gebaut werden. Leider hat die Bundesstraßenverwaltung Kärnten den notwendigen Grund verkauft und die Stadt Villach ist nicht mehr in der Lage, eine andere Lösung zu finden. Es wurde von der Bundesstraßenverwaltung verabsäumt, weitblickend zu denken. Gemeinderat Ebner hätte die Möglichkeit gehabt, mit seinem Parteifreund, dem damaligen Straßenbaureferenten, Verbindung aufzunehmen, um das zu verhindern.

dieser Kreuzungsvariante das Versagen der Stadtplanung in dem Fall bewiesen ist, kann und darf man diesem Antrag auf keinem Fall die Zustimmung geben.

und die Stimme von Frö. Gesslbauer: ja, ja, ja.

Bürgermeister Manzenreiter hat heute schon über Verdächtigungen gesprochen, die unerhört sind. Er hat jedoch nicht gewußt, daß Stadtrat Ing. Truppe jetzt die Freunde der Sozialdemokraten, sofern sie welche sein sollten, da keine Namen ausgesprochen wurden, auch schon vertritt.

Stadtrat Ing. Truppe nimmt an, daß Gemeinderat Ebner auch seinen Berufskollegen ein Versagen ausspricht, da die Verkehrsabteilung der Bundespolizeidirektion ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß dort unbedingt eine Ampelregelung errichtet werden muß. Auch die ÖVP-Fraktion war seinerzeit der Auffassung, man könnte hier die Verkehrsregelung in der Form lösen, daß kreuzungsfreie Parallelaufschließungen gebaut werden. Leider hat die Bundesstraßenverwaltung Kärnten den notwendigen Grund verkauft und die Stadt Villach ist nicht mehr in der Lage, eine andere Lösung zu finden. Es wurde von der Bundesstraßenverwaltung verabsäumt, weitblickend zu denken. Gemeinderat Ebner hätte die Möglichkeit gehabt, mit seinem Parteifreund, dem damaligen Straßenbaureferenten, Verbindung aufzunehmen, um das zu verhindern.

1.) Die Grundstücke 561/2 (teilweise), 561/4, 554, 553 (teilweise), alle KG St. Ruprecht werden im Ausmaß von ca. 7.800 m² mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion und die Stimme von Frau Gemeinderätin Lausegger),

der vorliegenden Kreuzungsprojektierung und der Projektierung der Verkehrslichtsignalanlage in der Maria Gailer Straße, B 84 bei km 1,2 (Variante II) die Zustimmung zu erteilen.

Pkt. 25.) Abänderung des Flächenwidmungsplanes - Grundstücke 561/2 (teilweise), 561/4, 554, 553 (teilweise), KG St. Ruprecht (Antragsteller Magistrat Villach/Ortsplanung)

folg. 24

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Ortsplanung vom 15.1.1993.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Grundstücke 561/2 (teilweise), 561/4 und 554 (teilweise), alle KG St. Ruprecht, werden im Ausmaß von ca. 7.800 m² von derzeit Grünland-Wald in Bauland-Wohngebiet gemäß § 2 (4) des Gemeindeplanungsgesetzes, LGB1.Nr. 51/82 i.d.g.F., 59/92 gewidmet.

- 2.) Die Grundstücke 554 (teilweise) und 553 (teilweise), alle KG St. Ruprecht werden im Ausmaß von ca. 3.900 m² von derzeit Grünland-Wald in Bauland-Geschäftsgebiet gemäß § 2 (7) des Gemeindeplanungsgesetzes, LGBI.Nr. 51/82 i.d.g.F., 59/92 gewidmet.
- 3.) Bestandteil dieser Flächenwidmungsplanabänderung ist der beiliegende Plan vom 3.11.1992, Zahl: 610/3-623 24/92 im Maßstab 1 : 5000.

Pkt. 26.) Bebauungsplan westlich
der Muldensiedlung

Blg. 25

Stadtrat Ing. Truppe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Ortsplanung vom 17.9.1992.

Gemeinderat Mag. Burian ist es aufgefallen, daß in der letzten Zeit die Informationsmöglichkeit des Gemeinderates geringer wird. Früher war das üblich, daß die gesamten Akten beigelegt wurden. Derzeit erhalten die Mitglieder des Gemeinderates nur den Amtsvortrag. In der Geschäftsordnung ist das Recht auf Akteneinsicht enthalten.

Stadtrat Ing. Truppe möchte erwähnen, daß Gemeinderat Mag. Haider im Planungsausschuß sitzt. Dieser hat sicherlich immer die Möglichkeit gehabt, die Akteneinsicht zu diesen Tagesordnungspunkten wahrzunehmen.

Der Gemeinderat beschließt mit
Mehrfachmehrheit 2/50 = Kriegsbauaufhebung.

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion):

§ 1

Die zukünftige Bebauung der Grundstücke 273/1, 273/2 und der Baufläche .248, KG Judendorf, darf nur nach Maßgabe des einen Bestandteil dieser Verordnung bildenden Bebauungsplanentwurfes vom 18.9.1992, Zl. 610/2-183, Plan-Nr. 3541, im Maßstab 1:1000, erfolgen.

§ 2

Soferne in den nachfolgenden Paragraphen nichts anderes vorgeschrieben wird, sind die Bestimmungen des textlichen Bebauungsplanes der Stadt Villach anzuwenden.

§ 3

Es wird eine offene Bauweise vorgeschrieben. Die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern im herkömmlichen Sinn ist nicht zulässig.

Eine halboffene oder geschlossene Bauweise ist möglich, wenn vom Grundeigentümer ein Bauungskonzept für eine größere Fläche (mind. 5 Objekte) vorgelegt wird und dieses vom Sachverständigen der Ortsplanung positiv beurteilt wird.

Die Wohnhäuser sind innerhalb des vorgegebenen Bauungsgeviertes zu errichten.

§ 4

Die Geschoszahl wird mit 2 1/2 bis 3 1/2 Geschossen festgelegt.

Als 1/2-Geschoß zählt ein Obergeschoß (Dachgeschoß) mit mindestens 1,50 m Kniestockaufmauerung.

§ 5

Als Dachform sind Satteldächer mit einer Dachneigung von 30 - 45 Grad vorgeschrieben. Die Firstrichtung wird vom Sachverständigen der Ortsplanung festgelegt.

§ 6

Das Ausmaß und der Vorlauf der Verkehrsflächen wird in der zeichnerischen Anlage dargestellt.

§ 7

Die Verordnung tritt gemäß § 13 Abs. 1 des Villacher Stadtrechtes, LGBI.Nr. 2/1966 i.d.g.F., in Verbindung mit § 15 Abs. 5 des Gemeindeplanungsgesetzes, LGBI.Nr. 51/1982, nach Ablauf des Tages in Kraft, an dem sie an der Amtstafel angeschlagen worden ist.

liefert zur Verbr. Pkt. 27.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villachner Stadtrecht) und Anträge
Der Antrag ist unentschieden

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen.

- a) Dringlichkeitsantrag der VIG-Fraktion:
Biomasse als Energieträger in Villachs
neuem Fernheizwerk

Blg. 26

Bürgermeister Manzenreiter verliest den Dringlichkeitsantrag der VIG-Fraktion, wie folgt:

Der Gemeinderat möge beraten und beschließen:

- 1.) Die Stadt Villach teilt den Verantwortlichen der KELAG mit, daß der Gemeinderat eine Befeuerung des zu errichtenden Fernheizwerkes auf Biomassebasis begrüßt.
- 2.) Die Stadt Villach nimmt energische Verhandlungen mit der KELAG auf, um zu erreichen, daß das neue Fernheizwerk mit Biomasse betrieben wird. Falls dieses Ziel nicht erreichbar ist, setzen sich die Vertreter der Stadt Villach gegenüber der KELAG für einen Kompromiß dahingehend ein, daß zwar die Mittellast des Fernwärmebedarfes mit einem Erdgas-Blockheizkraftwerk erzeugt wird, die Schwach- und Spitzenlast sowie die notwendige Reservehaltung aber mit Biomassekessel abgedeckt wird. In diesem Falle wäre ein relativ problemloser Umstieg auf Biomasse bei Erdgasverteuerung möglich.

Stadtrat Smoliner erklärt, daß der Antrag der Villacher Grünen bezüglich Ergänzung der Energieversorgung durch Biomasse die Zustimmung der SPÖ-Fraktion findet. Es soll nur zur Präzisierung festgestellt werden, daß es sich dabei um eine Anlage handeln muß, die von vornherein ausschließt, daß Müll in welcher Form auch

immer zur Verbrennung gelangen kann. Man sollte der Dringlichkeit die Zustimmung geben. Er ist auch gerne bereit, den Antrag zu unterschreiben.

Gemeinderat Mag. Burian informiert, daß die Dringlichkeit dadurch gegeben ist, daß es bereits ein Einreichprojekt der KELAG gibt.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag der VIG-Fraktion betreffend Biomasse als Energieträger in Villachs neuem Fernheizwerk die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Gemeinderat Mag. Burian richtet die Frage an Bürgermeister Manzenreiter, ob dieser gewußt hat, daß die VIG-Fraktion den Antrag ausgeteilt hat, da dieser den Antrag so vorgelesen hat, daß niemand etwas verstanden hat. Er möchte ganz kurz ein paar Bemerkungen machen und nicht den gesamten Antrag vorlesen. Die VIG-Fraktion hat ungefähr zwanzig Exemplare ausgeteilt, sodaß in jeder Bank ein Exemplar aufliegt. Er möchte begründen, warum er diesen Punkt für äußerst wichtig hält. Es geht hier um eine Energiemenge, die größer ist als die Energiemenge, die derzeit durch das Draukraftwerk Villach erzeugt wird. Das heißt, es ist eine wichtige energiepolitische Entscheidung, wie dieses neue Kraftwerk betrieben wird. Als das Draukraftwerk gebaut wurde, gab es sehr viele

Pressemeldungen. Über dieses Kraftwerk ist eigentlich kaum in der Öffentlichkeit gesprochen worden, außer die VIG-Fraktion hat es in die Öffentlichkeit getragen. Villach ist dem Klimabündnis beigetreten und hat die Verpflichtung übernommen, zur 50 %igen CO₂-Reduktion beizutragen. Die VIG-Fraktion hat folgendes nach den Daten des Energieberichts der Bundesregierung errechnet: Falls man hier die volle Fernwärme mit Biomasse erzeugt, dadurch wird das CO₂ recycelt, was bedeutet, daß es nicht klimawirksam ist, dann kann man 10.000 Tonnen CO₂ pro Jahr in Villach sparen. So eine Einsparung kann man nie wieder erreichen, wenn man nicht jetzt Maßnahmen in Richtung Biomasse setzt. Das heißt, das 50 % Einsparungsziel kann man dann sowieso nicht erreichen. Es wäre eine der wirksamsten Maßnahmen, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Es gibt noch viele andere Aspekte, beispielsweise für die Land- und Forstwirtschaft, die unter großem Einkommensdruck seitens der EG ist, Versorgungssicherheit usw.. Es wäre auch sinnvoll, das ist jedoch im Antrag nicht enthalten, wenn die Stadt dazu bereit wäre, eine finanzielle Unterstützung für den Fall zu leisten, daß eine Umstellung auf Biomasse möglich ist. Der Antrag geht dahin, daß die Verantwortlichen der Stadt sich noch einmal für eine Biomasseproduktion einsetzen und, falls das nicht im vollen Ausmaß möglich ist, daß auch ein Kompromiß erzielt wird. Der Kompromiß wäre dahingehend, daß das Blockheizkraftwerk errichtet wird und daß zumindest ein Drittel der Produktion plus Reservehaltung mit Biomasse betrieben werden. Das wäre ein Kompromißvorschlag, der akzeptabel wäre.

Stadtrat Pacher stellt fest, daß für ein derart wichtiges Thema auch die Geisterstunde nicht zu spät ist. Er muß zurückgehen, unter welchen Voraussetzungen die Fernwärme seinerzeit gebaut wurde und was eigentlich die Grundidee für die Fernwärmeversorgung für Villach

war. Es war die Nutzung von vorhandener Energie, und zwar der Rindenabfall und unter anderem auch die eingedickten Schlämme aus dem Zellstoffwerk Magdalen. Das alles ist nicht zum Tragen gekommen. Daher ist er der Meinung, daß der vorliegende Antrag, diesen Grundgedanken weiterhin zu verfolgen, richtig ist. Es wurde festgestellt, daß es zum einen schon problematisch war, das Schadholz und Schleifholz, nach Frantschach zu transportieren, jetzt gibt es insgesamt Absatzprobleme. Die ganze Situation wird für die Forstwirtschaft erschwert. Durch die in den letzten Jahrzehnten angewachsene Waldfläche ist in Kärnten mehr Holzanfall entstanden. Ein gesunder Wald kann nur erhalten werden, wenn er entsprechend gepflegt wird. Tatsache ist, daß die Holzverwertung, die Verwertung des Durchforstungsholzes, des Schadholzes, derzeit nicht möglich ist, sodaß dieses Holz eigentlich im Wald verrottet und so volkswirtschaftlich nicht zum Einsatz kommt. Damit könnte nicht nur für die Villacher Energiesituation eine ausgeglichene Bilanz erstellt werden, sondern dadurch käme auch der Zusatznutzen, für die bäuerliche Forstwirtschaft eine entsprechende Einnahmequelle zu erschließen, zum Tragen. Es wäre nicht sinnvoll, einen Energieträger, der von Haus aus nur leitungsgebunden transportiert werden kann, wie das Erdgas, unter Verlusten zuerst zu verfeuern und dann zu transportieren. Das Erdgas hat einen bestimmten Einsatz für Prozeßwärme und so soll es auch verwendet werden. Grundsätzlich sollte dieser energiewirtschaftlich sicher richtigen Nutzung von Bioenergie das Wort geredet werden.

Gemeinderat Mag. Burian stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Smoliner zu, den Punkt aufzunehmen, daß sichergestellt werden muß, daß keine Müllverbrennung vorgenommen wird.

Gemeinderat Dr. Ertl hat bei der letzten Gemeinderatssitzung über den Bürgermeister vorgebracht, daß er mit Scheuklappen durch die Stadt geht. Der Bürgermeister ist bereit, das Thema thermische Entsorgung zu diskutieren. Er persönlich ist nicht bereit, jetzt einen Antrag zu beschließen, der von vornherein gegen eine thermische Müllverbrennung ist. Damit ist nicht gesagt, daß er für die thermische Müllverwertung ist. Er ist jedoch der Meinung, daß man, bevor man einen solchen Beschluß faßt, diskutieren, Studien erarbeiten, sich mit der Materie beschäftigen muß und nicht um 0.30 Uhr einen so weitreichenden Beschluß fassen kann.

Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß der Antrag dringlich und ein zweiter Antrag ebenfalls vorhanden ist.

Stadtrat Pacher meldet sich zur Geschäftsordnung. Es wurde konkret ein Antrag eingebracht, unterschrieben und dem wurde die Dringlichkeit zuerkannt. Er ist der Meinung, daß es nicht machbar ist, den Antrag nun in der Form abzuändern, daß man Dinge mit hineinverpackt, die heute in dieser Eile sicherlich nicht mitbeschlossen werden können. Er weist darauf hin, daß der Antrag konkret mit dem Anliegen zu tun hat, zu verhindern, daß unter Umständen eine Fehlplanung vorgenommen wird und daß falsche Maßnahmen gesetzt werden. Wenn man nun beginnt, ein Konvolut mit hineinzuverpacken, müßte die ÖVP-Fraktion die vorhergehende Stellungnahme zurücknehmen.

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß Stadtrat Smoliner angeführt hat, daß sichergestellt werden sollte, daß keine Müllverbrennung durchgeführt wird. Gemeinderat Mag. Burian hat erklärt, daß er damit einverstanden ist, wenn dieser Antrag hinzugefügt wird.

Stadtrat Ing. Klamt stellt fest, daß es sich hierbei um ein diffiziles Thema handelt, daß man nicht um 0.30 Uhr in einem Huch-Pfusch-Verfahren abschließen kann. Die FPÖ-Fraktion ist der Meinung, daß in Villach beim Wirbelschichtkessel keine Müllverbrennung durchgeführt werden sollte. Das hat er auch bereits ein paar Mal öffentlich gesagt. Prinzipiell kann eigentlich nichts passieren, denn in dem Antrag ist enthalten, daß man einmal weniger und einmal mehr vehement mit der KELAG in Verbindung treten soll. Er ist auch dafür, daß Biomasse eingesetzt wird. Man könnte natürlich auch in diesem Sinne einen Brief an das Klimabündnis schreiben und berichten, daß alle Einzelöfen nur mehr mit Holz beheizt werden. Damit wäre die CO₂-Neutralität auch gegeben. Die Sache ist wirklich diffiziler. Erdgas ist in Villach, Erdgas ist von den fossilen Energieträgern noch immer der vernünftigste. Die Fernwärme ist für ihn als Umweltreferenten ein gewisses Steckenpferd. Es gibt zwei Möglichkeiten: entweder man schüttet die Fernwärme zu oder man findet betriebswirtschaftlich eine Möglichkeit, die Fernwärme weiter zu betreiben. Die Fernwärme ist relativ vernünftig, da sie in Wohngebieten eine Verbesserung bringt und da man nur einen Schlot hat. Er könnte bei diesem Antrag mitgehen, da eigentlich mit dem Antrag nichts passieren kann, außer daß man mit der KELAG spricht. Ansonsten ist das Problem so vielschichtig, daß man es nicht um 0.30 Uhr besprechen sollte. Er ist der Ansicht, daß man die Biomasse eher dezentral einsetzen sollte und daß man die vorhandenen Energieträger im Sinne einer guten Luft in Villach einsetzen sollte.

Bürgermeister Manzenreiter nimmt zur Kenntnis, daß Stadtrat Ing. Klamt zwar für die Dringlichkeit des Antrages und damit für die Behandlung um diese Zeit

gestimmt hat, daß er sich jetzt jedoch darüber beschwert hat. Es wird nun gewünscht, nur über die Punkte 1.) und 2.) ohne Zufügung abzustimmen.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

- 1.) Die Stadt Villach teilt den Verantwortlichen der KELAG mit, daß der Gemeinderat eine Befeuerung des zu errichtenden Fernheizwerkes auf Biomassebasis begrüße.
- 2.) Die Stadt Villach nimmt energische Verhandlungen mit der KELAG auf, um zu erreichen, daß das neue Fernheizwerk mit Biomasse betrieben wird. Falls dieses Ziel nicht erreichbar ist, setzen sich die Vertreter der Stadt Villach gegenüber der KELAG für einen Kompromiß dahingehend ein, daß zwar die Mittellast des Fernwärmebedarfes mit einem Erdgas-Blockheizkraftwerk erzeugt wird, die Schwach- und Spitzenlast sowie die notwendige Reservehaltung aber mit Biomassekessel abgedeckt wird. In diesem Falle wäre ein relativ problemloser Umstieg auf Biomasse bei Erdgasverteuerung möglich.

b) Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion:

Gemeinderat 2009
am 11.12.2009
Umgestaltung des Verkehrsverlaufes auf
der Lederergasse bzw. Draulände, in
Richtung Burgplatz

folg. 27

Bürgermeister Manzenreiter führt aus, daß vorhin bereits erklärt wurde, warum die Dringlichkeit gegeben ist. Die Umgestaltung ist nur während der Baumaßnahmen möglich.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

dem Antrag der FPÖ-Fraktion bezüglich Umgestaltung des Verkehrsverlaufes auf der Lederergasse bzw. Draulände in Richtung Burgplatz die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Stadtrat Ing. Truppe stellt den Antrag, dem Inhalt dieses Antrages nicht zuzustimmen. Er empfiehlt, die Änderung der Verkehrsleitung im Bereich des Altstadtringes in der jetzigen Zeit abzulehnen. Es würde nicht nur der Altstadtring alleine, sondern auch Randbereiche berührt werden. Das bedeutet, daß alle Kreuzungen, Italien-erstraße, Pestalozzistraße usw., umgebaut werden müßten. Das würde enorme Kosten hervorrufen, die in keiner Weise gerechtfertigt sind. Er ist der Meinung, daß man sich, als die Verkehrsleitung in dem Bereich Altstadtring im Gemeinderat beschlossen wurde, grundsätzlich etwas dabei gedacht hat. Er bittet daher, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

fließen läßt. Er schlägt vor, daß man den Verkehr einbahnrichtig
läßt, so daß der Gemeinderat Mag. Burian stellt fest, daß
Gemeinderat Ebner beantragt hat, daß die Einbahnrichtung
am Altstadtring umgeändert wird. Nur in der Lederergasse?
Er hält prinzipiell die Forderung einer Umkehrung der
Einbahnrichtung für sinnvoll und richtig. Auch viele
Buschauffeure sind der Meinung, daß es besser wäre und
von Anfang an so geplant hätte werden sollen. Man erspart
sich, im Winter über den Hügel hinaufzufahren. Jeder Fach-
mann wird sagen, daß es viel ungefährlicher ist, im Winter
über den Hügel hinauf- als hinunterzufahren. Das ist
selbstverständlich. Es gibt einige Argumente. Eines ist
der Radius bei der Gerbergasse-Draubücke und ein zweites
Argument ist die Frage, das müßte man genauer untersuchen,
wie die Folgewirkungen auf die Bushaltestellen und auf die
Fußwege beim Umsteigen zwischen den Bussen sind. Diese
Frage wäre noch zu untersuchen. Ansonsten wäre es sinn-
voll, die Einbahn umzukehren. Das Problem ist, daß man das
nicht heute ad hoc beschließen kann. Das ist vollkommen
unmöglich. Die VIG-Fraktion hat heute einen Antrag zum
Verkehrswesen in Villach eingebracht. Dieser Antrag hat
etwa 50 Unteranträge. Einer dieser Unteranträge betrifft
auch diese Einbahnregelung. Es wird gefordert, daß unter-
sucht und genau aufgelistet wird, was die Vor- und Nach-
teile einer Umkehrung sind.

Gemeinderat Ebner geht mit der Äußerung von
Gemeinderat Mag. Burian d'accord. Es muß sicherlich die
gesamte Situation untersucht werden. Die Dringlichkeit
ist deswegen gegeben, da derzeit Umbauarbeiten in diesem
Bereich stattfinden und so war es die Überlegung der
FPÖ-Fraktion, daß man gleichzeitig mit diesen Umbauarbei-
ten die Verkehrsleitung in der Lederergasse umkehrt, also
die Einbahn aufhebt und den Verkehr in die andere Richtung

fließen läßt. Er schlägt vor, daß man den Antrag anschließend an den Planungsausschuß zur weiteren Behandlung weitergibt.

Der Antrag des Bürgermeister Manzenreiter erklärt, daß dem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Er muß nun auch behandelt werden.

Stadtrat Ing. Truppe hält nochmals fest, daß eine Umkehr des Verkehrs in diesem Bereich Folgeerscheinungen hat und zwar in der Richtung, daß man sowohl 8.-Mai-Straße, Postgasse, Freihausplatz usw. neu regeln als auch die Haltestellen neu umbauen müßte. Das würde enorme Kosten verursachen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann er sich mit diesem Antrag überhaupt nicht anfreunden. Das öffentliche Nahverkehrskonzept wird auch Aufschluß darüber geben, ob die Verkehrsführung, so, wie sie jetzt gegeben ist, aufrecht erhalten werden soll, oder ob eine Empfehlung zur Änderung kommt. Daher sollte man heute diesen Antrag ablehnen.

Gemeinderat Ebner erklärt, daß die Umkehrung nur in dem Bereich der Lederergasse und der Draulände bis zum Burgplatz erfolgen würde. Mehr wäre nicht notwendig. Die Änderung würde nur den Straßenbereich der Lederergasse und in der Folge dann der Draulände bis hin zum Burgplatz betreffen, nicht weiter. Das wäre ohne weiteres möglich. Man würde dann über die Ringmauergasse hinauffahren.

Der Gemeinderat beschließt

mit Mehrheit (gegen die Stimmen der FPÖ-Fraktion),

den Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend die Umgestaltung des Verkehrsverlaufes auf der Lederergasse bzw. Draulände in Richtung Burplatz abzulehnen.

31.8.28-30 Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß drei Anträge der VIG-Fraktion vorliegen. Die Anträge betreffen:

- 1.) Einrichtung einer Projektgruppe "Hecken in Villach"
- 2.) Kurzfristige Verbesserungen für den Öffentlichen Personennahverkehr
- 3.) Leseförderung

Die drei Anträge werden

der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 0.40 Uhr

Bürgermeisteramt

Der Protokollführer:



(Karin Wernig)

Der Bürgermeister:



(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:



(GR Ing. Siegfried Andronik)

7.6.93



(GR Friederike Lausegger)